

hlz



C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
März-April 2025



(Dis-)Kontinuitäten.
80 Jahre Befreiung
vom Nazifaschismus



Die letzten Monate waren für die GEW Hamburg stark geprägt von den Wahlen auf Bundes- und Landesebene sowie den Tarifaueinandersetzungen. Viele Mitglieder haben sich dabei intensiv eingebracht – sei es mit unseren Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl, den veröffentlichten *Leitlinien für gute Bildungspolitik in Hamburg*, Diskussionsveranstaltungen zu Bildungsthemen oder mit Aktionen gegen den Rechtsruck. Ein herzliches Dankeschön für dieses großartige Engagement – besonders in einer ohnehin anspruchsvollen und ereignisreichen Zeit! Nun bringen wir unsere Positionen in die Gespräche zur Regierungsbildung ein.

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Liebe Kolleg*innen!

Während diese *hlz*-Ausgabe in der Endredaktion ist, läuft die vierte Verhandlungsrunde für den TVöD. Es gibt ein Ergebnis: 3 % mehr Gehalt, mindestens 110 € rückwirkend ab 1. April 2025, weitere 2,8 % ab 1. Mai 2026, ein zusätzlicher Urlaubstag ab 2027, eine Laufzeit von 27 Monaten – außerdem Verbesserungen bei der Jahressonderzahlung und Flexibilisierungen bei den Arbeitszeitregelungen.

Trotzdem bleibt festzuhalten: Das ist nicht das Ergebnis, für das viele Kolleg*innen in den letzten Monaten gekämpft haben: »Ein schwieriges Ergebnis in einer schwierigen Zeit«. Jetzt kommt es darauf an, was bei der Umsetzung im Hamburger TV-AVH noch möglich ist. Die dringend geforderte Entlastung wurde bislang nicht erreicht. Wir werden sehen, wie sich das auf die TV-L-Tarifrunde im Herbst und die Verhandlungen zur Altersteilzeit

auswirkt. (Hinweis: Die Veranstaltung zur Altersteilzeit am 7. April fand leider nach Redaktionsschluss statt.) Ein riesiger Dank an alle Aktiven – besonders an die Arbeitskampfleitung. Ohne euch wäre selbst dieses Ergebnis nicht zustande gekommen!

Entlastung bleibt Kernthema der GEW Hamburg. Unsere Veröffentlichungen zur Arbeitszeit- und Belastungsstudie der Uni Göttingen bekommen endlich die medi-



ale Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Der Landesvorstand hat außerdem eine eigene Belastungsbefragung für pädagogisches und therapeutisches Fachpersonal (PTF) beschlossen – mehr dazu in dieser *hlz*-Ausgabe.

Auch intern bereiten wir uns auf wichtige Termine vor: Der Hamburger Gewerkschaftstag steht an. Wir freuen uns auf konstruktive Diskussionen! Ebenso laufen die Vorbereitungen für den Bundesgewerkschaftstag im Mai. Erste Anträge sind gestellt, ein Vorparlament hat bereits stattgefunden.

Und nicht zuletzt: Der 1. Mai steht vor der Tür! Letztes Jahr war die GEW sichtbar und präsent. Wir hatten viele gute Gespräche und einen starken Auftritt. – Also, heraus zum 1. Mai!

hlz-Notiz

Titelthema: (Dis-)Kontinuitäten. 80 Jahre Befreiung vom Nazifaschismus

7 Wi(e)der ist Jetzt

Editorial der Redaktion

10 »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen«

Rede von Marian Turski zum 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

12 1945 – Roman und Eleonora Witonski werden ermordet

Frank Kürschner-Pelkmann hält die Erinnerung an die ›Kinder vom Bullenhuser Damm‹ wach

14 Hamburg – Theresienstadt – Auschwitz

Barbara Brix über die Hamburger Verfolgung des jüdischen Lehrerehepaars Clara und Walter Bacher (Rezension von Hans-Peter de Lorent)

16 NS-Verfolgte im Fokus der Hamburger Finanzverwaltung

Lennart Onken zur Forschung und Wanderausstellung ›Ausgeraubt vor der Deportation‹

19 Antifaschismus der GEW Hamburg

Kleine Übersicht zu weiterführenden Materialien

20 Die Welten des Mauricio Rosencof

Theo Bruns über Rosencofs Roman ›Das Schweigen meines Vaters‹

22 Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Karl Rössel über ein verdrängtes Kapitel der Geschichte

27 Goebbel's Schatten

Interview mit Hans-Peter de Lorent über seinen neuen Roman (Antje Géra)

32 Die Zukunft könnte schwarzblau sein

Sebastian Friedrich und Nils Schniederjann über die Annäherung von CDU und AfD

36 Was die Rechte stark macht

Benjamin Opratko über Erklärungsansätze des Aufstiegs der extremen Rechten

40 Zum »Geistigen Bürgerkrieg« der Neuen Rechten

Interview mit Franz Konietzky über (neu-)rechte Social-Media-Strategien (Antje Géra)

44 Antifeminismus im Unterricht begegnen

Mareike Fenja Bauer gibt einen Überblick über antifeministischen Aktivismus rechter Influencer*innen

48 Rechte Gewalt von 1918 bis heute

Gerhard Bitterwolf über eine Online-Ausstellung gegen die Bagatellisierung rechter Gewalt

50 Hamburgs ›Baseballschlägerjahre‹

Felix Krebs' und Florian Schuberts Aufarbeitung rechter Gewalt im Hamburg der 1980er Jahre

51 Feuer löschen statt Brände mauern

Jana Schäfer über die Schwachstellen der Brandmauer-Metapher

55 Herz, Hirn & Hände

Berena Yogarajah erläutert, was antirassistische Praxis ausmacht

GEW HAMBURG

58 Streikfrühling in Verhandlungskälte

Antje Géra über die Tarifikämpfe TVöD 2025

60 Moin, liebe Kolleg*innen

Manfred Gedai für die GEW-Betriebsgruppe Elbkinder über die unzumutbaren Bedingungen in der GBS

67 PTF entlasten!

Bodo Haß über die kommende Befragung des pädagogischen und therapeutischen Fachpersonals zu psychosozialen Belastungen

69 Paulo Freire Bildungszertifikat

Hartwig Zillmer kündigt das erste Modul der von der GEW unterstützten Weiterbildung an

70 Wie geht es Dir? – Eigentlich muss ich hier weg!

Detlef Zunker über die drastischen Ergebnisse der Lehrendenbefragung an der VHS Hamburg

72 Kampagne für Philosophie & Ethik

Karin Hufert und Gerhard Lein vom AK PuR über die demnächst anlaufende Petition der GEW für eine Alternative zum Religionsunterricht

KINDER- UND JUGENDHILFE

61 Zwischen den Extremen

Fabian über seine Erfahrungen mit Betreuungsmodellen in der stationären Jugendhilfe

HAMBURGER ARBEITSZEIT- UND BELASTUNGSSTUDIE

64 Digitale Belastungen im Fokus

Yvonne Heimbüchel über die ersten Ergebnisse der Arbeitszeit- und Belastungsstudie

LESEN!

74 Zwischen Leseförderung und literarischem Lernen

Gudrun Stenzel über eine vom AJuM der GEW unterstützte Fachtagung zur Erstleseliteratur

76 Kein Enkeltrick!

Joachim Geffers über Alternativen zur Schuldenbremse

RUBRIKEN

3 hlz-Notiz

9 Editorial: Wi(e)der ist Jetzt

78 Leser*innenbriefe

79 Impressum

TERMINE

31 Lesung: Goebbel's Schatten (8.05.)

63 BNE-Fachtag (29.04.)

71 Hamburger Gewerkschaftstag (7.05.)

73 DGB-Demo zum 1. Mai 2025

79 Gesund in den Ruhestand (29.04., 27.05)

80 gba: Neutralität an der Schule?

81 Termine Geschäftsstelle





Wi(e)der ist jetzt

Editorial der Redaktion zum Schwerpunkt ›(Dis-)Kontinuitäten.
80 Jahre Befreiung vom Nazifaschismus‹

Diese ungeheure Beschleunigung lässt nicht nach, mit der die Nachrichten auf uns einprasseln, wo auf dieser Welt die äußerste Rechte Staatsapparate übernommen hat oder in näherer Zukunft regieren wird. Als ob sich Geschichte wiederholte, sind es wieder diese 20er Jahre! Aber da sie diesmal nicht von meuternden Matrosen und vom Thron stürzenden Autoritäten eingeleitet wurden, fällt dieses Revival höchst einseitig aus: Bei der nächsten Wahlumfrage könnte die AfD bundesweit bereits stärkste Kraft sein und wer weiß, was sich noch alles in den Vereinigten Staaten von Amerika in der Zeitspanne ereignen wird, die zwischen Schreiben und Lesen dieser hlz liegt. Die globale Neue Rechte blickt siegesgewiss in die Zukunft und das ist für uns Auftrag, unseren Schwerpunkt dem Antifaschismus zu widmen. Erscheint diese Ausgabe doch zwischen zwei Jubiläen, die sich zum achtzigsten Mal wiederholen: die Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee und die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs, die Befreiung vom Nazifaschismus.

Dass diese beiden Ereignisse überhaupt in dieser Weise öffentlich erinnert werden, war keine durch das Grundgesetz garantierte Selbstverständlichkeit, sondern musste mühsam und leidvoll erkämpft werden. Es ist den Überlebenden und der Minderheit der Widerständigen zu verdanken, auch all jenen, die den Marsch durch die Institutionen antraten, die erstmals nach Jahrzehnten des Beschweigens und Verdrängens im Unterricht darüber sprachen. Jenen, die Geschichtswerkstätten gründeten oder jenseits des Etablierten antifaschistische Zusammenhänge bildeten, jenen, die sich in ihrem Stadtviertel oder Dorf daran machten, die Gegenwart dieser Vergangenheit zu erforschen – und die sie auch leibhaftig erfahren mussten: Als Feindschaft im engsten Kreis der Familie oder in der Frühstückspause in Schule und Betrieb, begleitet von Vorwürfen der ›Nestbeschmutzung‹ bis hin zum ›Vaterlandsverrat‹, oft standesgemäß in ein ›Geh doch nach drüben!‹ mündend.

Auch unsere Gewerkschaft hat sich durch diesen Aufbruch verändert, hat konfliktreich ihre eigene Vergangenheit aufarbeiten müssen – und wird das

in Zukunft nicht einstellen können. Denn es geht nicht einfach um ein Wissen, dass dann sichert, dass wir doch gute Antifaschist*innen seien. Antifaschismus ist ein praktisches Problem, das sich in diesem Alltag stellt – und es stellt sich vor allem für diejenigen unter uns anders, die nicht einfach in einer schweigenden Mehrheit untertauchen können, die anders erleben müssen, was es alltäglich bedeutet, wenn Hass spricht. Solidarisch zu sein mit den Kolleg*innen, die als ›anders‹ gelesen werden, Haltung zu zeigen, auch gegenüber Dienstherren oder Großkopferten – das muss je und je wieder gelernt werden.

Die kurze Zeitspanne der Vergangenheitsbewältigungsweltmeisterschaft

Als sich zum vierzigsten Mal dieser 8. Mai jährte, da sprach es ein Bundespräsident zum ersten Mal aus: ›Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung‹. Richard von Weizsäckers Rede bestand nicht einfach in diesem antifaschistischen Bekenntnis, er brachte vielmehr eine Zerrissenheit zum Ausdruck, schließlich sei ›der 8. Mai für uns Deutsche kein Tag zum Feiern‹. Er erinnerte nicht nur an die von Deutschen Ermordeten und Gequälten, er gedachte zugleich der gefallenen Soldaten, der Heimatvertriebenen und der Teilung Deutschlands. Und doch war die Kritik gerade aus seiner Partei, der CDU, deutlich: Für Alfred Dregger war es nicht hinnehmbar, die toten deutschen Soldaten ›den anderen Opfern als ›Täter‹ gegenüberzustellen, wie es leider geschehen ist. [...] Die Schuld und das Versagen der Verantwortlichen – in Deutschland und anderswo – können nicht auf diejenigen abgewälzt werden, die als Soldaten zu ihren Opfern wurden«. Und dieses vieldeutige ›anderswo‹ verwies auf diese Anderen, die doch auch Schuld hätten und in traditioneller Arbeitsteilung durfte es Franz Josef Strauß (CSU) zuspitzen: ›Die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe lähmt ein Volk!‹ Dieses *eine* Volk, welches sich selbst zum Opfer gefallen war – keineswegs verwunderlich, dass damals noch für Christdemokraten Redenschreiber wie Armin Mohler arbeiteten, geistiger Vater dieser Neuen Rechten, dessen Schriften heute vom Antaios Verlag herausgebracht werden.

Auftritt des *Advocatus diaboli*: Ist es nicht den Erfolgen der Vergangenheitsbewältigung zu verdanken, dass nun dieser Flügel einfach ausgelagert wurde, eben als weitere Partei im Parlament vertreten ist? Ist das nicht Ausdruck dafür, dass es sich nun einfach bloß »normalisiert«? In Österreich ist doch auch die FPÖ seit den 1980ern immer mal wieder in Regierungsverantwortung gewesen – und diese Republik scheint’s doch irgendwie überlebt zu haben? Warum muss bei all dem real existierenden Elend, all diesen Kriegen und Massenmorden so getan werden, als wäre eine Regierungsbeteiligung der AfD notwendig eine Wiederholung von 1933? Wird denn nicht mindestens seit den Notstandsgesetzen beständig vor der Faschisierung der BRD gewarnt? Hat sich der Begriff »Faschismus« nicht in all den Jahrzehnten abgenutzt, in denen immer wieder vor einem Vierten Reich gewarnt wurde und es doch nie eintrat?

Der Faschismus-Begriff muss also dringend geschärft werden – es muss differenziert werden, damit er auch heute noch etwas trifft. Um diese Unterschiede zu fassen, nehmen wir ein Detail: Vor Weizsäckers Rede hatte sich ein internationaler Skandal ereignet. Am 5. Mai 1985 besuchte Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan, der seinen Wahlkampf bereits mit »Make America Great Again!« geführt hatte, die Kriegsgräberstätte Bitburg-Kolmeshöhe. Das Repräsentantenhaus der USA hatte mit einer deutlichen Mehrheit Reagan aufgefordert, auf diesen Besuch zu verzichten, da dort auch Tote der Waffen-SS begraben liegen. Kohl bestand darauf, Reagan fügte sich. Hätten die heutigen Mitglieder des Repräsentantenhauses ähnlich abgestimmt? Hätten heute nicht Regierungshäupter der Europäischen Union, ob nun Giorgia Meloni oder Victor Orban, Verständnis für eine solche Geste der »Normalisierung«? Oder könnte ein zukünftiger Bundeskanzler nicht genau einen solchen Besuch damit begründen, dass wir solche Zeremonien nicht den Rechten überlassen dürfen?

Das Problem ist ja nicht einfach, dass der Faschismus mit Fackelzügen von den Rändern aus die gesellschaftliche Mitte erobern wird. Dessen Wiedergänger*innen im 21. Jahrhundert haben die »illiberale Demokratie« (V. Orban) als Ideal, da dauerte der »Umbau« auch ein gutes Jahrzehnt und brauchte keinen Reichtagsbrand. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse haben sich seit den 1920er Jahren drastisch verändert, einerseits existiert keine so massenhafte und schlagkräftige Arbeiter*innenbewegung mehr, der ernsthaft ein revolutionäres oder transformatives Potential zuzuschreiben wäre, andererseits sind gewisse damals noch zu erkämpfende Rechte zu einer Selbstver-

ständlichkeit geworden wie die Gewaltfreiheit in Erziehung und Schule oder die Emanzipation von traditionellen Familien- und Geschlechterbildern. Auch ist der soldatische Idealpreuße mittlerweile zum provinziellen Spießier geschrumpft. Wir können auf einen unglaublichen Erfahrungsschatz zurückgreifen: ganze Bibliotheken voller Faschismustheorien, Berichten von Überlebenden, Erzählungen, Filmen, Liedern, die davon erzählen, dass es schon weitaus grauenhaftere Zustände und Zukünfte in dieser deutschen Geschichte gab – aber uns auch erinnern, dass einmal gewonnene Rechte weiterhin umkämpft bleiben, uns warnen, wie die blutigen Konsequenzen faschistischer Politik aussehen können und uns den Auftrag übermitteln, von jenen zu lernen, die sich im Widerstand gegenstellten – zu lernen auch aus ihren Erfahrungen des Scheiterns.

Antifaschismus – nur echt durch Spaltungen

Erinnern wir uns doch an dieses Jahr 1920. Es kommt zum Kapp-Lüttwitz-Putsch: Rechten Militärs reicht es mit dieser ersten Demokratie auf deutschem Boden. Soldaten mit Hakenkreuzen auf ihren Helmen marschieren auf Berlin, die Koalitionsregierung unter Gustav Bauer (SPD) flieht. Kapp wird Reichskanzler, Sicherheitspolizei und Militär ergreifen keine Partei für die vom Volk Gewählten. Die letzte Amtshandlung: gegen den Putsch der Aufruf zum Generalstreik – dem größten in der deutschen Geschichte. Alle Parteien der Arbeiter*innenbewegung, von der dreigeteilten Sozialdemokratie (SPD, USPD und KPD) bis hin zu Anarchosyndikalist*innen und Rätekommunist*innen beteiligen sich daran, ebenso der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltengewerkschaften, selbst der Deutsche Beamtenbund steigt in traditioneller Verspätung ein und sogar die Ministerialbeamten treten in den Bummelstreik, Dienst nach minimalster Vorschrift. Doch es bleibt nicht beim Streiken, es entfaltet sich spontan, besonders im Ruhrgebiet, in Thüringen und Sachsen, eine Aufstandsbewegung! Arbeiter greifen zu den Waffen. »Es war dies ein Gegner, der leider allzu bescheiden war [...], der] vor allem etwas nicht wollte, nämlich den Krieg« – so konnte Ernst Jünger, der noch bei den neusten Rechten bewunderte Schriftsteller, über die Massenmorde berichten, die noch ein Jahr zuvor in Berlin und München an den kämpfenden und demonstrierenden Arbeiter*innen verübt wurden. Nun war es anders: Freikorps und Reichswehr wurden an vielen Orten geschlagen. »Guerilla-Methoden, wie sie Engels schon 1848 als Mitglied und Kämpfer der pfälzischen Befreiungsarmee vorgeschlagen hatte« (Klaus Gietinger: *Kapp-Putsch* 2020: 268).

Der Putsch ist abgewendet, aber nun beginnen Auseinandersetzungen darum, was nun geschehen soll: die Bildung einer »Arbeiterregierung« oder die Beibehaltung der alten Koalition? Es wird verhandelt, die Zerschlagung des antidemokratischen Militärs, Sozialisierungen von Betrieben sollen vorgenommen werden. Das geschieht jedoch nie, denn die SPD-Führung entscheidet sich für die Fortsetzung der Weimarer Koalition, wird wortbrüchig: Und diese Regierung »ließ nun die, welche gegen sie geputscht hatten, gegen ihre Retter los und ihnen freie Hand« (ebd.: 275). Das ist die Geburtsstunde des Nazifaschismus, diese Freikorps werden die Kerne der SA und SS bilden, die von ihnen verübten Massenmorde im Jahre 1920 werden die endgültige Spaltung der Arbeiter*innenbewegung einleiten und so nachhaltig traumatisieren, dass dies einer der Gründe gewesen ist, weswegen 1933 kein Generalstreik ausgerufen wird. Und selbst als diese Volksfront im Exil endlich zustande kommt, zerbricht sie 1939 am Hitler-Stalin-Pakt, so dass nun Sozialdemokrat*innen den Kommunist*innen vorwerfen können, die proletarische Solidarität zerstört zu haben; bis 1941 darf »Faschist [...] von Kommunisten nicht mehr als Schimpfwort benutzt werden« (Peter Weiß: *Notizbücher* 1975/1981: 398). Eine Einheit gegen den Faschismus zu bilden, das war und wird in sozialen Bewegungen, zwischen Parteien nie leicht sein, gerade weil in nächster Nähe, in den eigenen Reihen »Faschisten« oder deren »Steigbügelhalter« immer wieder aufgespürt werden können.

Dem Morgenrot entgegen?

Und wie ist es denn heute? Es gibt eine beeindruckende »Volksfront«, die alle demokratischen Parteien (mindestens einen Flügel) vereint, Gewerkschaften, Kirchen, alle möglichen Organisationen der Zivilgesellschaft und höchstselbst haben sich Großkonzerne von der Deutschen Bank bis hin zu Siemens, von Volkswagen bis Porsche klar gegen die AfD ausgesprochen. Das hätte es 1933 nicht gegeben. Eine überwältigende Mehrheit dieser Deutschen hat seit dem Januar 2024 auf unzähligen Demonstrationen gezeigt, dass sie gegenwärtig nicht bereit ist, der Rechten das Feld zu überlassen. Aber: Erst einmal sind auch das in einem gewissen Sinn »nur« Bekenntnisse.

Antifaschismus ist ein Gegenbegriff, er kann sich keinem Optimismus verschreiben, gerade wenn es ein »Lernen« aus dieser Geschichte geben soll. War es nicht Lars Klingbeil (SPD), der während dieser Massenproteste die Bundesländer aufforderte, nun endlich mehr abzuschleppen? Warum trat er nicht für ein AfD-Verbot ein? Warum musste von den Grünen bis zur CDU dieser Bundestagswahlkampf so von den Talking Points der äußersten Rechten,

der Neo- oder Postfaschist*innen bestimmt sein? Die von Merz ausgelobte »Halbierung« der Stimmen für die AfD ist ebenso Geschichte wie die leise Hoffnung, dass die Schuldenbremse abgeschafft werden könnte, um all die drängenden sozialen Probleme anzugehen, die zu den denkwürdigsten Symptomen führen. An internationaler Unterstützung in den kommenden Wahlkämpfen wird’s der AfD nicht mangeln, von Moskau bis Washington, von Budapest bis Buenos Aires wird sie als einzige Rettung Deutschlands angepriesen.

Bange machen gilt immer noch nicht. Immerhin sind diese Faschist*innen des 21. Jahrhunderts doch so ehrlich, dass sie nicht mit roten Fahnen einen »nationalen Sozialismus« beschwören, sondern den Staat offen als Beute für die Oligarchie zurichten wollen. »Hands off!« war die Parole der global herbeigehofften Proteste in den USA, im Wunsch, dass sie den Anfang eines gesellschaftlichen Widerstehens markieren, welches diesem »Golden Age« der Wenigen ein Ende bereiten wird. Denn geschichtlich gilt immer noch: »All you fascists are bound to lose« (Woody Guthrie).

Die in diesem Schwerpunkt versammelten Texte sollen die Diskussion anregen, was die alten und neuen rechten Ideologien und Strategien miteinander verbindet, wo sie sich unterscheiden, wie wir dem angemessen und wirksam begegnen können. Für solche Differenzierungen ist die Verknüpfung historischer und gegenwärtiger Analysen mit Erinnerungsarbeit wichtig, in einem Blick, der das Lokale mit dem Globalen verbindet und in all dem immer wieder eine Rückbindung an unsere alltägliche Praxis vollzieht. Notwendig unvollständig nähert sich der Schwerpunkt diesem Thema nur an, ist eher ein Öffnen kleiner Fenster, eine Betrachtung einzelner Facetten. Die Beiträge machen ein Angebot zur weiteren Auseinandersetzung, verweisen auf Bücher, Lesungen, Ausstellungen, auf Aneignungen der Hamburger Schul- und Stadtgeschichte. Sie geben Anregungen für eine pädagogische und politische Praxis auch über das gewerkschaftliche Milieu hinaus, machen Vorschläge, wie wir uns solidarisch verbinden können, um diesen gegenwärtigen Zumutungen etwas entgegenzusetzen.

EURE REDAKTION (8. April 2025)



»Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.«

Rede von Marian Turski zum 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die Kräfte der Überlebenden von Auschwitz lassen nach, aber nicht unser Wille, Ihnen und vor allem den jungen Menschen zu erzählen, was uns vor und in Auschwitz widerfahren ist, als wir so alt waren, wie sie es heute sind. Auch meine Kräfte lassen nach und deshalb habe ich mich schweren Herzens entscheiden müssen, heute nicht nach Berlin reisen zu können, die Stadt in der das Büro des *Internationalen Auschwitz Komitees* zu Gast sein darf und in der ich viele Freunde habe.

Damals, meine Damen und Herren, damals war Berlin die Stadt, in der Auschwitz geplant und von der aus Auschwitz organisiert und abgerechnet wurde: Die Größe der Gaskammern, die Leistungsfähigkeit der Krematoriumsöfen und auch die Höhe des Gewinns, den die SS mit der Sklavennarbeit von uns Häftlingen verdiente.

Es ist schwer, jungen Menschen heute zu vermitteln, was damals wirklich in Auschwitz geschah: Ich war sechzehn, ein junger polnischer Jude, als ich 1940 nach der Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht mit meiner Familie im Ghetto von Lodz eingesperrt wurde, Hunger, Elend und Angst und dennoch der Wille von uns jungen Menschen, die sie auch dort zur Arbeit zwangen, sich in einer Untergrundgruppe zu bilden, zu diskutieren, zu hoffen – sich nicht dem Verdammungs- und dem

Todesurteil der SS zu beugen, sondern die eigene Würde als Jude und als Mensch zu verteidigen.

So wie es Noah Flug, einer meiner Freunde, uns im Ghetto gelehrt hat: Jeden Tag forderte er von uns einen Löffel unserer Suppe für einen Kranken, der sie noch dringender brauchte als wir.

Eigenartig, liebe Freunde: Unsere Gruppe junger Menschen hatte im Ghetto einen unglaublichen Schatz besessen, ein Radio, abends im Dunkel hockten wir heimlich gemeinsam davor und in die Dunkelheit hinein hörten wir die Stimmen der BBC, zerhackt und schnarrend, aber es war die Stimme der freien Welt und die Stimme der Wahrheit über den Stand des Krieges und die Realität unserer Hoffnungen, den Terror der SS zu überleben. An diesem Abend berichtete die BBC über einen Ort namens Auschwitz:

Wir hatten diesen Namen noch nie gehört: Die Deutschen brächten die Juden mit Viehwaggons dorthin, es gäbe eine lange, beleuchtete Rampe an der die Züge ankämen, dann gäbe es eine Selektion und die, die für den Tod ausgewählt würden: – Frauen, Kinder, Alte und Kranke zuerst – würden direkt nach der Ankunft in Gaskammern geführt, wo sie getötet und anschließend verbrannt würden. Wenige Tage später mussten wir die Viehwaggons besteigen, wohin die Reise ging, wussten wir nicht: Nach der Ankunft des Zuges sah ich die Rampe, hörte die Hunde, dann folgte die Selektion und als

sie uns einen langen Weg durch das Lager führten war mir klar, wie der Ort hieß, an den sie uns gebracht hatten und plötzlich war die Stimme aus dem Radio in meinem Ohr und ich erinnerte mich an den Satz – direkt nach der Ankunft werden die Menschen ins Gas geführt – ins Gas? Ich wusste nicht, ob mein Leben in kurzer Zeit zu Ende sein würde.

Nein, diesen Tag hatte ich überlebt, ich wurde ins Lager aufgenommen, mir wurde die Nummer tätowiert, nur in Auschwitz hat die SS die Häftlinge tätowiert, sie als ihren Besitz gekennzeichnet.

Im Januar 1945 dann wurden wir vor der heranrückenden Roten Armee auf dem sogenannten Todesmarsch aus Auschwitz fortgetrieben, Eis und Schnee, viele starben auf dem Marsch, wurden von der SS an Ort und Stelle erschossen, wenn sie nicht mehr konnten.

Befreit wurde ich am 9. Mai 1945 im Lager Theresienstadt, mehr tot als lebendig, ein Überlebender wie so viele und ich war zwanzig Jahre alt.

Warum, meine Damen und Herren, erzähle ich Ihnen das? Bitte ich, bitten wir, die Überlebenden Sie um Ihr Mitleid? Nein, nicht um Mitleid: Wir bitten Sie um Ihr Mitgefühl und um Ihr Mitdenken:

Denken Sie nach darüber, wo und wie Auschwitz begann, denken Sie darüber nach, welchen Hass der Antisemitismus immer wieder neu entfacht, denken Sie darüber nach, wie es heute um Sie, um die Demokratie und um Ihre Gesellschaft steht und wie Sie sich Ihre Zukunft vorstellen! Denken Sie darüber nach, in wie vielen europäischen Ländern rechtsextreme Parteien die alten Nazi-Parolen mit neuem Hass verbinden und besonders junge Menschen bei ihrem Kampf gegen die Demokratie gewinnen wollen.

Von Primo Levi, meine Freunde, einem der berühmtesten Häftlinge von Auschwitz, stammt der Satz: »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.«

Dieser Satz ist aktueller denn je und er steht über allen Erinnerungen und Erfahrungen, die Auschwitz-Überlebende an Sie weitergegeben haben, aber er steht auch und vor allem als Warnung und Erinnerung über unserer Zeit und Ihrer Zukunft.

In Europa, sehr geehrte Damen und Herren, betrachten wir – ob gläubig oder nicht gläubig – die zehn Gebote als unseren zivilisatorischen Kanon. Mein Freund Roman Kent, der mit mir im Ghetto in Lodz und später auch in Auschwitz inhaftiert war, hat den zehn Geboten ein Elftes hinzugefügt, das die Erfahrung der Shoah, des Holocaust, der

schrecklichen Epoche der Verachtung darstellt. Es lautet: »Du sollst nicht gleichgültig sein!«

Das ist meine Botschaft an die, die nach mir kommen, an die jungen Menschen, an Sie alle: Seid nicht gleichgültig! Seid nicht gleichgültig, wenn rechtsextremer und antisemitischer Hass durch die Gesellschaft zieht, seid nicht gleichgültig, wenn Minderheiten diskriminiert werden, seid nicht gleichgültig, wenn großmäuliger Populismus die Welt für sich beschlagnahmen will, seid nicht gleichgültig bei Krieg und Gewalt. Seid dem Gebot treu, dem elften Gebot: Du sollst nicht gleichgültig sein!

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar, dass heute Hannah Lessing, die österreichische Vizepräsidentin unseres Komitees, meine Worte an Sie verlesen hat.

Wir geben unsere Erinnerungen, unsere Worte und unsere Stimme weiter. Unsere Tage, die der Überlebenden, sind gezählt: Aber wir werden nicht verstummen, wenn Sie, Sie alle nicht schweigen!!

MARIAN TURSKI, Shoah-Überlebender, war ein polnisch-jüdischer Historiker und Journalist, der Vorsitzende des *Jüdischen Historischen Instituts* in Warschau sowie seit 2021 Präsident des *Internationalen Auschwitz Komitees*. Er starb am 28. Februar 2025 in Warschau, nur wenige Wochen nach dem Verfassen dieser Rede.

Die Rede von Marian Turski wurde verlesen auf der Gedenkveranstaltung des *Internationalen Auschwitz Komitees* zum 80. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 23. Januar 2025, sie findet sich hier: <https://www.auschwitz.info/de/gedenken/gedenken-2025/rede-von-marian-turski-zum-80-jahrestag-der-befreiung-von-auschwitz.html>.

Quelle

20. April 1945 - Roman und Eleonora Witonski werden in der Schule Bullenhuser Damm ermordet

»Ihnen ist über die Wegnahme ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden.« So steht es in der Einstellungsverfügung im Verfahren gegen den SS-Obersturmführer Arnold Strippel aus dem Jahre 1967. Es ging bei den Ermittlungen um den Mord an 20 Kindern und ihren vier Betreuern sowie 24 sowjetischen Kriegsgefangenen in der Schule Bullenhuser Damm am 20. April 1945. Die britischen Truppen bewegten sich zu diesem Zeitpunkt auf Hamburg zu, und die Nazis waren bestrebt, die Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen. An den 20 jüdischen Kindern aus Frankreich, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden, Polen und der Tschechoslowakei sowie an sowjetischen Kriegsgefangenen waren – schon damals in Fachkreisen als unwissenschaftlich eingeschätzte – medizinische Experimente durchgeführt worden. Man hatte sie im Konzentrationslager Neuengamme mit Tuberkelbazillen infiziert, um ein Mittel gegen diese Krankheit zu entwickeln, ein Verbrechen, das nun vertuscht werden sollte.

Zusammen mit ihren Betreuern und den für die Experimente missbrauchten sowjetischen Gefangenen des Konzentrationslagers wurden die Kinder zum Außenlager in der Schule Bullenhuser Damm gebracht. Unter den 20 Kindern waren Eleonora und Roman Witonski. Sie hatten schon einen schrecklichen Leidensweg hinter sich, als sie in der Schule ankamen. Sie stammten aus einer jüdischen Kinderarztfamilie in Radom in Polen. Roman wurde am 8. Juni 1938 geboren, Eleonora am 16. September 1939, eine Woche nach dem Einmarsch

deutscher Truppen in Polen. Polizei und SS richteten ihr Hauptquartier in der Stadt Radom in der Straße ein, in der die Familie Witonski wohnte. Sie lebten also in Sichtweite der SS-Terrorzentrale. 1941 musste die Familie ihr Haus aufgeben und in ein Ghetto ziehen, das in einem Teil von Radom errichtet worden war.

Am 21. März 1943 mussten Eltern und Kinder Witonski zusammen mit mehr als 150 weiteren Jüdinnen und Juden das Ghetto verlassen und wurden von der SS zu einem 30 Kilometer entfernten Friedhof gebracht, wo sie erschossen werden sollten. Der Kinderarzt Seweryn Witonski fiel dem Massaker zum Opfer. Seiner Frau Rucza Witonski und den beiden Kindern gelang es, sich hinter Grabsteinen zu verstecken, von wo aus sie das Massaker mit ansehen mussten.

Nach dem Ende der Erschießungen entdeckte die SS die Mutter und ihre Kinder. Man brachte sie zurück ins Ghetto, wo die Kinder in furchtbarer Angst vor den SS-Männern lebten. Der Leidensweg führte Mutter und Kinder über ein Arbeitslager nach Auschwitz. Dort wurde Rucza Witonski von ihren Kindern getrennt. Sie überlebte den Holocaust. Die Kinder wurden am 28. November 1944 nach Neuengamme verlegt und für medizinische Versuche missbraucht. Nach der Infizierung mit Tuberkulosebazillen litten die Kinder unter starken Schmerzen, bekamen hohes Fieber und wurden bettlägerig. Im Keller der Schule Bullenhuser Damm wurden die fünf und sechs Jahre alten Geschwister zusam-

men mit den anderen Kindern eingeschläfert und vom Unterscharführer Johannes Frahm in Schlingen gehängt und erdrosselt. Damit der Tod schneller eintrat, hängte sich Frahm mit seinem ganzen Körpergewicht an die Kinder. Außer den Kindern tötete man auch deren vier Betreuer und die 24 sowjetischen Häftlinge. Es sollte keine Zeugen des Kindermordes geben. Die Leichen brachte man zurück nach Neuengamme und verbrannte sie dort.

Nach dem Krieg stellten die britischen Befreier einige der Verantwortlichen des KZs Neuengamme und der direkt am Mord in der Schule Beteiligten vor Gericht und verurteilten sie zum Tode. Der verantwortliche Arzt lebte bis 1964 unentdeckt in der DDR. Er wurde dann vor Gericht gestellt und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Der SS-Obersturmführer Arnold Strippel, der die Mordaktion am Bullenhuser Damm geleitet hatte, kam ungestraft davon. 1974 wurde das Verfahren ohne Anklageerhebung eingestellt. Auf großen öffentlichen Druck hin erhob die Staatsanwaltschaft doch noch Anklage, stellte aber 1987 das Verfahren ein, weil der Angeklagte für verhandlungsunfähig erklärt worden war.

Rucza Witonski suchte nach dem Krieg lange Zeit vergeblich nach ihren Kindern. Dass die Mutter 1981 von ihrem Tod in Hamburg erfuhr, verdankte sie dem Journalisten Günther Schwarberg, der es sich von 1977 an zur Aufgabe gemacht hatte, die Morde in der Schule Bullenhuser Damm vor dem Vergessen zu bewahren, eine würdige Gedenkstätte zu schaffen und Kontakt mit den Familien der Opfer aufzunehmen. Vorher hatten bereits Willi Bredel und Fritz Bringmann die Morde in der Schule Bullenhuser Damm vor dem Vergessen bewahrt.

Die Schule im kriegszerstörten Rothenburgsort wurde 1948 wiedereröffnet, mit Blumen und feierlichen Reden, aber ohne ein Wort zu den grausigen Ereignissen am Kriegsende. 1979 wurde die *Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm* gegründet, die die Erinnerung an die Kinder wachhält. Sie setzte sich erfolgreich für die Einrichtung einer Gedenkstätte und die Benennung der Schule nach dem polnischen Pädagogen und Schriftsteller Janusz Korczak ein, der die ihm anvertrauten jüdischen Kinder in den Tod im Vernichtungslager Treblinka begleitet hatte. Zum Gedenken an die ermordeten Kinder in der Schule legte man neben der Schule einen Rosengarten an, in dem schon Tausende Besucher Rosen pflanzten. 1982 konnte Rucza Witonski erstmals die Gedenkstätte besuchen. Sie sagte damals: »Ich bin all diesen Menschen so dankbar, dass meine Kinder nicht vergessen sind!«

Im Jahre 1991 beschloss der Ortsausschuss Lokstedt, die Straßen im Neubaugebiet Schnelsen-Burgwedel nach ermordeten Kindern zu benennen. Dort erinnert die Geschwister-Witonski-Straße an die beiden Opfer der Nazigräuere. Auf dem Roman-Zeller-Platz, benannt nach einem weiteren ermordeten Kind, wurde ein Mahnmal errichtet. Das Bronzerelief zeigt auf der Vorderseite die Gesichter der 20 Kinder und nennt ihre Namen. Auf der Rückseite wird das Verbrechen kurz beschrieben. Das Mahnmal entstand auf Initiative von Schnelsener Bürgerinnen und Bürger und wurde durch Spenden finanziert. Pastor Peter Hahn, der sich in Schnelsen für die Bewahrung der Erinnerung an das grausige Geschehen in der Schule Bullenhuser Damm engagierte, hat 2015 betont: »Es geht nicht nur um das Erinnern. Vielmehr mahnt die Botschaft der ermordeten Kinder zu einer Willkommenskultur für Fremde und Flüchtlinge. Denn es bleibt eine Aufgabe und Chance, unsere Geschichte zu gestalten – gerade hier vor Ort.«

FRANK KÜRSCHNER-PELKMANN,
ist Autor u. a. eines Stadtführers zum jüdischen Leben
in Hamburg und eines *Hinzt&Kunzt*-Buches mit
Stadtrundgängen

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus Frank Kürschner-Pelkmanns jüngstem Buch *Entdeckungsreise durch die Hamburger Geschichte*. 240 Porträts aus 12 Jahrhunderten (Hamburg: Tredition 2023, 1016 Seiten, 38 €, auch als E-Book verfügbar).

Wir empfehlen die biografischen, stets mit städtischen Orten verknüpften Kurzsätze besonders aufgrund der Darstellung des vielseitigen jüdischen Wirkens in Hamburg, der anschaulichen Schilderung von Hamburger Lebensverläufen zur Zeit der Weimarer Republik, der Naziherrschaft und des Widerstands, aber ebenso wegen der großen Anzahl an Porträts von Hamburger Frauen. Wer möchte, kann sich hier auch ganz eigene Routen zur Stadterkundung über die Stationen wichtiger Pädagog*innen wie beispielsweise Anna Wohlwill, Anton Rée oder John Carl Daniel Curio zusammenstellen oder sich über die Geschichte, wie George Padmore 1930 einen Kongress schwarzer Arbeiter in Hamburg organisierte, ins Gedächtnis rufen, dass sich in Hamburg einmal die Vernetzung afrikanischer und afrodiaprischer Kommunisten vollzog. (hlz)

Quelle

Hamburg - Theresienstadt - Auschwitz

Die ehemalige Klosterschullehrerin Barbara Brix hat den Lebensweg des jüdischen Lehrerehepaars Clara und Walter Bacher nachgezeichnet. Ihr Buch schildert, wie sich schon vor der Machtergreifung der Nazifaschisten der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft und der Hamburger Schulgemeinschaft ausbreitete.

Die Aufarbeitung der Hamburger Schulgeschichte haben sich mehrere Hamburger Kolleg*innen zur Aufgabe gemacht. In gemeinsamer Arbeit mit der schulhistorischen Forschung bekommt die Darstellung der Entwicklung des Antisemitismus und dessen Folgen gerade in gegenwärtigen Zeiten eine besondere Bedeutung. Barbara Brix, langjährige Lehrerin der Klosterschule Hamburg, hat sich seit vielen Jahren hierfür engagiert. In verschiedenen Darstellungen hat sie dabei das Schicksal des Lehrers Walter Bacher und seiner Frau, der Lehrerin Clara Bacher thematisiert.

Walter Bacher, 1893 geboren in Halle, war als Sohn jüdischer Eltern geboren und evangelisch getauft worden. Er hatte Latein, Griechisch und Geschichte in Halle und Flensburg studiert. Am 12. August 1914 meldete er sich als Freiwilliger zu Beginn des Ersten Weltkrieges an die Front und erst mit der Demobilisierung im November 1918 ist er nach mehreren Verwundungen zurückgekehrt. Nach beendetem Studium und erfolgreicher Promotion fand er in finanziell angespannter Lage erst nach längerem eine Beschäftigung als Hauslehrer, übernahm danach kurze Vertretungen an Gymnasien in Sachsen. Er arbeitete als Jugendsekretär und Gewerkschaftsvertreter beim *Gewerkschaftsbund der Angestellten*, bevor er erst in Berlin und ab

1927 in den Hamburger Schuldienst übernommen wurde. Walter Bacher erwies sich als anregender und beliebter Lehrer an der Klosterschule, der seine Schüler*innen durch seinen Unterricht und vielfältige außerschulische Aktivitäten begeisterte. 1929 heiratete er die ebenfalls sozialdemokratische, aus einer jüdischen Familie stammende Clara Haurwitz, die selbst an der Klosterschule Schülerin gewesen war, das der Schule angegliederte Lehrerinnen-Seminar besucht hatte und in der Schule *Lyceum von Fräulein Predöhl* naturwissenschaftliche Fächer unterrichtete. Beide waren Mitglied in der SPD, engagierten sich in der sozialistischen Jugendarbeit und waren in ihrer pädagogischen Arbeit äußerst beliebt.

Barbara Brix hat über Walter Bacher schon 1997 ein Buch geschrieben: *Land, mein Land, wie leb' ich tief aus dir*. Nun hat sie es durch viele zusätzliche Forschungsergebnisse ergänzt und in einer ansprechend aufgemachten Ausgabe im Dölling und Galitz Verlag publiziert, unter dem Titel *Clara und Walter Bacher: Hamburg – Theresienstadt – Auschwitz*.

Darin wird auch die am 28. April 1933 stattfindende Pausenkonferenz in der Klosterschule geschildert, in der sowohl der Ankauf eines Hitlerbildes



Barbara Brix: Clara und Walter Bacher: Hamburg – Theresienstadt – Auschwitz
München/Hamburg: Dölling und Galitz Verlag 2023,
15 €. Erhältlich auch als Sonderdruck im Infoladen
der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung,
Dammthorwall 1.

wie auch die Übertragung der Führerrede am 1. Mai 1933 in der Aula thematisiert wurde. Von radikalen NS-Lehrern war dabei auch die »nicht-
arische Abstammung einzelner Kollegiumsmitglieder« anklagend thematisiert worden. Das war der Beginn des existenziellen Schicksals von Walter und Clara Bacher, deren Entlassung aus dem Schuldienst von einer kleinen nationalsozialistischen Lehrer-Zelle in der Schule betrieben wurde. Das waren insbesondere die Kollegen Heinrich Hehn und Erwin Gottsleben, die auch im *Nationalsozialistischen Lehrerbund* im Curio-Haus eine aufpeitschende Rolle gespielt haben, wie es von Barbara Brix benannt und von mir auch in den *Täterprofilen* beschrieben wurde.

Für Walter und Clara Bacher begann eine Odyssee, über die Entlassung aus dem Hamburger Schuldienst über Walter Bachers spätere Anstellung an der *Talmud-Tora-Schule* der jüdischen Gemeinde

und Clara Bachers kurzzeitige Anstellung an der privaten Mädchenschule Uhlenhorst am Hofweg, die 1934 aus finanzieller Not schließen musste. Das Drama von Walter und Clara Bacher fand mitten in Hamburg statt, von hier aus wurden sie in das Ghetto Theresienstadt deportiert und im Herbst 1944 in Auschwitz-Birkenau ermordet.

Diese Geschichte wird in Brix' Buch sensibel erzählt und gut gebildet – sie ist auch eine Geschichte des Antisemitismus in dieser ehemals demokratischen und liberalen Hansestadt Hamburg.

Es war die nationalsozialistische Zelle an der Klosterschule, die den Startschuss für die Entlassung des jüdischen Lehrers Walter Bacher setzte, der mit seiner Ermordung in Auschwitz endete. Was ist aus den damaligen Betreibern dieser Jagd geworden? Erwin Gottsleben wurde 1945 aus dem Schuldienst entlassen, im Namen der britischen Militärregierung. In seinem Entnazifizierungsverfahren gelang es ihm, 1948 wieder eingestellt und in die Kategorie IV (»Mitläufer«), eingestuft zu werden. Er blieb im Schuldienst und wurde 1966 noch zum Oberstudienrat ernannt, bevor er sich am 31. Juli 1967 zur Ruhe setzte (*Täterprofile Bd. 2*, Biografie Gottsleben, S. 377). Heinrich Hehn war aus dem Hamburger Schuldienst am 20. Juni 1945 entlassen worden und verbrachte danach 15 Monate in einem Internierungslager. Da er nach 1945 Hamburg verließ, erfolgte sein Entnazifizierungsverfahren in Stormarn, das mit der Eingruppierung in Kategorie V endete, als »Entlasteter«. Er wurde nicht wieder in den Schuldienst eingestellt, sondern arbeitete als Künstler weiter und Hamburg gewährte ihm die Pension eines technischen Oberschullehrers (ebd., S. 367).

HANS-PETER DE LORENT,
Autor der *Täterprofile – Die Verantwortlichen im
Hamburger Bildungswesen unterm
Hakenkreuz* (Hamburg 2016 f.)

Am Montag den 28. April 2025, 18.30 bis 20.30 Uhr, wird Barbara Brix aus ihrem Buch Clara und Walter Bacher. Hamburg – Theresienstadt – Auschwitz lesen.

Die Veranstaltung ist eine Kooperationsveranstaltung des Projekts denk.mal Hannoverischer Bahnhof und des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit der Jüdischen Gemeinde in Hamburg, sie findet im Rahmen der Woche des Gedenkens statt.

Eine Anmeldung ist erforderlich:
veranstaltungen@jghh.org.

Lesung



NS-Verfolgte im Fokus der Hamburger Finanzverwaltung

Noch vor ihrer Deportation wurden Jüdinnen und Juden sowie Sinti*zze und Rom*nja von Finanz- und Zollbeamten beraubt. Zwei Jahre lang hat die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen im Auftrag der Hamburger Finanzbehörde die NS-Vergangenheit der Behörde erforscht. Die Ergebnisse wurden Anfang des Jahres im Rahmen der Ausstellung ›Ausgeraubt vor der Deportation‹ im Hamburger Rathaus präsentiert.

Der Oberfinanzpräsident Hamburg war für die Hamburger Finanz-, Steuer- und Zollverwaltung zuständig. Im Nationalsozialismus orchestrierte diese Behörde den Raub an Jüdinnen und Juden sowie Sinti*zze und Rom*nja. Von 1925 bis zu seiner Pensionierung 1943 stand ihr der Jurist Georg Rauschnig als Oberfinanzpräsident vor. Unter seiner Leitung entließ die Behörde 1933 – damals noch ›Landesfinanzamt Unterelbe‹ genannt – zehn seiner Beamten als ›Juden‹ sowie elf Beamte aufgrund ihrer oppositionellen Haltung oder versetzte sie frühzeitig in den Ruhestand. Einer der im Rahmen des ›Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ in Hamburg entlassenen Beamten war der Obersteuerinspektor Gustav Wächter, der bereits 1906 in die Steuerverwaltung eingetreten war. Es waren seine eigenen Kollegen, die nachdrücklich seine Entlassung als »Jude« forderten. Für Gustav Wächter stellte dies den Beginn seiner Verfolgung dar. Er wurde 1941 zusammen mit seiner Frau Minna nach Riga deportiert. Beide wurden ermordet.

Um dem Raub einen scheinlegalen Anstrich zu geben, griffen die Nationalsozialisten auf bestehende Gesetze zurück, erließen aber auch eigene Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Als zwei der effektivsten Maßnahmen gelten die 1931 eingeführte ›Reichsfluchtsteuer‹ sowie die nach dem Novemberpogrom 1938 eingeführte ›Judenvermögensabgabe‹. Hatte die noch in der Weimarer Republik erlassene Reichsfluchtsteuer ursprünglich Kapitalflucht ins Ausland verhindern sollen, nutzten die Nazis diese Maßnahme, um zuvorderst jüdische Emigrant*innen auszuplündern, die vor der nationalsozialistischen Verfolgung fliehen wollten. Allein in Hamburg nahm der Fiskus mit dieser Steuer zwischen 1937 und 1939 mehr als 40 Millionen Reichsmark ein.

Die ›Judenvermögensabgabe‹ erhob das NS-Regime nach dem Novemberpogrom 1938. Als eine Art ›Sühneleistung‹ mussten die deutschen Jüdinnen und Juden insgesamt eine Milliarde Reichsmark aufbringen. Die 23.000 Hamburger Jüdinnen und Juden mussten bis Herbst 1939 in vier Raten insgesamt 37 Millionen Reichsmark an den NS-Staat zahlen.

Obwohl nur circa fünf Prozent der Beamtenschaft vor 1933 Mitglied der NSDAP gewesen waren, setzten die Finanz- und Zollbeamten die staatlichen Vorgaben zur Beraubung unerbittlich um. Von den vorhandenen Handlungsspielräumen – so hätten die Beamten beispielsweise Steuern und Abgaben stunden oder erlassen können – machten sie kaum Gebrauch. Widerspruch gegen die nationalsozialistischen und antisemitischen Maßnahmen gab es

nicht. Zu diesem systemkonformen Verhalten trug eine ganze Reihe von Faktoren bei, unter anderem eine Mischung aus Lockung und Zwang, direktem Druck durch die Vorgesetzten, eine permanente Überwachung und ein ausgeprägter Korpsgeist unter den Beamten. Tatsächlich wirkten die Nationalsozialisten unmittelbar auf die Beamten und ihre Karrieren ein. Nicht nur konnte ohne die Zustimmung der Partei keine Beförderung erfolgen. Ferner konnte die NSDAP Beförderungen massiv beschleunigen und sogar dabei helfen, dass hierfür notwendige, teils gefürchtete, weil überaus schwierige Prüfungen nicht abgelegt werden mussten. Insbesondere sogenannte alte Kämpfer profitierten davon massiv. Regelmäßig wurden die Beamten zudem in Form von Fragebögen überprüft und mussten ausführlich Rechenschaft über ihre ›rassische Herkunft‹ sowie ihre politische Haltung ablegen.

Die Beraubung der NS-Verfolgten

Als Hafen- und Auswandererstadt kam Hamburg eine zentrale Funktion bei der Beraubung all jener zu, die vor der nationalsozialistischen Verfolgung ins Ausland fliehen wollten. Bis zum Beginn der systematischen Deportationen 1941 schifften sich von hier mehr als 10.000 deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden ein. Mit besonderen Steuern, Abgaben und Gebühren presste ihnen die beim Oberfinanzpräsidenten angesiedelte Devisenstelle vor der Emigration einen großen Teil ihres Vermögens ab. Ihre Beamten entschieden, was die Emigrant*innen an Umzugsgut mitnehmen durften und welche Gebühren dafür anfielen. Ferner konnten die Beamten der Devisenstelle »Sicherungsanordnungen« erlassen, mit denen sie den Betroffenen die Kontrolle über das eigene Vermögen entziehen konnten. Diese mussten danach jede über den täglichen Bedarf hinausgehende Ausgabe bei der Devisenstelle beantragen. Für den Erlass einer Sicherungsanordnung reichte die Begründung, der Betroffene sei Jude und wolle auswandern.

Betroffen von dem staatlich organisierten Raub waren aber nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch Sinti*zze und Rom*nja. Als im Mai 1940 etwa 1.000 Sinti*zze und Rom*nja von Hamburg aus in das Zwangsarbeitslager Belzec in Polen deportiert wurden, gab es noch keine offizielle Regelung über den Umgang mit dem zurückgelassenen Hausrat. Kriminalbeamte beschlagnahmten das zurückgelassene Eigentum und ließen einen Teil versteigern.

Am 22. Oktober 1941, drei Tage vor dem ersten Deportationstransport Hamburger Jüdinnen und Juden, wurde im Finanzamt Hamburg-Dammtor die ›Dienststelle zur Verwertung eingezogenen

Vermögens« gegründet. Sie organisierte die reibungslose Beraubung der Deportierten. Unter der Leitung von Steueramtmann Wilhelm Jordan nahmen die bis zu 200 Beamten der Dienststelle an den Sammelorten Auflistungen der Deportierten über das in den Wohnungen zurückgelassene Eigentum sowie die Wohnungsschlüssel entgegen. Hiernach waren sie die ersten, die die Wohnungen betraten und überprüften, ob alle Angaben korrekt waren. Dies sollte möglichst rasch geschehen, »damit Fehler noch beseitigt werden können, solange der Jude noch hinzugezogen werden kann«. Die Beamten der Vermögensverwertungsstelle entschieden, was in den Besitz der Finanzverwaltung übergang und was »verwertet« werden sollte. Dafür beauftragten sie Gerichtsvollzieher und Auktionshäuser, die das Raubgut in öffentlichen Versteigerungen verteilten. Die teils mehrfach in der Woche stattfindenden Auktionen, auf denen auch kriegsbedingt im Hafen zurückgebliebenes Umzugsgut versteigert wurde, bewarben sie öffentlich in Hamburger Zeitungen. Zahllose Deutsche erwarben dabei Möbel, Kunst- und Wertgegenstände sowie Dinge des täglichen Bedarfs, die in Kriegszeiten Mangelware geworden waren. Die Gerichtsvollzieher strichen satte Provisionen ein, der Reinerlös floss in die Staatskasse. Der Raub geschah vor aller Augen: Alle Beteiligten wussten, wem die angebotenen Dinge eigentlich gehörten.

Die Finanzverwaltung nach 1945

Nach Kriegsende war die Finanzverwaltung auch ein Akteur in der sogenannten Wiedergutmachung. Ein Teil der NS-Verfolgten hatte Anspruch auf Entschädigungen unter anderem für ihre Inhaftierung oder Gesundheitsschäden. Zudem konnten sie Anträge auf Rückerstattung oder Entschädigung für Vermögensschäden durch aufgelöste Firmen, Sondersteuern, Entzug von Wertpapieren, Grundstücken, Hausrat und Bankkonten stellen. Die Anträge ließ das Amt für Wiedergutmachung von der Oberfinanzdirektion prüfen. Diese wies Ansprüche zurück, rechnete Entschädigungssummen klein, verlangte schwer zu erbringende Nachweise oder lehnte Anträge wegen Fristüberschreitung ab. Betroffene mussten oft jahrzehntelange Auseinandersetzungen mit den Behörden über sich ergehen lassen. Erschwert wurden die Verfahren auch durch personelle Kontinuitäten in der Hamburger Finanzverwaltung.

Obwohl sich die Finanz- und Zollbeamten aktiv an den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen beteiligt hatten, galten sie nach 1945 als unpolitische Bürokraten. Dabei war es ein offenes Geheimnis, was die einzelnen Beamten getan hatten – teils führten die Beamten ihre Beteiligung an der Beraubung in den Entnazifizierungsverfahren

gar zur eigenen Entlastung an. Wilhelm Jordan etwa betonte nach 1945, er habe sich stets dafür eingesetzt, dass »auftretende Schwierigkeiten zwar im Rahmen der uns gegebenen Bestimmungen, aber unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Wahrung der beiderseitigen Interessen aus dem Wege geräumt würden«. Josef Krebs, der Leiter der Devisenstelle, blieb auch nach 1945 im Amt, erhielt 1956 gar das Bundesverdienstkreuz. Auch für seinen Stellvertreter Fritz Klesper war die Vergangenheit in der Devisenstelle kein Hindernis: Er wurde 1961 in Frankfurt am Main Finanzpräsident. Bis dahin hatte er als Leiter der Vermögens- und Bauabteilung beim Oberfinanzpräsidenten Hamburg die Stadt Hamburg beziehungsweise die Bundesrepublik in Wiedergutmachungsverfahren vertreten. Damit trat er denen, die er einst beraubt hatte, erneut als Antragsgegner gegenüber.

Die Auswirkungen dieses beispiellosen Raubs, an dem sich faktisch die gesamte deutsche Bevölkerung beteiligte, sind bis heute zu spüren. Es befinden sich in Hamburger Kultureinrichtungen weiterhin hunderte Gegenstände, die im Nationalsozialismus widerrechtlich erworben wurden. Teils kämpfen Angehörige von Verfolgten noch immer um die Rückgabe geraubter Güter. Und der Erfolg manches Unternehmens begann in den 1930er Jahren mit der Verdrängung beziehungsweise Enteignung jüdischer Unternehmer*innen.

LENNART ONKEN Lennart Onken arbeitet in der *Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte* und ist Kurator mehrerer Ausstellungen zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung.

Quelle

Der Beitrag von Lennart Onken erschien zuerst in *der rechte rand*, Ausgabe 212/36. Jg. Januar/Februar 2025, S. 14-15. Wir danken herzlich für die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck!

Ausstellung

Empfehlung der Redaktion für Schulen und andere pädagogische Einrichtungen: Die von Dr. Jaromír Balcar, Lennart Onken und Alyn Šišić kuratierte deutsch-englische Wanderausstellung *Ausgeraubt vor der Deportation. NS-Verfolgte im Fokus der Hamburger Finanzverwaltung* ist gegen eine Übernahme der Transportkosten bei der *Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte* ausleihbar (Kontakt: lennart.onken@gedenkstaetten.hamburg.de). Sie wird durch einen sehr lesenswerten Katalog begleitet.

Antifaschismus der GEW-Hamburg

Gesammelte Meldungen zum Thema:



Aufarbeitung der eigenen Gewerkschaftsgeschichte im Faschismus:



Antifaschismus als Bildungsziel:

Die Broschüre »Haltung zeigen statt Zurückhaltung üben« enthält neben einer Analyse der Schul- und Bildungspolitik der Hamburger AfD viele Hilfestellungen für Lehrkräfte (u. a. zum »Neutralitätsgebot«)



Die Welten des Mauricio Rosencof

In seinem Roman »Das Schweigen meines Vaters« verwebt Mauricio Rosencof seine Erinnerungen an die Zeit als politischer Gefangener der Militärdiktatur in Uruguay mit den Erinnerungen seines Vaters, Rückblenden in die eigene Kindheit und der Suche nach den Familienangehörigen, die in Polen von den Deutschen ermordet wurden. Sein Buch setzt den oft vergessenen polnischen Opfern der Shoah und all jenen, die Widerstand geleistet haben, ein literarisches Denkmal. Der folgende Text ist das Vorwort von Theo Bruns, Verleger der deutschsprachigen Ausgabe.

»Jeder von uns ist jeder und alle anderen.«

Eine Szene aus der Zeit der Militärdiktatur in Uruguay. Ein Vater auf der Zugfahrt ins Landesinnere, zur Militärkaserne in Paso de los Toros. Der Sohn ist dort inhaftiert, Gefangener der Militärdiktatur. Besuchszeit: zehn Minuten. Anreise: sechs Stunden. Während der langen Fahrt verwandelt sich das Fenster des Eisenbahnwaggons zur Leinwand. Das Schtetel in Polen zieht vorbei. Die Schneiderwerkstatt in Lublin. Die Liebeserklärung an Rosa unter dem Pflaumenbaum. Die Soldatenzeit im Krieg. Die Auswanderung in das ferne Land in Südamerika. Und die Erinnerungen an die zurückgebliebenen Angehörigen, die Verschollenen, die Toten.

Bei dem Vater handelt es sich um Isaac Rosencof. 1930 war er vor dem Antisemitismus, den Pogromen und dem Hunger der Nachkriegszeit in Polen nach Südamerika emigriert. Von dem Geld, das er mit seiner Arbeit als Maßschneider in der Kleinstadt Florida nördlich von Montevideo anspart, holt er seine Frau Rosa und den Sohn Léon nach. 1933 wird als zweites Kind Mauricio geboren. Mit den Angehörigen in Polen bleiben die Eltern in Briefkontakt, bis irgendwann nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs keine Briefe mehr ankommen. »Nichts für Sie dabei, Don Isaac.« Der Herkunftsort der Familie ist Belzyce, in der Nähe von Lublin. Mit dem Überfall der Deutschen beginnt eine sich dramatisch zuspitzende Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Zwangsarbeit, Umsiedlung, Ghettoisierung. Ab Juli 1942 führen die Nazis im Rahmen der sog. Aktion Reinhard die systematische Ermordung der polnischen Juden im Generalgouvernement mit dem Ziel ihrer kompletten Auslöschung durch. Bei den Verschleppungen in die Vernichtungslager Belzec, Treblinka und

Sobibor werden nicht einmal die Namen der Deportierten registriert, bei der Ankunft erfolgt ihre sofortige Ermordung. Mehr als eine Million Menschen fallen hier den Mordaktionen zum Opfer. Die Lager werden von den Tätern anschließend dem Erdboden gleichgemacht, die Leichen verbrannt. Alle Beweise sollen beseitigt werden. Weniger als 150 der in diese Lager Deportierten überleben. Als Mauricio Rosencof viele Jahre später eine Reise nach Warschau und Belzyce unternimmt, bleibt seine Suche nach Spuren der Verwandten, selbst nur nach dem Namen Rozenkopf in seinen verschiedenen Schreibweisen vergeblich.

Isaac Rosencof war Mitglied der Schneiderergewerkschaft, seine Lektüre die auf Jiddisch erscheinende kommunistische Zeitung *Unzer Fraint*. In dieser Tradition begleitet Mauricio Rosencof 1962 als Journalist die Bewegung der Zuckerrohrarbeiter, lernt dort Raúl Sendic kennen, den späteren legendären Anführer der Nationalen Befreiungsbewegung MLN-Tupamaros, die getreu dem Motto des uruguayischen Unabhängigkeitskämpfers José Artigas die Welt verändern wollte, damit »die Unglücklichsten die am meisten Privilegierten« sein würden. Mauricio Rosencof schließt sich der MLN an, wird zu einem ihrer führenden Mitglieder. 1972 wird die Bewegung jedoch militärisch zerschlagen. Ein Jahr später putscht das Militär. Uruguay wird das Land mit der höchsten Rate an politischen Gefangenen weltweit. Neun von ihnen werden von den Militärs aus den Gefängnissen entführt und in Dreiergruppen in verschiedenen Kasernen des Landes als »Geiseln des Staates« in kompletter Isolation zwölf lange Jahre buchstäblich lebendig begraben. Erklärtes Ziel: die Gefangenen in den

Wahnsinn zu treiben.

Eine der Geiseln ist Mauricio Rosencof. Die Gefährten seiner Dreiergruppe sind Eleuterio Fernández Huidobro, genannt El Nato, und Pepe Mujica, der später als Kandidat des Linksbündnisses Frente Amplio zum Präsidenten des Landes gewählt werden wird. Mit Nato entwickelt Mauricio ein Morsealphabet, mit dem sie sich durch Klopfzeichen durch die Zellenwand verständigen. Ihre Welt ist reduziert auf zwei Mal einen Meter, ohne Licht, ohne etwas zu lesen, ohne ein menschliches Gesicht, ohne alles. Die Imagination wird zur Kraftquelle, zum Mittel des Überlebens. Nach ihrer Freilassung mit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1985 legen die beiden in einem langen Zwiegespräch Zeugnis ab von jenen Jahren im Reich der Stille und der Finsternis, das in Buchform erscheint und später verfilmt wird.

Der biografische und familiäre Hintergrund ist im Schreiben Mauricio Rosencofs stets präsent. Besonders in seinen späteren Werken – wie z. B. *Die Briefe, die nicht ankamen* – verknüpft er seine Erfahrungen als Gefangener der Militärdiktatur in Uruguay mit der Erinnerung an die Vorfahren, die in Polen von den Nazis ermordet wurden. In seinen Büchern erschafft er einen eigenen Mikrokosmos, in dem wie in einem Kaleidoskop oder einer Wortfuge verschiedene Themen, Geschichten und Szenen immer wieder neu aufgegriffen und variiert werden. Dazu zählen Rückblenden in die Welt seiner Kindheit, das Leben im Stadtteil Palermo. Der Tod des älteren Bruders León, der jung an Meningitis stirbt. Der Freund Fito, der ihn ein Leben lang begleitet. Die Rebellion der Zuckerrohrarbeiter, die Solidarität mit den Ärmsten der Armen. Die Zusammengehörigkeit mit den Compañeros, die mit ihm als Tupamaros gekämpft haben. Die Zeit in den Kerkern der Diktatur und die Kunst des Überlebens in einer zutiefst menschenfeindlichen Umwelt.

Und immer wieder die Erinnerung, die Anrufung der Angehörigen, die in Polen Opfer des Holocaust wurden. Rosencofs Schreiben ist der beständige Versuch, ihre vollständige Auslöschung nicht hinzunehmen, den Plan der Nazis zu vereiteln, ihnen ein literarisches Denkmal zu setzen, sie so am Leben zu erhalten. Da ist das Foto in der Werkstatt seines Vaters mit den Verwandten, die nun auch wir als Lesende sehen. Da ist das Zeugnis der Cousine Zofia, die Auschwitz und Ravensbrück überlebt hat und von der wir hören: »Was einer von uns zustößt, das stößt allen zu.« Da ist die Begegnung mit Chil Rajchman, einem Überlebenden des Aufstands in Treblinka, dessen erschütterndes Zeugnis *Ich war der letzte Jude* erst posthum nach seinem Tod veröffentlicht wird. Da sind die jiddischen Lieder der Partisanen und Ghettokämpfer. Und schließlich die

Erinnerungen des Vaters, die zu denen des Sohnes werden und von Generation zu Generation weitergegeben werden. Gebündelt im Ausdruck der tiefen Verbundenheit: »Jeder von uns ist jeder und alle anderen.«

Geschrieben in einer wunderbar klaren, auf den wesentlichen Kern bedachten Sprache hat Mauricio Rosencof ein zutiefst bewegendes Kleinod der Wortkunst geschaffen. In seinen literarischen Miniaturen entsteht vor unseren Augen eine Welt, die das Schicksal der Menschheit in sich birgt. Im Zentrum des Erzählens dieses großen Autors und Menschen steht die Erinnerung als Zufluchtsort der menschlichen Würde.

Es ist für uns ein Glück, dass wir einige seiner Werke auf Deutsch veröffentlichen konnten und daraus eine Freundschaft entstanden ist, die seit langem Bestand hat. Auf das Leben, Ruso!

Hamburg, Juli 2024

THEO BRUNS lebt und arbeitet als Lektor, Redakteur und Übersetzer in Hamburg.

Mit freundlichem Dank an Theo Bruns für die Möglichkeit der Übernahme seines Textes, der zuerst erschien in: Mauricio Rosencof: *Das Schweigen meines Vaters*, aus dem Spanischen von Svenja Becker, Berlin/Hamburg: Association A 2024 (160 Seiten, 18 €, als Hardcover und E-Book erhältlich).

Quelle





Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Ein verdrängtes Kapitel der Geschichte

In Büchern, Filmen und Zeitungsberichten über die Befreiung Europas vom Naziterror sind meist nur Bilder weißer US-amerikanischer, französischer, britischer und russischer Soldaten zu sehen. Fotos von Schwarzen Kriegsteilnehmern sind seltene Ausnahmen, obwohl allein in den US-Streitkräften mehr als eine Million Afroamerikaner Kriegsdienste leisteten und die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg mehr Soldaten stellte als Europa.

Der Hauptgrund für die massive Einbeziehung der Dritten Welt in den Zweiten Weltkrieg war, dass die Welt noch weitgehend kolonialisiert war, als der Krieg begann. Als größte Kolonialmacht verfügte Großbritannien – mit dem Commonwealth – über ein Imperium, das ein Viertel der Erde mit einem Viertel der Weltbevölkerung umfasste. Die französischen Kolonien waren zwanzigmal größer als das »Mutterland« und hatten 100 Millionen Einwohner*innen. Die Fläche Niederländisch-Indiens (heute: Indonesien) entsprach der Westeuropas. Die USA beherrschten die Philippinen und von Inseln wie Hawaii und Amerikanisch-Samoa ausgehend weite Teile des Südpazifiks.

Japan kontrollierte Mikronesien und damit den Norden des Pazifiks sowie die koreanische Halbinsel, Formosa und die Mandschurei. Und die faschistische Regierung Mussolinis beherrschte mit Libyen, Eritrea und Somaliland ein Kolonialgebiet, das ein Vielfaches größer war als Italien selbst. Mussolinis Ziel war die Eroberung eines neuen »Imperiums Romanum« in Ostafrika. Deutschland hatte »seine« Kolonien in Afrika und im Pazifik zwar nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Vertrag von Versailles an die Siegermächte beziehungsweise den Völkerbund abtreten müssen. Doch ihre »Rückgewinnung« gehörte zu den erklärten Kriegszielen der Nazis.

Der koloniale »Welt«-Krieg

Sowohl die Alliierten als auch die Achsenmächte bezogen Kolonien in diesen Welt-Krieg mit ein. Großbritannien setzte im Zweiten Weltkrieg 11 Millionen Soldaten ein. Fünf Millionen kamen aus den Kolonien. Indien stellte mit 2,5 Millionen Soldaten die größte Kolonialarmee der Geschichte.

Eine Million Soldaten unter britischem Kommando kamen aus afrikanischen Ländern. Sie wurden dort oftmals mit Gewalt rekrutiert: Militär-Lastwagen fuhren in die Dörfer und deren Chefs mussten die jungen Männer antreten lassen. Offiziere und Militärärzte der Kolonialmacht suchten die Stärksten aus und nahmen sie an Ort und Stelle mit. Oft durften die Männer sich nicht einmal von ihren Familien verabschieden.

Afrikaner fochten unter britischem Kommando 1940/41 gegen die italienischen Invasoren in Äthiopien. 1940 bis 1943 kämpften sie gegen die deutsch-italienischen Verbände im libysch-ägyptischen Grenzgebiet, 1942 gegen das mit Deutschland kollaborierende französische Vichy-Regime in Madagaskar. 1944 verschifften die britischen Militärs zudem 100.000 afrikanische Soldaten nach Indien, wo sie an der Grenze zu Burma im Dschungelkampf gegen japanische Truppen eingesetzt wurden.

Auch unter französischem Kommando kämpften im Zweiten Weltkrieg etwa eine Million Kolonialsoldaten aus Afrika – viele von ihnen auf wechselnden Seiten der Front. Nach der Kriegserklärung Frankreichs an Nazideutschland im September 1939 rekrutierte die französische Regierung in ihren afrikanischen Kolonien eiligst Soldaten. Hunderttausende standen bereits im Mai 1940 in Nordfrankreich an der Front, um den Einfall der deutschen Wehrmacht abzuwehren. Wie hoch der Anteil afrikanischer Soldaten an der Verteidigung Frankreichs war, dokumentiert die Tatsache, dass bei der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 mindestens 60.000 Afrikaner in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten.

Nach der französischen Niederlage und dem Waffenstillstand zwischen der Kollaborationsregierung von Vichy und dem NS-Regime mussten Kolonialsoldaten aus West- und Nordafrika, die ursprünglich für den Krieg gegen Nazideutschland rekrutiert worden waren, die Seite wechseln. An vielen Fronten standen sich bald afrikanische Truppen unter antagonistischen französischen Kommandeuren gegenüber. Denn auch General Charles de Gaulle, der im Juni 1940 von London aus zum Widerstand gegen das Vichy-Regime und Nazideutschland aufrief, rekrutierte seine Streitmacht des »Freien Frankreich« zum größten Teil in den afrikanischen Kolonien. Das Fort Lamy in Äquatorialafrika (im heutigen Tschad) war de Gaulles erster Stützpunkt. Von dort zog die afrikanische Armee des »Freien Frankreich« an Kriegsfrenten in Dakar, in der Levante (Syrien und Libanon) und in Nordafrika, wo sie gegen Afrikaner unter Vichy-Kommando kämpfen mussten.

Als die Vichy-Regierung nach der Landung der Alliierten in Nordafrika 1943 die Kontrolle über die Kolonien verlor, mussten viele Kolonialsoldaten einmal mehr die Seite wechseln, ihre Vichy-Uniformen ablegen und für die Truppen des »Freien Frankreich« weiterkämpfen. Für die Landetruppen der Alliierten in Italien und der Provence rekrutierte de Gaulle in Nord- und Westafrika zudem weitere hunderttausende Männer. Afrikaner leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung Frankreichs von deutscher Besatzung. Ohne sie wäre Frankreich kaum zur Siegermacht im Zweiten Weltkrieg geworden und besäße heute kein Veto-Recht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Nicht nur der Sold afrikanischer Soldaten in den Streitkräften ihrer Kolonialherren war deutlich niedriger als der weißer Militärs, auch ihre Verpflegung war weitaus schlechter. Die Befehlshaber der Kolonialtruppen waren durchweg Weiße, die in rassistischer »Herrenmenschen«-Mentalität auftra-

ten. Das britische Oberkommando bereitete seine Offiziere mit einer Broschüre auf ihre Kommandofunktionen vor, in der es hieß, dass afrikanische Soldaten in vielerlei Hinsicht »den Geisteszustand von Kindern« hätten und entsprechend zu behandeln seien.

Zwangsarbeit für den Krieg

Die kriegführenden Mächte rekrutierten in ihren Kolonien nicht nur Soldaten, sondern auch Millionen Zwangsarbeiter*innen. In den französischen Kolonien war Zwangsarbeit nach dem »Gesetz für Eingeborene« (Code de l'indigénat) von 1881 an der Tagesordnung. Im Zweiten Weltkrieg erreichte sie ein bis dahin unbekanntes Ausmaß. So wurden zehntausende Männer zur Verlegung einer Straßenbahntrasse vom zentralafrikanischen Kongo bis zum Atlantischen Ozean herangezogen. Zwangsarbeiter mussten Staudämme bauen, Kanäle ausheben und auf Plantagen Sisal und Baumwolle anpflanzen. Die französische Kolonialverwaltung wollte das gesamte Tal des Nigers »in ein riesiges Baumwollfeld verwandeln«, um massenhaft Uniformen zu produzieren.

1942 verabschiedete auch die britische Regierung ein Gesetz, das »in ungewöhnlichen Umständen, die keinerlei Aufschub dulden«, Zwangsarbeit in

den Kolonien erlaubte. Entscheidungen über größere Einsätze fielte das Kriegskabinet in London. Afrikaner*innen, die den Einsatz verweigerten, drohten Geldbußen, körperliche Züchtigung oder Gefängnis. Allein in Kenia leisteten 20.000 Männer Zwangsarbeit in Betrieben, die Sisal, Zucker, Gummi und Flachs verarbeiteten. 1943 zog die britische Kolonialverwaltung in Nordnigeria 100.000 Afrikaner zu Schwerarbeit in Zinnminen ein. Jeder Zehnte von ihnen überlebte dort nicht.

Die Kontinente des Südens lieferten den kriegführenden Mächten zudem militärstrategisch wichtige Rohstoffe und Nahrungsmittel in großen Mengen. So kam das Uran für die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki aus dem Kongo. Für den Bau des britischen Jagdflugzeugs Spitfire sammelte die britische Regierung in ihren Kolonien Geldspenden. Ein Flugzeug kostete 12.000 Pfund und die Menschen in den Kolonien finanzierten insgesamt 1.000 dieser Jagdflugzeuge. Großspender, die mindestens 5.000 englische Pfund eintraben – das waren häufig Städte oder ganze Staaten – konnten eines der Kriegsflugzeuge auf ihren Namen taufen lassen. Deshalb trugen viele Spitfires afrikanische Namen wie »Mombasa«, »Kamba Meru« und »Kalahari«, zwei Mal »Sierra Leone« und drei Mal »Zansibar«.

Afrikaner »spendeten« zudem Mais, Reis, Rinder, Ziegen, Betttücher, Teller, Gläser, Messer, Gabeln und vieles mehr zur Versorgung der Truppen ihrer Kolonialherren. Diese »Spenden« hatten einen Wert von schätzungsweise sechs Millionen Pfund Sterling, zur Zeit des Zweiten Weltkriegs war das ein Vermögen.

Auch die faschistischen Achsenmächte bezogen Geld und Nachschub aus Afrika. So lieferten die Kolonialbehörden des Vichy-Regimes 900.000 Tonnen Phosphat und 350.000 Tonnen Eisen für die deutschen Rüstungsbetriebe in Nazideutschland. In Westafrika trieben Kolonialbeamte der französischen Kollaborationsregierung ab 1940 auf Geheiß des NS-Regimes sogar Mittel zur Verpflegung afrikanischer Kriegsgefangener in deutschen Lagern ein. Bauern in der Elfenbeinküste mussten einem »Komitee zur Versorgung der Kriegsgefangenen« Kolanüsse, Mais, Mehl, Honig und Geld aushändigen.

Das deutsche »Afrikakorps« unter General Erwin Rommel konnte seinen Angriffskrieg in der libysch-ägyptischen Wüste nur führen, weil die nötigen Ressourcen in den französischen Kolonien Nordafrikas requiriert wurden. Von Lastwagen und PKWs bis zu Nahrungsmitteln wurde im Maghreb alles beschlagnahmt und geraubt, was die deutschen Soldaten brauchten. Allein Algerien musste für die deutschen Truppen in einem Jahr 900.000

Zentner Getreide, 220.000 Schafe und 4,8 Millionen Hektoliter Wein liefern, während die algerische Bevölkerung an Unterernährung, Tuberkulose und Typhus litt.

Eurozentrische Geschichtsschreibung

Wie eurozentrisch die gängige Geschichtsschreibung ist, zeigt schon die Terminierung des Zweiten Weltkriegs. Der 1. September 1939 war lediglich der Tag des Kriegsbeginns in Europa. In Ostafrika führte das faschistische Italien zu diesem Zeitpunkt bereits vier Jahre lang einen Vernichtungskrieg mit modernsten Waffen und dem Einsatz von Giftgas. Dies war kein regional begrenzter Kolonialkonflikt: Die italienischen Invasionstruppen in Äthiopien bestanden aus 300.000 Soldaten, auch davon die Hälfte Afrikaner aus den italienischen Kolonien Libyen, Eritrea und Somaliland. Insgesamt kamen auf dem ostafrikanischen Kriegsschauplatz bis zur Kapitulation der italienischen Invasoren im Jahr 1941 Soldaten aus 17 Ländern und vier Kontinenten zum Einsatz. Dazu gehörten auch 500.000 Partisanen aus Äthiopien, die sich »Patriots« nannten.

Auch der Überfall des japanischen Kaiserreichs auf das chinesische Festland begann bereits im Juli 1937. Der japanische Kaiser mobilisierte schon dafür sechs Millionen Soldaten und verfolgte das Ziel, ganz Asien und die Pazifikregion zu unterwerfen. Bis zum September 1939 hatte China bereits Millionen Kriegssopfer zu beklagen. Nach der Einnahme der damaligen chinesischen Hauptstadt Nanking ermordeten die japanischen Truppen dort innerhalb weniger Wochen schätzungsweise 300.000 Menschen. Dieses Massaker ging als eines der schwersten Kriegsverbrechen in die Geschichte ein. Aber es ereignete sich zu einem Zeitpunkt – Ende 1937, Anfang 1938 – als der Zweite Weltkrieg nach hiesiger Lesart noch gar nicht begonnen hatte.

Es ändert nichts an der Hauptschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass die faschistischen Bündnispartner Italien und Japan ihre Kriege schon vor dem 1. September 1939 begannen, beide im Übrigen propagandistisch, logistisch und durch Waffenlieferungen unterstützt von Nazi-Deutschland.

Kriegsschauplätze Asien und Ozeanien

Die Kriegsführung in Asien erreichte bereits vor 1939 bis dahin unvorstellbare Dimensionen. Zur Verteidigung ihres Landes rekrutierten die kommunistische Bewegung unter Mao Tse-Tung und die nationalchinesische Regierung unter Chiang Kai-shek etwa 14 Millionen Soldaten. Um den japanischen Vormarsch aufzuhalten, ließ Chiang Kai-shek 1938 die Deiche des Gelben Flusses (Hu-

anghe) in Ostchina sprengen und riesige Landstriche mit elf Städten und 4.000 Dörfern überfluten. Dabei ertranken bis zu 890.000 Menschen, vier Millionen verloren ihr Hab und Gut.

Durch Kampfhandlungen wurden in China 95 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Nach jüngeren Schätzungen chinesischer und europäischer Historiker*innen forderte der Zweite Weltkrieg in China zirka 21 Millionen Tote. Das sind mehr Opfer als in den für den Krieg verantwortlichen Mächten Deutschland, Japan und Italien zusammen.

Wie wenig Beachtung weite Teile der Welt in der Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkriegs lange Zeit fanden, offenbarte ein Dokumentarfilm über »den Krieg im Pazifik«, den das ZDF im Jahr 2005 zum 60. Jahrestag des Kriegsendes präsentierte. Darin kam kein einziger Einheimischer, keine Zeitzeugin von den Inseln in Wort oder Bild vor. Nur japanische Kamikaze-Flieger und US-amerikanische Marine-Soldaten waren zu sehen und der Kommentar dazu lautete, dass die härtesten Schlachten auf »unbewohnten Inseln« stattgefunden hätten.

Tatsächlich fanden die heftigsten Kämpfe auf Neuguinea statt, der größten pazifischen Insel, die – wie nahezu alle anderen Kriegsschauplätze in Ozeanien – keineswegs »unbewohnt« war. Vielmehr lebten in Neuguinea 1942 zwei Millionen Menschen, die sich plötzlich mit 1,8 Millionen gegnerischen japanischen, US-amerikanischen und australischen Soldaten konfrontiert sahen. Für ihren Krieg im hohen Gebirge der Insel rekrutierten alliierte wie japanische Militärs jeweils etwa 50.000 Einheimische, die als Träger, Kundschafter, Soldaten oder auch als lebende Schutzschilde dienen mussten. An die gefallenen Japaner und US-Amerikaner erinnern heute große Soldatenfriedhöfe, an die einheimischen Hilfstruppen nur einfache Holzkreuze mit der Aufschrift »Native Boy«.

Kollaboration

In der Dritten Welt gab es allerdings nicht nur Opfer, Zwangsrekrutierte und Zwangsprostituierte sowie Freiwillige und Widerstandskämpfer*innen auf Seiten der Alliierten, sondern auch Millionen Mitläufer*innen und Kollaborateure der faschistischen Achsenmächte – von Indien und Indonesien über Thailand und Burma bis nach Ägypten und Argentinien. Manche der Kollaborateure beteiligten sich auch aktiv am Holocaust, so etwa der oberste Repräsentant der Araber Palästinas, Hadj Amin el-Husseini. Er arbeitete von 1941 bis 1945 im Berliner Exil eng mit den Nazis zusammen und forderte über deren Propagandasender »die Araber



iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w ◀

Vergessene Befreier – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Außerdem: Rechtes Proletariat? | »Narco-Staat« Costa Rica? | Begehrtes Grönland

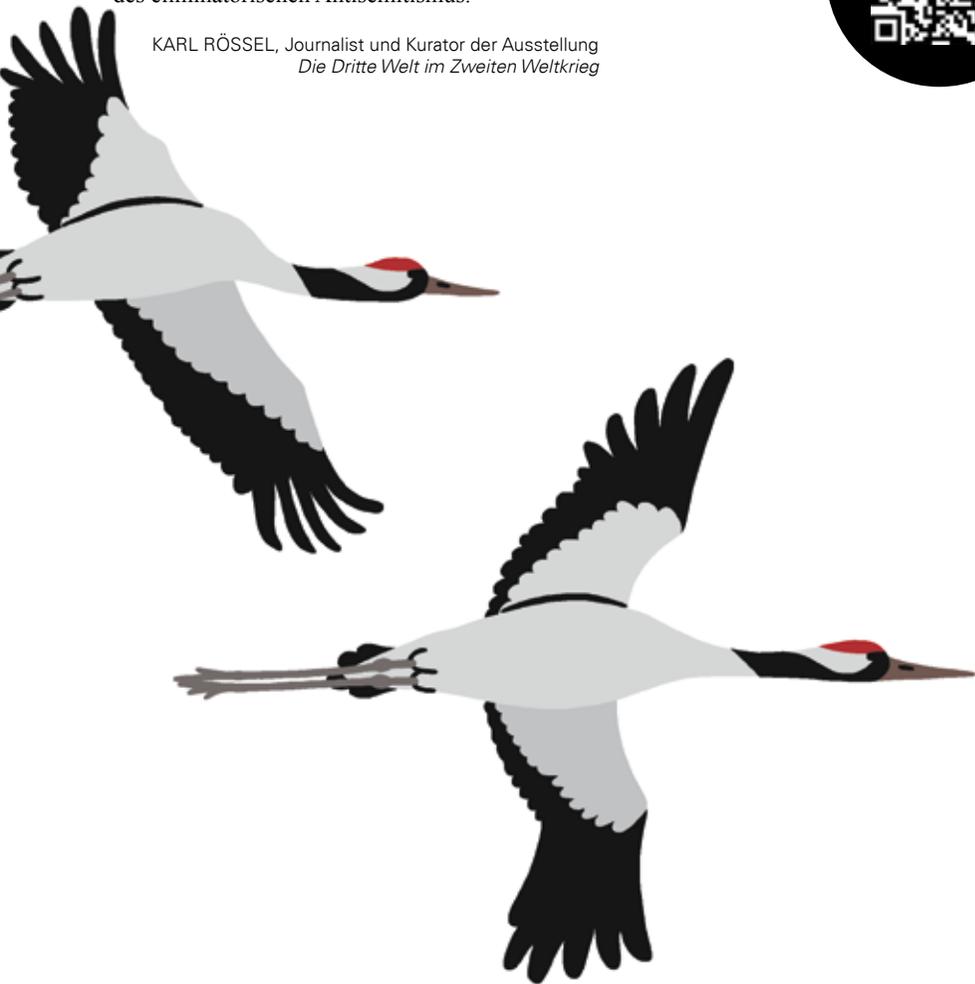
52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

im besonderen« und die »Mohammedaner im allgemeinen« dazu auf, »mit all ihren Kräften« für »die Vertreibung aller Juden aus allen arabischen und mohammedanischen Ländern« zu sorgen und sich dabei ein Beispiel am »nationalsozialistischen Deutschland« zu nehmen, das sich entschlossen habe, »für die jüdische Gefahr eine endgültige Lösung zu finden«.

Innerhalb der Islamwissenschaften und Arabistik sowie in der Palästina-Solidarität wurde diese antisemitische Kollaboration bisher weitestgehend ausgeblendet (siehe das Dossier *Treueschwüre für die Nazis* in der iz3w 312). Die fehlende Aufarbeitung ist ein Grund dafür, dass Nazi-Sympathisanten und fanatische Antisemiten wie Hamas und Hisbollah als »Freiheitskämpfer« glorifiziert werden können. Der Massenmord der Hamas vom 7. Oktober 2023 in Israel hat auf dramatische Weise gezeigt, dass Geschichte, die nicht aufgearbeitet wird, fortlebt und sich wiederholen kann – selbst die Geschichte des eliminatorischen Antisemitismus.

KARL RÖSSEL, Journalist und Kurator der Ausstellung
Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg



Quelle

Dieser Beitrag erschien zuerst im iz3w-Dossier *80 Jahre Befreiung* vom März 2025 (iz3w 407), wir danken der Redaktion und dem Autor für die freundliche Genehmigung zur Übernahme.

Ausstellung

Die Ausstellung *Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg* ist noch bis zum 1. Juni 2025 in einer erweiterten Fassung im *NS-Dokumentationszentrum* der Stadt Köln zu sehen (www.3www2.de).



Goebbels' Schatten

Wir haben mit Hans-Peter de Lorent (delo) über seinen neuen Roman gesprochen, der sich einer Schlüsselfigur der Nazi-Propaganda widmet.

Lieber delo, die hlz-Leser*innen kennen dich für deine langjährige Serie der »Täterprofile«, deine unzähligen Veröffentlichungen zu Nazi-Biografien innerhalb des Hamburger Bildungswesens. Pünktlich zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nazifaschismus erscheint nun dein neuer Roman mit dem Titel »Goebbels' Schatten«. Wer war dieser Schatten?

Hans-Peter de Lorent (delo): Ich habe einen Roman geschrieben, der durchaus in der Tradition meiner Praxis steht, Biografien über Nazis zu schreiben, denn er ist im Prinzip auch eine Biografie. Im Mittelpunkt steht der Staatssekretär von Joseph Goebbels im Propagandaministerium, Werner Naumann, einer der eifrigsten Propagandisten im Nationalsozialismus. Naumann war der Schatten von Joseph Goebbels, sein engster Vertrauter. Und er agierte die letzten Wochen und Monate des Zweiten Weltkrieges auch im Führerbunker in Berlin, hatte also engen Kontakt zur NS-Führung. Naumann war so eng verbunden mit Goebbels und Hitler, dass er eigentlich dachte, das wäre es jetzt auch für ihn gewesen, als sich alles zuspitzte und das Ende absehbar war. Er dachte, in tiefer Verbundenheit mit Hitler und Goebbels würde auch ihm nichts anderes übrigbleiben, als im Bunker eine Zyankali-Kapsel zu nehmen. Die NS-Führung hatte ja diese Kapseln verteilt für den Fall, dass sie nicht siegen würde. Dann kam es aber anders. Kurz bevor Hitler sich erschossen hat, hat er Werner Naumann die Hand gedrückt und gesagt: »Naumann, sie sind jung und ein Kämpfer. Sie müssen hier lebend rauskommen und versuchen, die Leute, die uns treu geblieben sind, zusammenzuführen, um unsere Ideen und unsere Anschauungen in die Zeit danach zu tragen«. Und unmittelbar bevor am nächsten Tag dann Goebbels sich und seine Familie umbrachte, hat auch dieser sich von ihm verabschiedet mit den Worten: »Naumann, Sie sind wahrscheinlich mein einziger wirklicher Freund gewesen«. Naumann verstand das als Aufforderung und Vermächtnis, das, was seine »Helden« von ihm wollten und ihm auch zutrauten, in die Tat umzusetzen. Er hat dann eine Gruppe geleitet, die aus dem Bunker ausgebrochen ist. Und diesen ganzen Prozess, den beschreibe ich. Der Roman setzt

am 20. April 1945 ein und schildert, wie die letzten zehn Tage im Führerbunker abgelaufen sind, entfaltet dann aber auch, wie Naumann mit der Hilfe alter Kameraden überlebt hat und versuchte, in den 1950er Jahren wieder in die Politik zurückzukehren.

Was hat dich an der Personalie Werner Naumann so interessiert?

Das Thema gibt mir die Möglichkeit, sehr präzise darüber zu schreiben, wie die Nazis Propaganda betrieben haben, wie sie politisch, strategisch und propagandistisch vorgegangen sind, gerade weil das auch eine große Aktualität für die heutige Zeit hat. Das war der erste Reiz. Der zweite Reiz liegt für mich in der Frage: Wie schafft es jemand, der doch einigermaßen bekannt ist, in der Illegalität zu überleben? Wie hat er das vorbereitet? Wie hat er es angestellt? Wer hat ihn unterstützt, auch und gerade, als er in den 50er-Jahren wieder versuchte, in die Politik zurückzukommen?

»In die Politik zurückkommen« hieß für Naumann sehr offensichtlich nicht, sich nun »entnazifiziert« und »geläutert« am Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens zu beteiligen, sondern Hitlers und Goebbels Erbe zu verwirklichen – und zwar mit Unterstützung alter, aber auch neuer »Kameraden«...

Ich nenne *Goebbels Schatten* nicht ohne Grund einen Tatsachenroman. Es gibt zwar eine romanhafte Handlung, diese beruht aber auf wissenschaftlich überprüften Fakten. Das heißt, hinter den Protagonisten stehen wirkliche Personen mit ihren wirklichen Taten, die im Roman auch mit ihrem Klarnamen auftauchen. Naumann steht zugleich exemplarisch dafür, wie nicht wenige ehemalige Nazis nach 1945 wieder in die aktive Politik zurückkehrten und versuchten, die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik zu verhindern. Und es zeigt sich im Laufe des Prozesses nach 1945, dass es relativ bekannte und berühmte Leute sind, die wesentlich dazu beigetragen haben, dass Naumann aus der Illegalität in die Legalität übergehen konnte, ein Entnazifizierungsverfahren abgewehrt wurde und er dann auch tatsächlich unter

seinem eigenen Namen versuchen konnte, in die Politik zu gehen. Die bekannteste Person ist Kurt Georg Kiesinger, der Naumann juristisch beraten und hier ganz entscheidend unterstützend die Fäden geknüpft hat.

In Betrachtung dieses Geklüngels um Naumann aus ehemaligen NS-Funktionären und SS-Kameraden, aber eben auch aus CDU- und FDP-Politikern zeigt sich die Halbherzigkeit der deutschen >Vergangenheitsbewältigung< sehr deutlich. Kiesinger – frühes NSDAP-Mitglied und als späterer Bundeskanzler mitverantwortlich für die Notstandsgesetze – war selbst alles andere als ein Vorbild für eine wahrhaftig vollzogene Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus. Das musste ihm und der Öffentlichkeit 1968 erst einmal mit der berühmten Ohrfeige von Beate Klarsfeld gezeigt werden...

Ich habe ja im Zuge der Vorbereitung des Romans engen Kontakt zu Beate Klarsfeld gehabt. Sie fand es natürlich gerade in der jetzigen Zeit einer rechten Entwicklung in Europa, Amerika und Deutschland wirklich reizvoll, nochmal diese Geschichte aufzuarbeiten. Sie hat mir einiges Material über Kiesinger und auch Ernst Achenbach gegeben, der für die Deportation jüdischer Menschen aus Frankreich mitverantwortlich war und später als FDP-Funktionär und Jurist ebenso in das Netzwerk um Naumann involviert gewesen ist. Das war sehr hilfreich und auch sehr motivierend. Beate Klarsfeld ist für mich eine wichtige Person, weil sie sich sehr stark dafür einsetzte, dass Nazis nicht wieder politisch aktiv werden konnten und zusammen mit ihrem Mann Serge Klarsfeld viel dafür getan hat, Leute mit Nazivergangenheit aufzuspüren und dann auch vor Gericht zu bringen.

Du hast gerade erwähnt, dass in deinem Roman vieles auf bereits wissenschaftlich Aufgearbeitetem beruht und auch die Unterstützung von Beate Klarsfeld benannt. Für den Inspirations- und Forschungsprozess war zudem die Begegnung mit Heidi Birgfeld wichtig, die sich nach dem Erscheinen einer deiner Nazi-Biografien in der hlz bei dir gemeldet hatte.

Ja, ich habe im Rahmen der *Nazi-Biografien* über Heinrich Haselmayer gearbeitet. Haselmayer war Mediziner und der erste AStA-Vorsitzende der Universität Hamburg gewesen, der im NS-Studentenbund war und als NSDAP-Funktionär eine wich-

tige Rolle im Hamburger Bildungsbereich spielte. Als der erste Teil seiner Biografie in der *hlz* erschien, bekam ich eine E-Mail von Heidi Birgfeld, die mir schrieb, dass sie die Tochter von Heinrich Haselmayer sei und das mit großem Interesse gelesen hätte, weil in ihrer Familie über 50 Jahre lang ein Mantel des Verschweigens lag über dem, was ihr Vater in der NS-Zeit tatsächlich gemacht hatte. Wir haben uns dann ein paar Mal getroffen und den Kontakt gehalten. Bei einem dieser Gespräche erzählte sie mir, dass sie einen engen Kontakt zu der ältesten Tochter von Naumann gehabt und die Familie Naumann mehrfach in den Sommerferien besucht hätte. Sie wusste sehr viel über die schwierige familiäre Situation zur Zeit, als Naumann in der Illegalität war, auch hat sie mir viele Fotos zeigen können. Aus diesen Gesprächen entstand der Gedanke, dass es doch lohnenswert wäre, darüber zu schreiben und zwar in der Form eines Romans.

Warum nicht als wissenschaftliche Biografie, sondern als Roman?

Ich glaube, dass man damit mehr Leser*innen erreicht. Ich habe ja schon in jungen Jahren, in den 1980ern, drei Romane geschrieben, um die Praxis der Berufsverbote in Deutschland und die Arbeit des Verfassungsschutzes zu thematisieren: *Die Hexenjagd*, *Gefängnis kommt nicht in Betracht* und *Diskrete Karriere*. Wir haben damals festgestellt, dass es zwar viele Dokumentationen über die Berufsverbote und die Verfolgung von Linken gab, das Problem also aufbereitet und durchaus zur Kenntnis genommen wurde. Und doch bewirkte die erzählerische Darstellung eine andere Intensiviertheit und Betroffenheit bei den Leser*innen. Ich habe natürlich damals auch das >Glück< gehabt, dass die *Die Hexenjagd*, die Darstellung meiner persönlichen Geschichte des Berufsverbots, von einer Klage, einem Prozess und dann einem Revisionsprozess begleitet wurde, was dem Roman viel Aufmerksamkeit gebracht hat: 13 Verhandlungen über 13 Wochen mit vollem Saal und einer weitläufigen journalistischen Berichterstattung. Die Dämlichkeit der Berufsverbote, hier einen Prozess anzustrengen, hat diese Aufmerksamkeit für den Roman und das Thema natürlich befördert, aber es liegt auch an der Form des Literarischen, die es ermöglicht, mehr Leser*innen für so ein Thema zu erreichen. Aus dieser Erfahrung heraus wollte ich nun über Naumann nicht noch eine riesenbiografie schreiben, über die die Leute dann sagen: »Okay, aber über Goebbels gibt es ja auch schon acht große Biografien!«

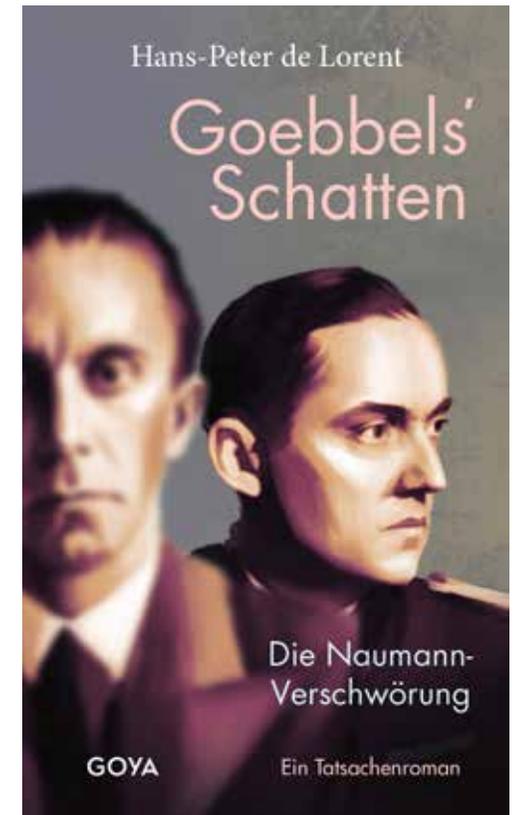
Mit Ausnahme von >Diskrete Karriere<, in der die Hauptperson ein >Verfassungsschützer< ist, war in deinen

anderen Romanen die Perspektive der Protagonisten doch aber eher eine – ich sage es mal ein wenig platt – der >Guten<, der >richtigen< politischen Seite, da konntest du deine Hauptfiguren natürlich nutzen, um gegen selbst erlittenes und sich vollziehendes Unrecht anzuschreiben. Jetzt hast du eine Hauptfigur, die verantwortlich war für Grausamkeiten nazifaschistischer Politik – und zwar nicht nur als Schreibtischtäter, Naumann war ja unter anderem auch in der Waffen-SS. Droht da nicht die Gefahr von so etwas wie einer >Einfühlung in die Täter<?

Ja, hier liegt durchaus eine konzeptionelle Schwierigkeit. Das Problem ist ja, wenn man über eine so bedeutende NS-Person einen Tatsachenroman schreibt, dass vieles, was diese Person auszeichnet, über ihre Gedanken und Kommunikation dargestellt werden muss. Im ursprünglichen Konzept hatte ich mit Einschüben gearbeitet, denn in einem Roman kann man ja nicht an der betreffenden Stelle ein Sternchen machen und nachschieben: »Liebe Leser*innen, hier irrt Werner Naumann, man muss auch bedenken, dass...« und so weiter. Ich hatte auch immer im Kopf, wie das wohl Beate Klarsfeld sehen würde, mit der ich abgemacht hatte, dass sie den Roman in der Vorphase liest. Wenn man eine Kommunikation von zwei Nazis darstellen muss, die darüber sprechen, wie sie mit jüdischen Menschen umgehen und mit Leuten, die politische Gegner sind, die also ganz locker besprechen, wie viele Leute man dabei umbringt und wie man das am besten macht, dann muss es auch eine Möglichkeit geben, da etwas entgegenzusetzen. Und das habe ich zum Teil mit Einschüben gemacht, die außerhalb des Romans die Zeit illustrieren und Tatsachen dazu einbringen. Oder ich setze objektives Wissen dagegen, das sich in Gesprächen anderer Personen, in Bezugnahmen auf Literatur oder Zeitungen artikuliert, dann auch in Gegensatz zu dem, was Naumann dazu denkt. Es war eine große Schwierigkeit, das noch auf eine wirklich lesbare, überschaubare Form zu bringen, denn auch aus Verlagsperspektive ist ja klar, dass die Leute im Buchladen nicht unbedingt freudig zugreifen, wenn da so ein Brikett von tausend Seiten vor ihnen liegt.

Das klingt nach einem Kampf des wissenschaftlichen Autors in dir mit dem literarischen, wenn sich dieser zu sehr als Naumann zu entfalten wagt.

Das stimmt. Hinzu kam die persönliche Schwierigkeit, weil Naumann vom Typ her jemand ist, der mir sehr unangenehm und sehr unähnlich ist: ein



Hans-Peter de Lorent: *Goebbels' Schatten*. *Die Naumann-Verschöörung*. Ein Tatsachenroman, GOYA, 544 Seiten, Hardcover, 28 €
Das Hörbuch erscheint als Autorenlesung bei GOYALIT ca. 1260 Minuten, 20 €.

völlig humorloser Typ, der sehr hässlich agiert.

Na ja, zum Glück! Aber dein Ziel war ja auch nicht, hier einen Heldenroman zu schreiben, sondern den historischen Kontext anschaulich in seiner Aktualität für die Gegenwart zu erschließen, denn die Veröffentlichung deines Romans trifft auf einen gesellschaftlichen Kontext des weltweiten Erstarkens rechter und faschistischer Bewegungen. Was ist hierfür aus dem Roman, aus der Auseinandersetzung mit dem Fall Naumann zu lernen?

Man weiß ja, dass die Nationalsozialisten die größten Verbrechen anrichtet haben, die es jemals gegeben hat, im Rahmen des Krieges, im Rahmen der Verfolgung und Ermordung jüdischer und andersdenkender Menschen, der Sinti*zze und Rom*nja und aller, die nicht in ihr Bild passten. Diese Gefahr, die droht, wenn es so läuft, wie manche das aktuell wieder so wollen, die gilt es nochmal aufzuzeigen und ins Bewusstsein zu rufen. Hierbei hilft es auch, zu verstehen, wie die Propaganda dieses Ministeriums funktionierte, insbesondere die Methoden von Goebbels, der effektiv darin war, etwas interessant zu machen und die Gegner vorzuführen. Das beschreibe ich in vielen Beispielen. Und

wenn man das liest und sich dann beispielsweise anguckt, wie Trump bestimmte Sachen nach vorne bringt, mit welchen Provokationen und Verletzungen von Grundregeln er arbeitet, wird deutlich, wie schon genau das bei den Nazis erfolgreich gewesen ist. Und das kann man sicherlich auch auf Europa und auf die gezielten Regelverletzungen von Orbán und auch der AfD übertragen. Es gilt, dafür zu sensibilisieren und zugleich – wenn man das Ende der Geschichte kennt – zu sehen, wohin das führen kann, wenn demokratische Prinzipien nicht eingehalten werden.

Die deutsche Geschichte ist im Prinzip ja bekannt, aber die Frage ist doch auch: Wie genau haben sie das damals gemacht? Also wie ist Goebbels, der in den 20er Jahren Gauleiter in Berlin gewesen ist, wie ist er aufgetreten? Er ist provokativ vorgegangen, ist mit einer schwarzen Lederjacke auf Lastwagen gestiegen und hat agitatorische Reden gehalten. Er hat Leute instrumentalisiert und mit der KPD große Schlägereien provoziert, und das dann propagandistisch ausgeschlachtet. Wenn man sich das alles nochmal genau anguckt und auf die jetzigen politischen Realitäten schaut, findet man viel Übereinstimmung.

Man muss ja aber auch gar nicht so weit schauen hin zu Trump oder das als



Extrem bei der AfD oder faschistischen Gruppen verorten. Wenn man sich die Debatte zur Zeit des gerade vergangenen Wahlkampfs anschaut, diesen exzessiven Fokus auf Migration, diesen gezielten Einsatz rassistischer Narrative, diese Externalisierung hausgemachter politischer Probleme, diesen Tenor von Abschieben, Abschieben, Abschieben, die sich darin ausdrückende Blut- und Bodenmentalität in der Bestimmung, wer zu »uns« gehört und wer nicht...

Ja, »Germany first!«, unsere Interessen durchsetzen, um jeden Preis. Schuld sollen die »anderen« sein, die »uns« was wegnehmen oder »uns« den Platz oder die Jobs streitig machen...

Mir geht es auch um das Strategische dahinter. Dass das bewusst benutzt wird, um von bestimmten selbst verursachten, nicht angegangenen sozialpolitischen Problemen abzulenken, sich dabei selbst als »gesellschaftliche Mitte« zu inszenieren, aber die eigene politische Praxis nach Inhalten der Rechten zu gestalten und linke Feindbestimmungen zu vollziehen – auch in der Verbindung von Leistungsideologie und dem Diffamieren sozial verwundbarer Menschen.

Goebbels hat gesagt, in der Politik und in der Liebe ist alles erlaubt, um sich durchzusetzen. Und so hat er das auch gemacht. Jede Lüge war ihm recht, die einen Effekt hatte, der von politischem Interesse gewesen ist. Da nenne ich viele Beispiele, die perfide und erfolgreich waren. Das sollte man sich angucken, damit man selber auf das, was man jetzt erleben kann, nicht reinfällt.

Lass uns im Rahmen der Frage nach Kontinuitäten zum Nazifaschismus nochmal auf Naumann zurückkommen: Er ist eine interessante Schlüsselfigur für ein Verstehen der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen jemand wie er, mit solchen Gedanken und Auffassungen, wie er sie hatte, einfach weiterwirken konnte.

Na klar, ja. Also das Fazit der Geschichte ist ja, Naumann wurde mit Unterstützung von Kiesinger und anderen der Weg geöffnet, wieder in das normale Leben als Person Werner Naumann reinzukommen. Und er hat dann, als er dank all dieser auch materiellen Unterstützung wieder in seinem

Leben angekommen war, den Versuch gemacht, Hitlers und Goebbels »Auftrag« umzusetzen. Er hatte sich ja nicht geändert und glaubte nach wie vor, dass von oben mit harter Hand regiert werden muss.

Er war 1953 kurz davor, als Abgeordneter für die *Deutsche Reichspartei* (DRP) zu kandidieren, in einem Wahlkreis, wo er das Direktmandat errungen hätte. Das wurde in letzter Sekunde durch deutsche Stellen, aber auch durch den britischen Hochkommissar Ivone Kirkpatrick verhindert. Wenn die das nicht verhindert hätten und Naumann 1953 tatsächlich in den Bundestag gewählt worden wäre, hätte sich die deutsche Geschichte anders weiterentwickeln können. Es gab auch im Bundestag in verschiedenen Parteien ehemalige Nazis, für die das interessant gewesen wäre, so eine Leitfigur wie Naumann dort zu haben.

Kirkpatrick hatte die Naumann-Gruppe verhaften lassen und später gesagt, dass die Geschichte eine Lehre für die Zukunft enthält: »Es wäre töricht anzunehmen, dass der Nazismus unter keinen Umständen, und auch nicht in anderer Form, im modernen Deutschland wiedererstehen könnte.«

Und ja, jetzt gucken wir mal, gucken wir mal wirklich hin. Nicht nur auf die deutsche Geschichte, sondern auch auf die politischen Kräfteverhältnisse anderswo. Das heißt, sensibel zu sein und rechtzeitig zu verhindern, dass bestimmte Kräfte, die offensichtlich nichts Demokratisches im Sinn haben, nicht erfolgreich sind. Also wann und wie fängt man an, Alice Weidel und andere zu stoppen?

Interview: hlz (ANTJE GÉRA).

HANS-PETER DE LORENT war von 1990 bis 1996 Vorsitzender der GEW Hamburg und von 1976 bis 1986 Redakteur und Redaktionsleiter der *hlz*, die er nach wie vor mit unzähligen Beiträgen seiner Forschung zu pädagogischen Nazi-Biografien unterstützt.

Goebbels' Schatten. Ein Tatsachenroman – eine Veranstaltung der GEW Hamburg zum 8. Mai, dem 80. Jahrestag der Befreiung:

Lesung und Buchvorstellung mit Hans-Peter de Lorent am Donnerstag den 8. Mai 2025, um 19 Uhr im Curio-Haus.

Veranstaltung

Die Zukunft könnte schwarzblau sein

Wie sich AfD und Union aufeinander zubewegen

Zwölf Jahre nach ihrer Gründung wird es für die AfD allmählich Zeit, nicht mehr nur noch die Debatten um Migration und Innere Sicherheit vor sich herzutreiben, sondern selbst mal an die Machthebel zu kommen. Doch noch sieht es nicht danach aus, dass die Partei zumindest auf Bundesebene bald mitregieren könnte – zu radikal, zu isoliert erscheint sie. Aber wie lange bleibt das so?

Bei der AfD lässt sich sowohl unter der Wählerschaft als auch bei einigen Funktionär*innen eine zunehmende Ungeduld beobachten. Die ist nachvollziehbar: Die Partei gewinnt an Stimmen, sie siegt bei Landtagswahlen, sie schafft es sogar, dass die CDU ihre Anträge übernimmt und im Bundestag beschließt. Doch an die Macht lässt man sie nicht. Die Mandate, die sie inzwischen in Landesparlamenten und im Bundestag innehat, versorgen das rechtsradikale Projekt zwar mit Redezeit und Geld. Aber in eine Regierung darf sie bislang nicht einziehen, sie bleibt von den großen Fleischtopfen ausgeschlossen. Zu extrem, heißt es, sei die Truppe um Weidel, Chrupalla und Höcke. Innerhalb der Partei wächst jedoch der Ruf nach Regierungsbeteiligung.

In den vergangenen zwei Jahren haben sich für die AfD zwei mögliche Wege zur Macht herauskristallisiert: Der eine führt nach Italien, wo Giorgia Meloni mit ihren postfaschistischen *Fratelli d'Italia* und einer Strategie der teilweisen Anpassung an das Establishment seit fast zweieinhalb Jahren regiert. Der andere führte eine Zeit lang über Österreich, wo sich die FPÖ unter Herbert Kickl mit größtmöglicher Kompromisslosigkeit dem Kanzleramt näherte – auch wenn die Koalitionsgespräche mit der ÖVP letztlich scheiterten.

Beide strategischen Optionen – Mäßigung wie Meloni oder Radikalisierung wie Kickl – werden innerhalb der AfD diskutiert. Wer aber verstehen will, wie die Partei sich strategisch aufstellt, sollte weniger auf die Statements ihrer Spitzenleute schauen – insbesondere in Wahlkampfzeiten herrscht dort Zurückhaltung –, sondern vielmehr ins intellektuelle und publizistische Vorfeld blicken. Dort wird Klartext gesprochen.

Strategie der Mäßigung à la Meloni

Giorgia Meloni hat nicht nur eine bemerkenswert stabile Regierung auf den Weg gebracht, sondern auch einen Parteifreund in die EU-Kommission gehievt. Der lange geltende »cordon sanitaire«, das Brüsseler Pendant zur »Brandmauer«, ist seit Ende November 2024 Geschichte. Bereits im Vorfeld der Europawahl im Juni war eine Annäherung zwischen europäischen Konservativen und italienischen Rechtsradikalen zu beobachten – illustriert von Fotos, auf denen sich Meloni und Ursula von der Leyen vor gemeinschaftlichem Lachen kaum halten konnten.

Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch Zustände Melonis auf entscheidenden Politikfeldern, allen voran bei der geopolitischen Ausrichtung. Hier grenzten sich bislang viele europäische Rechtsaußen-Parteien von den gemäßigten Konservativen ab. Im Regelfall galt: Rechtsaußen steht NATO, EU und Euro skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Meloni hingegen präsentiert sich als Transatlantikerin – schon vor Trumps zweitem Wahlsieg pflegte sie enge Beziehungen zu den USA und ließ sich von Elon Musk umarmen. Vom ersten Tag nach dem russischen Angriff auf die Ukraine stellte sie sich demonstrativ an die Seite der Selenskyj-Regierung. Ein EU-Austritt steht für sie nicht zur Debatte, und die Forderung nach einem Euro-Ausstieg verschwand bereits 2018 still und leise aus dem Programm.

Im Umfeld der AfD wird ein solcher Kurs offen diskutiert. Dieter Stein, Chefredakteur der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, nannte es nach Beginn des Ukrainekriegs »vollkommen unrealistisch«, sich vom Westen abzukoppeln. Alternativen zur NATO seien für ihn »Schnapsideen«. Nach mehreren Skandalen um den AfD-Europaabgeordneten Maximilian Kraus – insbesondere seiner Nähe zu Russland und China – gab Stein der kroatischen Zeitung *Dnevnik* ein Interview. »So kann die AfD nicht weitermachen, wenn sie sich als ernstzunehmende Kraft behaupten und einer Regierungsbeteiligung näherkommen will«, sagte er. Das zielte

wohlgerichtet nicht auf Kraus SS-Verharmlosung, die Stein ausdrücklich verteidigte – sondern auf dessen außenpolitische Orientierung. Stattdessen lobt Stein regelmäßig Meloni: Von ihrer Politik könnten sich »andere Rechtsparteien in Europa und Deutschland eine Scheibe abschneiden. Insbesondere zur NATO, EU und dem Ukraine-Krieg.«

Tatsächlich gibt es erste Anzeichen, dass die AfD den Meloni-Weg einzuschlagen versucht. Auf dem letzten Parteitag wurde die explizite Forderung nach einem EU-Austritt aus dem Wahlprogramm gestrichen. Und während 2024 führende AfD-Politiker*innen noch den NATO-Austritt forderten, erklärt das aktuelle Programm die NATO-Mitgliedschaft zum »zentralen Element unserer Sicherheitsstrategie«. Die Osterweiterung lehnt man zwar weiterhin ab, zeigt sich aber offen gegenüber zunehmender Militarisierung. So sähe also der Meloni-Kurs aus: Mäßigung, um regierungsfähig zu erscheinen, Pragmatismus im Sinne der Anschlussfähigkeit an das konservative Establishment.

Strategie der Radikalisierung à la Kickl

Kritik daran kommt aus dem gegenüberliegenden Pol des rechten Vorfelds – etwa von Benedikt Kaiser. Der Publizist, der für einen AfD-Bundestagsabgeordneten arbeitet, warnte bereits im August 2023 in der rechtsextremen *Sezession* vor einer »Melonisierung« der AfD. Seine Argumentation: Man erreicht womöglich einzelne tagespolitische Ziele, verliert aber das langfristige Projekt eines grundlegenden gesellschaftlichen Umbaus aus dem Blick – bis es irgendwann vergessen ist. Kaiser plädiert stattdessen für den österreichischen Weg. Die FPÖ unter Kickl habe sich als kompromissloser Antagonist des Establishments positioniert – nicht nur rhetorisch, sondern auch institutionell.

Diese Strategie führte zwar zunächst dazu, dass die ÖVP jede Zusammenarbeit ablehnte. Doch nachdem Koalitionen mit anderen Parteien scheiterten, erhielt die FPÖ den Auftrag zur Regierungsbildung. Die ÖVP knickte ein, es kam zu Verhandlungen, die am Ende zwar scheiterten – doch die FPÖ blieb stärkste Kraft. Kaiser will, dass die AfD diesem Kurs folgt: möglichst lange Opposition, um später in grundlegenden Fragen den Ton angeben zu können. Die »Kicklisierung« steht für die kompromisslose Variante des rechten Fundamentalismus innerhalb der AfD und ihres Umfelds.

Taktische Mäßigung, strategische Radikalisierung

Eigentlich schließen sich die beiden Strategien aus: Wer auf Mäßigung setzt, kann keine Extrempositionen vertreten. Doch zunehmend zeichnet sich ein Weg ab, der beides zu verbinden versucht. In-

nerparteilich stehen dafür jüngere Funktionäre wie Sebastian Münzenmaier, Fraktionsvize im Bundestag, der sich als Organisator der innerparteilichen Professionalisierung versteht. Nach dem desaströsen Parteitag 2022 schmiedete er Allianzen, um die Strömungsgegensätze zu moderieren und offene Streitigkeiten zu verhindern.

Die Absprachen im Hinterzimmer funktionieren inzwischen erstaunlich reibungslos: Münzenmaier und sein Netzwerk schaffen es, sowohl Pragmatiker*innen als auch Fundamentalist*innen zu bedienen. Beispiele: Der Begriff »Remigration« wurde ins Wahlprogramm aufgenommen (Kickl-Weg), aber auf Maßnahmen begrenzt, »die bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen« (Meloni-Weg). Oder die Auflösung der *Jungen Alternative*: Der radikale Jugendverband wurde offiziell abgeschafft (Meloni-Weg), um sogleich durch eine neue Struktur ersetzt zu werden, die den Einfluss der radikalen Nachwuchskräfte sichert (Kickl-Weg). Münzenmaier verfolgt das Ziel, radikale Inhalte zu wahren – aber nach außen Signale der Mäßigung zu senden.

Die Fundamentalist*innen beobachten die taktische Mäßigung indes mit einer gewissen Skepsis. Ihre Reaktionen klingen eher resigniert: »Es tut nichts zur Sache, ob ich das gut oder weniger gut finde«, schrieb der weit rechts stehende Vordenker Götz Kubitschek nach dem vergangenen Parteitag auf seinem Blog. »Dieses Gereifte, das weniger Reibungsflächen bietet, weniger Spannung birgt. Es ist nun eben so, die Partei ist so geworden«. Kubitschek weiß aber auch, dass am Ende wohl nicht die AfD entscheidet, ob sich ein glattpoliertes Image in realpolitischer Macht niederschlägt, sondern das konservative Establishment. Und dort stellt sich zunehmend die Frage, ob – oder vielmehr wann – sich die Union der AfD öffnet.

Taktische Brandmauer, strategische Kooperation?

Im Wahlkampf noch waren Friedrich Merz und Co. sehr um Abgrenzung bemüht. »Wir würden unser Land verraten, ich würde die Seele der CDU verraten, wenn ich auch nur den kleinen Finger reichen würde«, um mit der AfD künftig gemeinsam Politik zu machen, so beschwor Friedrich Merz bei einer Wahlkampfveranstaltung in Nürnberg die Abgrenzung nach Rechtsaußen. Die musste offenbar umso lauter beteuert werden, nachdem die CDU in einer denkwürdigen Bundestagswoche Ende Januar mit der AfD gemeinsam abgestimmt hat. »Wir sind der Schutzwall, wir sind die Brandmauer«, legte CSU-Chef Markus Söder nach: CDU und CSU würden mit der AfD nicht kooperieren – nicht vor der Bundestagswahl, nicht danach, gar nicht.



Deutscher Bundestag, 18. März 2025: Abgeordnete von CDU/CSU und AfD heben bei einer Abstimmung die Hand, darunter in den vorderen Reihen unter anderem Friedrich Merz, Thorsten Frei, Alexander Dobrindt, Dorothee Bär, Beatrix von Storch, Bernd Baumann

Mit guten Gründen lässt sich daran zweifeln. Noch im November hatte Merz im Bundestag die anderen Parteien dazu aufgefordert, Anträge vor der Bundestagswahl nur dann zur Abstimmung zu stellen, wenn Mehrheiten ohne die AfD zustande kämen. Und nun? Dazu kommt, dass sich Forderungen von CDU und AfD in Kernfeldern wie der Inneren Sicherheit, der Migrations-, Wirtschafts- und Sozialpolitik beträchtlich überschneiden und dass die AfD zu einem großen Teil eine Ausgründung des nationalkonservativen Flügels der CDU ist.

Unmöglich wäre ein schwarzblaues Bündnis zwischen Union und AfD also nicht. Doch wie wahrscheinlich ist es, dass das konservative Establishment mit dem modernisierten Rechtsradikalismus zusammengeht? Um das zu beantworten, muss man schauen, welche Szenarien es kurz-, mittel- und langfristig für eine Zusammenarbeit gibt.

Nach den Ereignissen der letzten Januarwoche im Bundestag ist eine Kooperation zwischen Union und AfD keine bloße Gedankenspielerei mehr, sondern eine realistische Option – auch wenn sie nicht

sofort in Form einer offiziellen Koalition kommt. Im Bundestagswahlkampf wurde bereits über ein alternatives Szenario diskutiert: eine unionsgeführte Minderheitsregierung, toleriert von der AfD.

Thorsten Alsleben, Geschäftsführer des konservativ-neoliberalen Thinktanks *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, sprach sich Anfang Februar in abgeschwächter Form für eine solche Konstellation aus. Schwarz-Gelb sei die einzige Koalition, die sowohl eine Migrations- als auch eine Wirtschaftswende ermöglichen könne. SPD und Grüne seien keine Partner mehr. Sein Vorschlag: Friedrich Merz solle sich als Kanzler einer schwarz-gelben Minderheitsregierung wählen lassen – »ob ihn die AfD mitwählt, ist egal«, denn im dritten Wahlgang reicht eine einfache Mehrheit.

Zwei Tage zuvor hatte bereits Rainer Zitelmann, nationalliberaler Publizist, Unternehmer und FDP-Mitglied, das Modell einer schwarz-gelben Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten ins Spiel gebracht. Bei der Russland-Ukraine-Politik könne man mit den Grünen gemeinsame Sache machen, »in der Migrations- und Klimapolitik mit

der AfD«. Auch der Historiker Michael Wolffsohn unterstützte in der *Welt* eine solche Konstellation. In der neuen Legislaturperiode könnte eine von der AfD tolerierte Minderheitsregierung wie ein Damoklesschwert über einer Koalition schweben. Und doch bleibt diese Variante – Stand jetzt – unwahrscheinlich: Auf Bundesebene wäre sie ein Novum und gerade in Krisenzeiten kaum denkbar. Dass Merz als Kanzler auf einen NATO-Gipfel reist, ohne sicher zu sein, ob er im Bundestag eine Mehrheit hinter sich hat, erscheint wenig plausibel. Eine solche Konstellation würde ihn in hohem Maße von der AfD abhängig machen – zu hoch wäre der Preis, zu gering das Vertrauen. Auch innerhalb der Union wäre eine Regierung »von AfDs Gnaden« schwer vermittelbar.

Kurzfristig ist eine Kooperation also unwahrscheinlich, mittelfristig sieht die Lage allerdings anders aus. Seit den gemeinsamen Abstimmungen zur Asylpolitik wird eine Zusammenarbeit zunehmend debattiert. Entsprechende Gedankenspiele werden spätestens dann weitergeführt werden, wenn eine kommende Regierung in die Kritik gerät. Das ist absehbar, denn die Herausforderungen sind enorm, die Handlungsspielräume eng, die Wahrscheinlichkeit ihres Scheiterns hoch. Angesichts des Handelskrieges mit den USA unter Präsident Donald Trump, der schleichenden Deindustrialisierung hierzulande und den realen Schwierigkeiten, eine grundsätzlich andere Migrationspolitik umzusetzen, ist absehbar, dass die neue Regierung früher oder später ins Straucheln gerät. Sollte es so kommen, dürften die Rufe nach einer Regierung »der rechten Mehrheit«, bei der es weniger Kompromisse braucht und die eine klarere Linie verspricht, schnell laut werden.

Zudem ist der programmatische Graben zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links tiefer als seit Jahrzehnten. Die SPD hat sich rhetorisch von der Agenda 2010 distanziert, die Union unter Merz und Linnemann ist wirtschaftspolitisch deutlich nach rechts gerückt. Sollte es innerhalb einer Koalition zum Streit über Sozialkürzungen oder Steuerpolitik kommen – und insbesondere, wenn der linke SPD-Flügel oder Gewerkschaften ernsthaften Widerstand leisten –, könnten Unionspolitiker*innen mit einem Koalitionsbruch drohen und laut über »alternative Mehrheiten« nachdenken. Dieser Prozess könnte sich beschleunigen, falls Friedrich Merz im Zuge einer Koalitionskrise das Handtuch wirft und den Stab an die nächste Generation weitergibt.

Langfristig spricht einiges dafür, dass es in den kommenden zehn Jahren auf Bundesebene zu einem schwarzblauen Bündnis kommt. Die Norma-

lisierung der AfD vollzieht sich schrittweise – von unten nach oben. Eine Studie der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* dokumentierte im Frühjahr 2024 über 100 Fälle von Zusammenarbeit zwischen AfD und anderen Parteien in ostdeutschen Kommunen. Am häufigsten kooperierte die CDU.

Bislang war es vor allem die Bundespartei, die verhinderte, dass sich Landes- und Ortsverbände der CDU mit der AfD einließen. Doch nach der gemeinsamen Abstimmung im Bundestag können sich Befürworter*innen einer Kooperation nun auf das Verhalten der Parteispitze berufen. Es ist kaum vorstellbar, dass CDU-Kommunalpolitiker, die zur Zusammenarbeit mit der AfD bereit sind, künftig aus Rücksicht auf die Bundespartei darauf verzichten.

Besonders in Sachsen-Anhalt, wo 2026 gewählt wird, gilt eine schwarzblaue Landesregierung als möglich. Der dortige CDU-Landesverband ist besonders rechtskonservativ geprägt. Ähnliche Konstellationen zeichnen sich in Mecklenburg-Vorpommern ab.

Inhaltliche Gemeinsamkeiten

Friedrich Merz wird wohl nicht derjenige sein, der eine schwarzblaue Koalition anführt. Dafür ist er zu sehr ein Kind der Bonner Republik – inhaltlich, stilistisch, strategisch. Doch er hat die CDU nach rechts verschoben – und damit die Tür für eine Kooperation mit der AfD grundsätzlich geöffnet. In seinem Umfeld finden sich einige, die noch weiter gehen könnten: Carsten Linnemann, Jens Spahn, Julia Klöckner, Tilman Kuban – allesamt Vertreter einer jüngeren Generation, die mit dem radikalisierten Konservatismus unverkrampfter umgehen.

Julia Klöckner etwa veröffentlichte im Januar auf Instagram einen Post, in dem sie als Spitzenkandidatin in Rheinland-Pfalz schrieb: »Für das, was Ihr wollt, müsst Ihr nicht AfD wählen. Dafür gibt es eine demokratische Alternative: die CDU.« Man kann das als ungeschicktes Wahlkampfmanöver werten – oder als Hinweis auf das Selbstverständnis der möglichen Merz-Nachfolger*innen. Für sie ist der Unterschied zwischen CDU und AfD weniger eine Frage der Inhalte als der Form.

Doch auch die AfD müsste sich für eine Kooperation bewegen. Merz nennt klar, wo die roten Linien verlaufen. Direkt nachdem er auf dem CDU-Parteitag erklärt hatte, die Union werde »niemals« mit der AfD kooperieren, sagte er: »Sie steht gegen die Westbindung. Sie steht gegen den Euro. Sie steht gegen die NATO.« Das seien die entscheidenden Gegensätze. Bemerkenswert ist, was er nicht sagte: Migrationspolitik, Innere Sicherheit, Wirtschafts-

und Sozialpolitik – all jene Felder, in denen es längst inhaltliche Überschneidungen gibt. Seine Abgrenzung markiert vor allem geopolitische Differenzen.

Doch was, wenn sich die AfD auch in diesen Punkten weiter anpasst? Viel fehlt nicht mehr: Die Partei bekennt sich inzwischen zur NATO. Ein EU-Austritt wird nicht mehr explizit gefordert. Bleibt noch der Euro – das einstige Gründungsthema. Im Wahlprogramm hieß es zwar noch, Deutschland müsse aus dem Euro-System austreten. Doch selbst hier gibt es Bewegung. Anfang Februar erklärte Alice Weidel im Interview mit Caren Miosga, man hätte vor der Euro-Rettungspolitik aussteigen sollen – heute aber sei es dafür zu spät.

AfD und Union bewegen sich aufeinander zu. Es scheint nur noch eine Frage der Geschwindigkeit zu sein, bis daraus eine schwarzblaue – oder blau-schwarze – Front wird.

SEBASTIAN FRIEDRICH und NILS SCHNIEDERJANN

SEBASTIAN FRIEDRICH ist Journalist und Autor aus Hamburg. Er arbeitet regelmäßig für das ARD-Politikmagazin *Panorama*, NDR, Deutschlandfunk und für die Wochenzeitung *Der Freitag*.

NILS SCHNIEDERJANN arbeitet als Journalist in Berlin. Er moderiert unter anderem die Sendung *Andruck – Das Magazin für Politische Literatur* im Deutschlandfunk.

Was die Rechte stark macht

Die extreme Rechte ist weltweit zur führenden politischen Kraft geworden. Ihr Erfolgsmodell: Sie hat die Amoralität des Neoliberalismus verinnerlicht und sich ein Volk nach eigenem Antlitz erschaffen.

2024 knallte es überall. Im September schaffte die rechtsextreme *Alternative für Deutschland* (AfD) den endgültigen Durchbruch in Ostdeutschland, wurde mit jeweils über 30 Prozent der Stimmen stärkste Kraft in Thüringen und knapp zweitstärkste in Sachsen und Brandenburg. Kurz danach gewann die FPÖ die österreichische Nationalratswahl, zuvor war Marine Le Pen nur knapp einem De-facto-Allparteienbündnis und den Eigenheiten des französischen Wahlsystems unterlegen. In Italien regiert die Postfaschistin Giorgia Meloni, in den Niederlanden wurde der Wahlsieger Geert Wilders in eine Koalitionsregierung geholt, in Argentinien triumphierte der Kettensägenmann Javier Milei. Und zum Abschluss noch einmal Trump, vier weitere Jahre, wenn der 78-Jährige durchhält. Wenn nicht, übernimmt sein Mini-Me J. D. Vance.

Die äußerste Rechte gewinnt weltweit. Erklärungen dafür bleiben jedoch häufig national oder

regional begrenzt. Und tatsächlich gleicht keine erfolgreiche rechte Kampagne der anderen im Detail, gibt es je spezifische Voraussetzungen, die autoritäre Politiker ausnutzen können. Zum Beispiel: Die traumatische Transformationserfahrung in den Ländern der ehemaligen DDR zum einen und aus dem Realsozialismus generationenübergreifend tradierte Politikverständnisse zum anderen machen den deutschen Osten zu besonders günstigem Terrain für die AfD. So argumentiert der deutsche Soziologe Steffen Mau in seinem letzten Buch *Ungleich vereint* durchaus überzeugend. Oder: In Österreich haben die höchst oberflächliche Entnazifizierung nach 1945, das frühe Mainstreaming der FPÖ in den 1980er-Jahren und die vollständige Übernahme ihrer migrationspolitischen Positionen durch die Kurz-ÖVP ab 2015 dem österreichischen Rechtspopulismus zu struktureller Stärke verholfen. Der Wahlsieg Donald Trumps wird sowieso bis ins letzte Detail des Elektorats nach Geschlecht,

Alter, Herkunft aufgedrösel, um nachzuvollziehen, welche soziale Gruppe in den USA wie mobilisiert werden konnte.

Die je konkrete Analyse ist wichtig und notwendig. Sie legt aber auch nahe, dass jedes Land für sich die Bedingungen für rechte Wahlsiege schaffen würde, als wären wir Zeugen einer Serie von je einzeln zu erklärenden – und potenziell einzeln zu belegenden – rechten Erfolgen. Man kann aber auch versuchen, die Konturen eines politischen Rechtsrutsches zu verstehen, der globale Ausmaße hat. Der Aufstieg der extremen Rechten zur führenden politischen Kraft im kapitalistischen Weltsystem ist eine welthistorische Entwicklung, ähnlich wie in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Welche Erklärungsansätze gibt es dafür? Warum gewinnt die Rechte überall?

Echte Probleme

Die häufigste Erklärung lautet: Weil sie die tatsächlich drängenden Probleme unserer Zeit anspricht. Ihre Lösungen mögen praktisch unbrauchbar oder moralisch untragbar sein, als soziale Seismografen hätten sie ihren Nutzen. Sie zeigten an, wo es im Volk rumort, und zwängen die etablierten Parteien dazu, nicht länger wegzusehen. Was das drängende Problem ist, braucht dann in Europa nicht lange erläutert werden. Parteien wie die AfD, Le Pens *Rassemblement National* (RN) oder die FPÖ werben seit jeher mit einem Thema: Migration. Die Tatsache, dass Menschen sich »unkontrolliert« bewegen und sich nicht an die vermeintlichen Landessitten anpassen, sei die Ursache aller Übel. Oder wie es der damalige deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) 2018 formulierte: »Die Migration ist die Mutter aller Probleme.«

Dieser Ansatz kommt in zwei Varianten. Eine übernimmt nicht nur die Problemdefinition, sondern auch den Großteil der Lösungsvorschläge von rechts außen. Um den »Populismus« zu schwächen, müssten die Grenzen besser geschützt, die Integration der Fremden staatlich erzwungen und die nicht integrierbaren außer Landes geschafft werden. Diese Variante des Rechtsextremismusverstehens ist in den konservativen Parteien Europas hegemonial und in liberalen und sozialdemokratischen Parteien fest verankert, von Olaf Scholz bis Hans Peter Doskozil. Eine zweite Variante akzeptiert die rechte Problemdefinition, will aber andere Lösungen finden. Die Erfolge der Rechten werden auf reale »Integrationsprobleme« der Fremden zurückgeführt, man will aber auf humanere Mittel zurückgreifen, um sie zu lösen. Diese Vorstellung findet man gehäuft unter Grünen oder in Österreich etwa bei SPÖ-Chef Andreas Babler.

Das Problem mit beiden Varianten ist, dass sie zur Erklärung der rechten Erfolge nichts taugen. Wären real existierende, von Migration verursachte Probleme die Ursache dieser Erfolge, müssten rechtsextreme Parteien dort besonders starken Zuspruch finden, wo der Problemdruck am höchsten ist. Das ist nicht der Fall. Die FPÖ hat bei der letzten Nationalratswahl abermals ihr deutlich schlechtestes Ergebnis in Wien geholt, also in dem Bundesland, wo mit großem Abstand die meisten Menschen mit Migrationsgeschichte leben. Im Wiener Bezirk mit dem höchsten Ausländeranteil, Rudolfshheim-Fünfhaus, blieb die Partei mit 16,6 Prozent sogar hinter den Grünen. Ein ähnliches Muster bilden Wahlergebnisse in Deutschland ab. AfD-Hochburgen sind häufig Wahlkreise mit unterdurchschnittlichem Ausländeranteil. Dort, wo es tatsächlich bisweilen raschelt, in eher armen Stadtteilen mit besonders hohem Ausländeranteil wie Berlin-Neukölln oder im Hamburger Bezirk St. Georg, bleibt die rechtsextreme Partei vergleichsweise schwach.

Das alles heißt nicht, dass Zuwanderung keine sozialen Konflikte verursachen kann. Ob das der Fall ist und wie sie bearbeitet werden, hängt von zahlreichen Faktoren ab, die politisch gestaltet werden können. Bloß haben diese Konflikte kaum etwas damit zu tun, wie erfolgreich rechtsextreme Parteien aktuell sind. Nichts deutet darauf hin, dass man die Rechte durch irgendwelche migrations- oder integrationspolitischen Maßnahmen schwächen könnte. Das musste auch Kamala Harris feststellen, die im Wahlkampf versucht hatte, sich im Vergleich zu Trump als effektivere Grenzwächterin zu inszenieren.

Stupid Economy

Die übliche Gegenposition lautet: It's the economy, stupid! Demnach würden Wähler*innen rechtsextremen Parteien und Politiker*innen zuneigen, weil sie von wirtschaftlichem Abstieg betroffen oder bedroht seien. Die Wahlentscheidung sei dann eine Art Notwehrhandlung gegen die neoliberale Globalisierung, wie etwa der linke demokratische Senator aus Vermont Bernie Sanders nach Trumps Wahlsieg argumentierte. Die jüngste US-Wahl scheint dafür einige Anhaltspunkte zu bieten. Tatsächlich war »die Ökonomie« das meistgenannte Motiv für die Wahl Donald Trumps, die hohe Inflation ein bestimmender Faktor für die Unzufriedenheit mit den Demokraten.

Aber auch diese Erklärung greift zu kurz. In der politikwissenschaftlichen Forschung zum Rechtspopulismus in Europa dominierte lange die These, die ökonomisch »Abgehängten« würden diesen zu Wahlerfolgen tragen – doch ein solcher direkter Zusammenhang konnte nie belegt werden. Auch



Wähler*innen »nach eigenem Antlitz«: Trump-Unterstützer auf einer Wahlkampfveranstaltung in Greensboro (North Carolina) am 2. November 2024.

der Wahlerfolg Donald Trumps kann nicht durch »die Ökonomie« erklärt werden. Erstens konnte er quer durch alle Einkommensschichten dazugewinnen – nur die wohlhabendsten Amerikaner*innen mit jährlichen Einkommen jenseits der 100.000 Dollar neigten deutlich Kamala Harris zu. Zweitens waren wirtschaftspolitische Themen in seinem Wahlkampf nur ein Randthema, es ging viel mehr um Migration und den Kampf gegen »Wokeness«. Und drittens wäre zu klären, welche wirtschaftlichen Maßnahmen sich Trumps Wähler*innen von ihm überhaupt erwarten. Er hat schließlich kein neues Wohlfahrtsprogramm versprochen, sondern will die Axt an das ohnehin karge soziale Sicherungsnetz des Staates ansetzen. Trump und seine superreichen Unterstützer, allen voran Elon Musk, wollen die Entfesselung des freien Marktes im Lande, geschützt vor der globalen Konkurrenz durch Handelszölle.

Auch in Europa positionieren sich rechtsextreme Parteien ausgesprochen kapitalfreundlich. Die letzten Regierungsbeteiligungen der FPÖ liefern dazu reiches Anschauungsmaterial. Es ist gerade das, was linke Köpfe explodieren lässt: Rechte Politiker versprechen, die freien Marktkräfte zu entfesseln – und bekommen dafür Unterstützung just von jenen Menschen, die von entfesselten Märkten am meisten zu befürchten haben. Besonders deutlich wurde

das 2024 in Argentinien, wo der Fundi-Kapitalist Javier Milei besonders junge, prekäre Dienstleistungsjobber für sich gewinnen konnte.

Wir haben es also mit paradoxen Sachverhalten zu tun: Parteien, die Migration zum größten Problem erklären, werden massenhaft von Menschen gewählt, die Migration für das größte Problem halten, selbst aber verhältnismäßig wenig mit Migration zu tun haben. Sie verleugnen oder verharmlosen reale Katastrophen – Klimaerhitzung, Pandemien, soziale Vereinzelung – und erfinden inexistenten: woke Zensur, Islamisierung des Abendlandes, Zwangsvegetarismus. Sie versprechen Schutz gegen überbordende Gewalt und Kriminalität an Orten, wo Gewaltkriminalität seit Jahren kontinuierlich zurückgeht. Sie verfolgen die Radikalisierung des neoliberalen Programms und gewinnen dafür Menschen, die von diesem Programm existenziell bedroht sind.

Umgekehrte Psychoanalyse

In den 1940er-Jahren untersuchte der deutsch-jüdische Soziologe Leo Löwenthal im US-amerikanischen Exil die Politik faschistischer Agitatoren. Ihn interessierten die sozialpsychologischen Mechanismen dessen, was er die »Bearbeitung des Publikums« nannte: Wie vereinte sich die öffentliche Tätigkeit des Agitators mit dem Ressentiment

an der Basis? Löwenthal stellte fest, dass der Agitator Unzufriedenheit artikuliert, ohne Ursachen zu benennen. »In der Tat tritt der Gedanke einer objektiven Ursache gänzlich in den Hintergrund«, schreibt er in *Falsche Propheten* (1949), »was übrig bleibt, ist einerseits das subjektive Unbehagen und andererseits der persönlich dafür verantwortliche Feind«. Ähnlich wie der manifeste Inhalt in Träumen sei der konkrete Gehalt der Agitation letztlich willkürlich und zufällig: der »hinterhältige Jude«, der »böswartige Ausländer«, der »heimatlose Bolschewik« – die Feindbilder des Agitators erfüllen bloß die Funktion, seine Adressaten von der Aufgabe zu befreien, die eigene Lage begreifen zu müssen. Statt die eigenen Sorgen und Ängste durcharbeiten und sich so zu kritischem Denken und aufgeklärtem Handeln zu befähigen, ergeben sich die Anhänger des faschistischen Agitators ihrem eigenen Groll.

Löwenthal nannte die Propaganda der extremen Rechten deshalb auch »umgekehrte Psychoanalyse«. Sie verallgemeinert das Gefühl, betrogen und hintergangen zu werden, und präsentiert die Beschwerden ihres Publikums »in einem verzerrenden, fantastischen Prisma«. Der Autor Richard Seymour formuliert in seinem kürzlich erschienenen Buch *Disaster Nationalism* (Verso Books 2024) einen ähnlichen Gedanken. Die real existierenden Katastrophen seien Effekte einer tiefen Krise des liberalen Kapitalismus und als solche individuell kaum begreif- oder bewältigbar. Das rechte Projekt greife das umfassende Bedrohungsgefühl auf, das die allermeisten Menschen erfasst, und lenke es auf greifbare Objekte um. Man kann den Klimawandel, Inflation oder Pandemien nicht erschießen. Die extreme Rechte bietet greifbarere Ziele. Doch die »umgekehrte Psychoanalyse« führt nie zur Auflösung der Misere, wie Seymour betont: »Keine noch so große Menge an Gewalt kann die Angst besänftigen, genauso wie das Töten von Spinnen keine Arachnophobie heilen kann, weil die Spinne nicht die eigentliche Quelle der Angst ist. Je mehr der Feind zerschlagen wird, desto weniger scheint es zu lösen, und desto hilfloser ist man angesichts der Angst.«

Gesellschaftliche Malaise

Die Propaganda der Agitatoren trifft auf willige Anhänger dort, wo die sozialen und kulturellen Bedingungen günstig und die gesellschaftlich bedingte generelle Unzufriedenheit hoch sind. Löwenthal nannte diese Bedingungen die »gesellschaftliche Malaise«. Die Malaise unserer Gegenwart reicht viel weiter, als die scheinbar materialistischen Erklärungen es erlauben. Vierzig Jahre globalisierter Neoliberalismus haben nicht nur die ökonomische Ungleichheit in den Gesellschaften erhöht und

Wohnkosten explodieren lassen. Sie haben soziale Beziehungen zersetzt, insbesondere Orte, an denen arbeitende Menschen sich über gemeinsame Erfahrungen und Interessen austauschen können. Sie haben ein Menschenbild propagiert, in dem jeder und jede sich selbst am nächsten ist und Wettbewerb ein moralisches Gut an sich darstellt. Sie haben eine globale Elite hervorgebracht, die in ihrem obszönen Reichtum und ihrer Lebensweise von den Realitäten selbst der Mittelklassen unendlich weit entfernt ist – und zugleich genau deswegen als Idealbild für Millionen gilt.

Vierzig Jahre globalisierter Neoliberalismus bedeuteten die systematische Entmachtung der Arbeiter*innenbewegung und ihrer Institutionen, bei gleichzeitiger Ermächtigung der globalen Finanzindustrie, das heißt einer sozialen Praxis, die keinerlei sozialen Nutzen erbringt, in den Status der souveränen Macht über Leben und Tod. Die Voraussetzung dafür, dass dieses System erhalten werden kann, war anhaltendes ökonomisches Wachstum, basierend auf der Ausbeutung fossiler Brennstoffe. Diese Voraussetzungen sind verschwunden. Die etablierten Parteien versprechen, sie zurückzubringen, und glauben sich das Versprechen selbst nicht mehr.

Die extreme Rechte dagegen hat die Amoral des Neoliberalismus verinnerlicht und spiegelt sie dem Volk als Möglichkeit, die Krise zu leben. Sei rücksichtslos! Vergiss die Armen! Iss dein Schnitzel ohne Reue, fahr dein dickes Auto, nimm dir, was du kriegen kannst! Und wenn noch zehn Ortschaften rund um dich weggeschwemmt werden, heißt das nur, dass die halluzinierten Probleme, die Migranten, Transfrauen und Muslime noch bedrohlicher erscheinen müssen. Warum ist die Rechte so erfolgreich? Weil sie sich ein Volk nach dem eigenen Antlitz erschaffen hat. In einer Ära der realen Katastrophen bleibt die Aufgabe, ein anderes Leben in der gesellschaftlichen Malaise begehrenswert zu machen. Der Horizont dafür ist nicht in Wahlperioden zu messen, sondern in Generationen.

BENJAMIN OPRATKO ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und kulturelle Organisation der Leuphana Universität Lüneburg und Redakteur der in Wien erscheinenden Zeitschrift TAGEBUCH.

Dieser Artikel erschien zuerst in dem sehr empfehlenswerten *TAGEBUCH. Zeitschrift für Auseinandersetzung* 2024/25, N°1, S. 28-31. Wir danken für die freundliche Gewährung der Übernahme!

Quelle

Zum »Geistigen Bürgerkrieg« der Neuen Rechten

Im Rahmen der von der GEW-AG »Aktiv gegen Rechts« organisierten Veranstaltung zu »(Neu-)Rechten Netzwerken und ihren Social-Media-Strategien« am 20. Februar 2025 haben wir mit Franz Konietzky vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) gesprochen.

Lieber Franz, die Correctiv-Enthüllungen des Potsdamer »Geheimtreffens« im November 2023 brachten ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit, wovor antifaschistische Recherchenetzwerke schon seit Langem warnen: Die deutschsprachige Rechte ist parlamentarisch und aktivistisch, national und international gut vernetzt. Sie reicht von faschistischen oder nazistischen Gruppen über konservative Kreise bis in die sogenannte gesellschaftliche Mitte hinein. Sie agiert strategisch, verfügt nicht nur über ein umfangreiches publizistisches Netzwerk, sondern auch über eine gut abgestimmte und reichweitenstarke Social-Media-Präsenz. Doch bevor wir über Social Media als wichtiges Feld (neu-)rechter Strategien sprechen, lass uns zunächst kurz klären: Worüber reden wir, wenn wir über die »Neue Rechte« sprechen? Was ist denn das »Neue« an der Neuen Rechten, und wo gibt es vielleicht doch auch Kontinuitäten zur »alten« Rechten?

Franz Konietzky: Zunächst ist der Ausdruck »Neue Rechte« eine Selbstbezeichnung einer Strömung der extremen Rechten, weshalb er im wissenschaftlichen Kontext umstritten ist. Eine alternative und gehaltvollere Bezeichnung brachte der

Rechtsextremismusforscher Fabian Virchow ein, der diese Denkschule als metapolitische Rechte bezeichnete und damit ihren Wirkungscharakter betonte.

Die »Neue Rechte« ließ sich von der französischen *Nouvelle Droite* inspirieren, die sich in den 1960er Jahren formierte. In Deutschland suchten Teile der extreme Rechten nach dem misslungenen Bundestageinzug der NPD 1969 nach neuen strategischen Wegen, um Anschlussfähigkeit herzustellen. Die fanden sie bei der *Nouvelle Droite*, die sich u. a. auf das Buch *Konservative Revolution* stützte. In diesem Buch versammelte Armin Mohler die autoritären, antiliberalen und antidemokratischen Denker aus der Weimarer Republik. Diese rechten Denker schrieben bereits damals gegen die erste Demokratie in Deutschland an und bereiteten damit ein geistiges Klima, in dem die Ideen der Nationalsozialisten auf fruchtbaren Boden fielen. Einige von diesen Denkern machten im Nationalsozialismus Karriere, andere erlitten Repressionen. Die »Konservative Revolution« ist mit ihren völkischen, elitären und autoritären Gesellschaftsvorstellungen in gewisser Weise das Manifest der »Neuen Rechten«. Strategisch hat es für sie den Vorteil, sich auf die strukturellen Voraussetzungen der nationalsozialistischen Gesellschaft zu beziehen, ohne sich zu diesem bekennen zu müssen. Große Faszination und auch Bekenntnisse gibt es jedoch zu anderen europäischen faschistischen Vordenkern und zum Faschismus allgemein. Strategisch hat die »Neue

Rechte« mit Rückgriff auf Antonio Gramscis Konzept der kulturellen Hegemonie der demokratischen Gesellschaft einen Kulturkampf erklärt und versucht, diesen ästhetisch und verbal modernisiert in die Köpfe der Menschen zu bringen. Zusammenfassend würde ich bei der »Neuen Rechten« von einer strategischen Anpassungsleistung bei ideologischer Kontinuität sprechen, oder noch zugespitzter: alter Wein in neuen Schläuchen.

Zur Strategie der »Neuen Rechten« gehört, sich weniger als die eine fest umrissene Gruppierung zu verstehen, sondern sehr bewusst als Konstellation unterschiedlicher aktivistischer, publizistischer und zunehmend auch parlamentarischer Akteur*innen. Welche Rolle spielt hierbei der Einsatz von Social-Media?

Die »Neue Rechte« ist ein informelles Netzwerk, welches sich um einige zentrale, richtungsweisende Strukturen formiert. Dieses Netzwerk besteht aus Verlagen, Periodika, Denkfabriken, Bekleidungsmarken, Medienagenturen, Blogs und Aktionsgruppen wie die der *Identitären Bewegung*. Aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung findet ihr politischer Kampf vor allem medial statt. Um ihre Narrative in die Köpfe der Menschen zu pflanzen, werden zahllose Social-Media-Kanäle unterhalten, die früher vor allem auf Facebook und Youtube zu finden waren, heute jedoch insbesondere über Telegram, Tiktok und Instagram ihre oftmals menschenverachtenden Inhalte verbreiten. Hinzu kommen Podcasts, rechte Kader, die als Influencer aufgebaut wurden aber auch ein Comicverlag und Computerspiele, die explizit für die subtile Vermittlung rechter Inhalte erstellt wurden. Die meisten Formate kommen dabei modern und auf den ersten Blick unverfänglich daher, was sie jedoch umso gefährlicher macht. Der neurechte Medienstrategie Erik Ahrens resümierte kürzlich bei einem Vortrag über die Propagandapotentiale von TikTok, dass man insbesondere bei jungen Menschen über diese Plattform »ein Fenster in deren Gehirn« habe.

Dieses außerparlamentarische und extrem rechte Netzwerk ist in den letzten Jahren immer stärker an die AfD herangerückt und ist mittlerweile manifeste Teil dieser Partei. Götz Kubitschek, Vordenker der »Neuen Rechten«, freute sich jüngst, dass er und die Seinen von Anfang an »auf das richtige Pferd« in der AfD gesetzt haben. Die zu beobachtende extreme Radikalisierung der AfD in Sprache und Inhalt geht eindeutig auch auf den zunehmenden Einfluss der »Neuen Rechten« zurück. Kubitschek war es schließlich auch, der in seiner Wahlheimat Schnellroda der bundesdeutschen Gesellschaft

zuletzt den »geistigen Bürgerkrieg« erklärte. Mit Leuten wie Björn Höcke, Matthias Helferich oder Maximilian Krah hat die ehemals rein außerparlamentarische »Neue Rechte« heutzutage einen parlamentarischen Arm und damit eine echte Machtoption. Bekannte Akteur*innen der »Neuen Rechten« arbeiten mittlerweile für AfD-Politiker*innen oder werden zu AfD-finanzierten Vorträgen und Veranstaltungen geladen. Viele Expert*innen sehen in der AfD mittlerweile den parlamentarischen Arm der »Neuen Rechten«.

Die Akteur*innen der »Neuen Rechten« setzen nicht nur auf eine möglichst starke Verbreitung ihrer Narrative durch eine hohe Anzahl von Posts und Kommentaren, sondern verfolgen auch bestimmte Diskursstrategien, um die gesellschaftlichen Debatten in ihrem Sinne zu beeinflussen und nach rechts zu verschieben. Welche lassen sich da ausmachen?

Die Palette der Diskursstrategien ist breit gefächert und ich würde behaupten, sie werden sowohl bewusst wie auch unbewusst eingesetzt. Deutlich wird jedoch, dass mittlerweile die gesamte extreme Rechte den metapolitischen, also kulturkämpferischen Ansatz der »Neuen Rechten« verfolgt und dabei in Zeiten multipolarer Krisen keine politische Gelegenheitsstruktur (Fluchtbewegungen um 2016, Corona, steigende Energiepreise, russischer Angriffskrieg) auslässt.

Zu den Diskursstrategien gehören *Delegitimierungen*, insbesondere von demokratischen Institutionen, Medien, Parteien, Zivilgesellschaft, Klimaschutz, Feminismus und Minderheiten und auch der Einsatz von *Neologismen* wie »Lügenpresse«, »Messermänner«, »Genderwahn«, »Frühsexualisierung« oder »Schuldskult«. Es werden *Umdeutungen* vollzogen wie zum Beispiel im Fall von »Remigration«, »Fachkräfte«, »Goldstücke« oder auch der Melodie des Liedes *L'amour toujours*. Weitere wichtige Strategien sind *Relativierung* – denke wir an Ausdrücke wie »Schuldskult« oder diese ganze »Vogelschiss«-Debatte – und *Normalisierung* bzw. *Mainstreaming*, indem Begriffe wie »Bevölkerungsaustausch« oder »Remigration« aus der extrem rechten Szene über die AfD in die Parlamente und Medien gebracht werden. Auch *Dogwhistling* findet sich oft: Hier werden Andeutungen genutzt, um bestimmte Aussagen nach außen hin harmlos wirken zu lassen, deren Bedeutung aber von »Eingeweihten« erkannt wird: durch Begriffe, die beispielsweise das antisemitische Narrativ einer jüdischen Weltverschwörung als »Globalisten« oder »amerikanische Ostküste« chiffrieren.

Das Ziel ist in allen Fällen eine Diskursverschiebung, die Widersagbarmachung diskriminierender und geschichtsrevisionistischer Aussagen und das Erringen von Deutungshoheit – also Macht – in gesellschaftlichen Diskursen.

Was sind aktuell die bestimmenden Themen?

Dauerbrenner ist natürlich das Thema ›Zuwanderung‹. Für die ›Neue Rechte‹ haben die Deportationspläne, die sie in unterschiedlich harten Abstufungen unter dem Euphemismus ›Remigration‹ versammelt haben, oberste Priorität. In ihrer rassistischen Vorstellung kann Deutschland nur als homogener Ethnostaat existieren. Deshalb wiederholen sie mantraartig die Verschwörungstheorie des ›Großen Austausches‹, dem sie mit Vertreibungs- und Abschottungsplänen begegnen. Darüber hinaus wird grundsätzlich auch die ganze Palette rechter Standpunkte bespielt: Antifeminismus, Geschichtsrevisionismus, Maskulinismus, Außenpolitik, Militarismus, aber auch Randthemen wie Städtebau/Architektur oder Kulturpolitik. Zuletzt zielten die Ansprachen in den sozialen Netzwerken insbesondere auf junge Menschen, so dass dort eine jugendgerechte, kurz gefasste und schnelle, aber eben besonders eingängige Manipulation erfolgte, die gerade für Menschen auf Identitätssuche ein Angebot darstellen sollte.

Der rechte Kulturkampf wird stark auch auf dem erinnerungspolitischen und historischen Feld ausgetragen, da wird relativiert und umgedeutet, was das Zeug hält. Welche Stellung hat das innerhalb der Strategie eines ›geistigen Bürgerkriegs‹?

Die ›Neue Rechte‹ hat die Erinnerungskultur schon lange als zentrales Hindernis für die Durchsetzung eines völkischen Nationalismus identifiziert und greift diese permanent an. Sie diffamiert das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus regelmäßig als »Schuldkultur«. Sie bezieht sich zwar nicht positiv auf die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber sie diskreditiert diejenigen, die daran erinnern und ein »Nie wieder!« fordern. Bezogen auf die Shoa betreibt die ›Neue Rechte‹ hier sekundären Antisemitismus. All das kennen wir ebenfalls aus der Neonaziszene, wo seit jeher Geschichtsrevisionismus betrieben wird, um den Weg moralisch und geistig freizumachen für einen erneuten deutschen Nationalismus.

Der Satirekanal ›Der Postillon‹ meldete in einem ironischen Post: »Twitter halben Tag down: AfD stürzt von 21 auf

7 Prozent ab«. Mit welchen Mitteln generieren rechte Profile ihre so hohe Reichweite?

Es ist der AfD und auch der ›Neuen Rechten‹ noch nicht gelungen, Fernsehsender oder eigene Periodika zu platzieren, die gesellschaftlich breit rezipiert werden. Teilweise erledigen dieses Geschäft zwar die altbekannten und auch neueren Formate rechtskonservativer Medien, aber die überwiegend kritische Berichterstattung über die AfD führte bei ihr zu einem Rückzug in die sozialen Medien. Ihre Accounts in den sozialen Medien sind somit das Sprachrohr der extremen Rechten und sind bisweilen wichtiger und reichweitenstärker als ihre Zeitungen, Demonstrationen oder Kundgebungen. Sie sind der Schlüssel im Kulturkampf, weshalb die extreme Rechte sehr viele Ressourcen darauf verwendet und vorab durchaus Analysen hinsichtlich der Funktionsweise und Zielgruppe des Mediums betreibt. Je nach Medium oder Zielgruppe werden dann unterschiedliche Ansprachen gewählt. Über TikTok werden mittels direkter, emotionalisierender Ansprache auch sehr junge Menschen adressiert, während auf X und Instagram die offiziellen Accounts der Parteien, Organisationen und Politiker*innen Medienarbeit betreiben. Neben diesen Accounts existieren unzählige rechte Multiplikator*innen-Accounts, die diese und eigene Inhalte massenhaft verbreiten, Kommentarspalten fluten oder Shitstorm gegen ihre Gegner entfachen. Diese arbeiten vielfach mit Memes, Fake News, KI-Bildern und Videos, aber auch mit Schwarmkampagnen, um noch sichtbarer und wirkmächtiger zu erscheinen. Ähnlich wie bei den politischen Gelegenheitsstrukturen werden hier die in den sozialen Medien aktuellen Trends instrumentalisiert.

Ein weiteres Beispiel ist die Gamification der politischen Auseinandersetzung in doppelter Weise: Zum einen werden eigens Computerspiele mit subtiler rechter Propaganda erstellt und zum anderen werden Online-Kampagnen organisiert, die dann mit allerhand Kriegsrhetorik von zahllosen rechten Accounts durchgeführt werden. Die ›Neue Rechte‹ verlagert die politische Auseinandersetzung von der Straße auf die Handys und arbeitet dort stark mit negativen Emotionen wie Angst, Hass und Neid.

Gerade Frauen* oder sich feministisch äußernde Personen werden hierbei verstärkt ins Visier genommen und angegriffen...

Dies geschieht auch aus ideologischen Gründen. Frauen* sind für die ›Neue Rechte‹ immer noch

das ›schwache Geschlecht‹, weshalb ein Aufbegehren gegen die männlich dominierten Verfechter einer patriarchalen Gesellschaftsordnung zu Schnappatmung in rechten Kreisen führt. Genau deshalb sind Frauen* auch öfter und heftiger vom rechten Shitstorm betroffen als Männer. Das *Handbuch für Medienguerillas* aus der neurechten Szene bewies bereits 2018, dass es sich bei Hate Speech und Einschüchtern von Rechts im digitalen Raum eindeutig um Raumnahmestrategien handelt. Gegner*innen werden gezielt und orchestriert mit verbalen Angriffen, persönlichen Bedrohungen und Beleidigungen überzogen mit dem Ziel, diese einzuschüchtern und verstummen zu lassen (›silencing‹). Leider immer wieder mit Erfolg und der Folge einer rechten Diskursverschiebung.

Wenn wir Rechten nicht derart Social Media und das Diskursfeld insgesamt überlassen wollen, was wären da gute Gegenstrategien?

Zunächst müssen wir verstehen, was die extreme Rechte dort treibt, wo sie präsent ist, welche Strategien sie nutzt und welche Personen und Netzwerke dahinterstecken – dann lassen sich auch effektive Gegenstrategien entwickeln. Auch wenn der Rückzug aus den sozialen Medien aufgrund menschenverachtender Aussagen oder gar Bedrohungen individuell nachvollziehbar ist, so verschiebt sich damit die digitale Präsenz der Rechten zu ihren Gunsten. Viele Professionelle, Medien und Behörden haben z. B. X mittlerweile verlassen, weil es in der Hand eines offensichtlichen Rechten ist. Andere Plattformen sind jedoch umkämpft. Die extreme Rechte hat ein politisch-strategisches Verständnis dieser Plattformen entwickelt. Dies müssen auch demokratische und progressive Strukturen entwickeln und dort einen Gegendruck erzeugen. 77 % der Menschen in Deutschland nutzen Social Media und viele beziehen ihre Informationen und auch ihre Lebensrealität aus dem Handy. Das kann man auch begründet kritisch finden, mit dieser Realität ist jedoch zu arbeiten und deshalb plädiere ich für eine Koordinierung und Professionalisierung in diesem Bereich. Der Kulturkampf findet nicht nur in den Massenmedien oder auf der Straße statt, sondern eben auch in den Kommentarspalten, auf TikTok oder Instagram. Ein einminütiges Video mit entsprechendem Inhalt kann unter Umständen mehr Menschen erreichen als eine Kundgebung, die weitaus mehr Ressourcen frisst.

Was läge hier in der Verantwortung von Gewerkschaften, gerade auch einer Bildungsgewerkschaft?

Die Gewerkschaften sollten zunächst einmal selbst in die Social Media-Offensive gehen. Dafür darf und sollte man sich auch professionelle Hilfe von Expert*innen holen. Anschließend haben die Gewerkschaften mit ihren Ressourcen die gesellschaftliche Verantwortung, auch über ihre eigenen Strukturen hinaus Menschen weiterzubilden. Dass Social Media nicht nur von Rechts funktioniert, beweisen täglich viele Menschen. Die Rolle der sozialen Medien beim Last-Minute-Wahlerfolg der Linken bei der Bundestagswahl sollte man sich in diesem Zusammenhang genau anschauen.

Ist neben ›direkten‹, in Social Media agierenden Gegenstrategien nicht auch verstärkt der Bereich der Bildung, das Engagement der Pädagog*innen gefragt?

Ja, aber da darf die Politik es sich nicht so einfach machen und den Pädagog*innen alles aufbürden, ohne auch zusätzliche Ressourcen dafür zu schaffen. Mit einem jährlichen Medienworkshop ist es hier nicht getan. Entweder es werden dafür regelmäßig Zeiten in den Stundenplänen eingebaut und/oder diese wichtige Arbeit erledigen zunächst externe Kräfte im Rahmen der regulären Stundentafel. Es geht hier letztlich um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die mit Fake News, Hass und Hetze auseinanderdividiert wird. Schulen in einer Demokratie haben sich die Erziehung zur Mündigkeit zur Pflicht erklärt und dazu gehört heutzutage ganz zentral Medienkompetenztraining. Es geht dabei nicht um den ›erhobenen Zeigefinger‹, sondern um Anleitung, Aufklärung und Prävention. Lehrer*innen sind extrem einflussreiche Faktoren in der frühen Bildung. Die Schule muss demokratische Prozesse lernen- und erfahrbar machen und dafür werben. Das vielzitierte ›Neutralitätsgebot‹ beinhaltet die Verteidigung der im Grundgesetz garantierten Rechte. Antidemokratische, rassistische oder diskriminierende Aussagen und Forderungen sind damit nicht vereinbar. Für eine funktionierende Demokratie braucht es (junge) Demokrat*innen – das ist eine Lehre aus der Weimarer Republik.

Interview: hlz (ANTJE GÉRA)

FRANZ KONIETZKY ist im Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der Hochschule Düsseldorf und u. a. auch als Referent für das DGB Bildungswerk tätig.



Wie ich sichergehe, dass mein Ehemann einen guten Arbeitstag hat.

»Echte Männer« und »wahre Weiblichkeit«? Antifeminismus im Unterricht begegnen

In welchem Verhältnis stehen antifeministische Influencer*innen zur rechtsextremen Szene? Wie lässt sich das im Unterricht thematisieren? Die Sozialwissenschaftlerin Mareike Fenja Bauer gibt einen Überblick.

Laut der *Leipziger Autoritarismus-Studie* gewinnen antifeministische Aussagen gesamtgesellschaftlich immer mehr an Zuspruch. Auch auf Plattformen wie TikTok, Instagram und YouTube liegt Antifeminismus im Trend. Inhalte von bekannten antifeministischen Sprecher*innen wie Jordan Peterson werden im Netz millionenfach geklickt, und unter Hashtags wie #TradWife finden sich tausende Beiträge.

So unterschiedlich antifeministische Akteur*innen im Netz auch auftreten, eint sie die Vorstellung einer – je nach Ausprägung – gottgegebenen oder »natürlichen« patriarchalen Geschlechterordnung und die Feindschaft zum »Feminismus«. Dabei hat Antifeminismus nichts mit konstruktiver Kritik an feministischen Bestrebungen gemein, sondern zielt vor allem auf eine verallgemeinernde Abwertung verschiedener feministischer Positionen und steht einer Gleichstellung der Geschlechter konträr gegenüber. Eng verwoben ist Antifeminismus unter anderem auch mit Queer- und Transfeindlichkeit, Misogynie (Frauenfeindlichkeit) und Sexismus.

Manosphere, TradWives und Co.: Wer verbreitet Antifeminismus online?

Antifeminismus ist kein Randphänomen und über verschiedene politische Lager hinweg verbreitet. In rechten Ideologien spielt Antifeminismus jedoch eine zentrale Rolle und dient der extremen Rechten häufig zur Mobilisierung. Aufgrund seiner Anschlussfähigkeit fungiert Antifeminismus, ähnlich wie Antisemitismus, häufig als verbindende ideologische Brücke und spielt eine entscheidende Rolle in Radikalisierungsprozessen.

In sozialen Netzwerken werden antifeministische Erzählungen von verschiedenen Akteur*innen verbreitet, die sich in ihrem Organisationsgrad und Auftreten unterscheiden. Akteure, wie die sogenannten Incels¹ oder selbsternannte Pick-up-Artists² sind der sogenannten »Manosphere« zuzurechnen. Die Manosphere (dt. Mannosphäre) beschreibt eine (digitale) Subkultur, die über verschiedene Plattformen hinweg wirkt und in der Männerrechtler sowie andere, sich selbst als Maskulinisten bezeichnende Akteure ihr antifeministisches und misogynes Weltbild verbreiten. Charakteristisch für die Manosphere sind antifeministische Verschwörungserzählungen, in denen ein allmächtiger Feminismus imaginiert wird, der vor allem für Männer eine Gefahr darstellen würde – beispielsweise in Form sinkender Geburtenraten, an dem angeblich der Feminismus schuld sei. Die Manosphere ist zudem eng mit der (extremen) Rechten verwoben.

- Im Zusammenhang mit der Manosphere werden vor allem Plattformen wie Reddit oder 4Chan – Plattformen, auf denen häufig antidemokratische Inhalte geteilt werden – als Verbreitungsorte genannt. Jedoch finden sich die antifeministischen vermeintlichen Bedrohungsszenarien und maskulinistischen Weltansichten auch auf weitverbreiteten Plattformen wie TikTok und Instagram. Dabei idealisieren die Akteure der Manosphere das Bild einer soldatischen und wehrhaften Männlichkeit und sprechen vor allem junge Männer an.

- An ein gezielt weibliches Publikum richten sich hingegen die sogenannten »TradWives« (Traditional Wives; dt. Traditionelle Ehefrauen). Diese

verknüpfen die Inszenierung ihres persönlichen Lifestyles mit Antifeminismus. Ähnlich wie die Manosphere haben die TradWives ihren Ursprung in Reddit-Foren und sind mittlerweile auch auf Plattformen wie Instagram, TikTok und YouTube zu finden. TradWives propagieren ein konservatives und traditionelles Bild von Geschlecht, das eng verknüpft ist mit der Vorstellung einer unterwürfigen Weiblichkeit. Häufig argumentieren sie aus einer christlich-fundamentalistischen Perspektive. Zudem gibt es auch hier enge personelle und inhaltliche Überschneidungen mit der (extrem) rechten Szene. Beispielsweise treten bekannten rechte Aktivistinnen online als TradWives in Erscheinung und im Jahr 2017 initiierte eine bekannte TradWife auf ihrem YouTube-Channel *White Baby Challenge*, bei der dazu aufgerufen wurde, möglichst viele weiße Kinder zu zeugen.

• Auch explizit politische Akteur*innen, wie beispielsweise Parteimitglieder der AfD, nutzen Antifeminismus in ihren Social-Media-Auftritten, um Menschen zu mobilisieren. »Der Feminismus« wird auch hier als Gefahr imaginiert und gilt als Bedrohung für die Idee der »Volksgemeinschaft«. Auch neu-rechte Influencer*innen, wie @EinGollan oder der @KetzerderNeuzeit, in deren Internet-Auftritten Antifeminismus eine zentrale Rolle einnimmt, sind als Akteur*innen zu nennen. Ein beliebtes Format ist dabei der Besuch von feministischen Demonstrationen mit dem Ziel, dort gefilmte Aktivist*innen in Veröffentlichungen abzuwerten. Auch das vom früheren *Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt ins Leben gerufene Nachrichtenportal NIUS verbreitet auf TikTok antifeministische Narrative.

• Weiterhin gibt es eine häufige Verknüpfung von Esoterik und Antifeminismus, indem »Feminismus« als Gefahr für vermeintlich »weibliche und männliche spirituelle Energien« benannt wird. Durch Coaching-Angebote und ähnliches wird Antifeminismus so auch Teil eines Geschäftsmodells.

Was tun? Auseinandersetzung mit Antifeminismus im Unterricht

Antifeminismus ist häufig schwer als solcher zu erkennen: Videos von sogenannten TradWives wirken auf den ersten Blick eher unpolitisch und offenbaren erst bei genauerer Betrachtung ihr antifeministisches Potenzial. Zudem ist nicht jede Frau, die online gerne Backrezepte teilt, antifeministisch – ebenso wie nicht jeder Dating-Coach auf sexistische Stereotype zurückgreift und nicht jede spirituelle Sinnsuche im Antifeminismus endet.

Eine pädagogische Praxis kann hier ansetzen und über die Gefahren und Wirkungsweisen des Anti-

feminismus aufklären. Beispielsweise können dazu auch Social-Media-Inhalte in den Unterricht integriert werden. Anhand konkreter Beispiele und der Auswertung bekannter Hashtags und Memes kann so gemeinsam mit den Schüler*innen das Gezeigte analysiert und antifeministische Aussagen in den Kontext gesetzt werden. Dabei ist es ratsam, nicht per se ein dystopisches Bild von Social-Media-Plattformen zu zeichnen, sondern vielmehr zum kritischen Umgang mit ihnen zu befähigen, um demokratische Positionen zu stärken.

Argumentationstrainings, die sich gezielt mit Antifeminismus auseinandersetzen, können zudem die Anschlussfähigkeit antifeministischer Erzählungen aufbrechen und lassen sich ebenfalls in den Unterricht integrieren. Denkbar sind auch Diskussionen mit Schüler*innen über die Entwicklung einer Identität, die nicht auf der Abwertung von Nicht-Männlichem basiert. Um antifeministischen Fehlinformationen und Verschwörungserzählungen entgegenzuwirken, kann auch über feministische Denkansätze, Bewegungen und Bestrebungen aufgeklärt und dies als Teil politischer Bildung verstanden werden.

MAREIKE FENJA BAUER

Anmerkungen

¹Selbstbezeichnung für Männer, die in unfreiwilliger Enthaltsamkeit (»Involuntary Celibate«) leben und die Schuld daran bei Frauen suchen sowie an ein männliches Recht auf Sex mit Frauen glauben.

²Selbsternannte Pick-up-Artists vertreten ein maskulinistisches Weltbild und geben »Dating- und Flirttipps«, die sich durch aggressive »Flirt-Techniken« auszeichnen und häufig sexualisierte Gewalt an Frauen legitimieren.

Quelle

Dieser Beitrag erschien zuerst hier: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/546794/echte-maenner-und-wahre-weiblichkeit-antifeminismus-im-unterricht-begegnen/>, Lizenz CC BY-SA 4.0.

Zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema



Argumentationshilfen gegen Antifeminismus: Antifeministische Behauptungen erkennen und widerlegen, Amadeu Antonio Stiftung/ Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus.



Podcast: Antifeminismus – Über Hausfrauen, #tradwives und Rechtsextremismus, JFF- Institut für Medienpädagogik, RISE Projekt.



Interaktive Ausstellung: Pageflow-Seite What the hell is... Antifeminismus!? des Projekts Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.

📖 **Ayyadi, Kira:** »Incel« - Der tödliche Wahn der Frauenhaser, in: Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft, Amadeu Antonio Stiftung: 11. Mai 2018.

📖 **Bauer, Mareike Fenja/ Rösch, Viktoria:** Self-Care, Mental Health und Antifeminismus – visuelle Strategien antifeministischer Influencerinnen auf TikTok und Instagram, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Netzkulturen und Plattformpolitiken, Band 14/2023, Jena, S. 60-77.

📖 **Blum, Rebekka:** Angst um die Vormachtstellung: Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press 2019

📖 **Bundeszentrale für politische Bildung:** (Anti-)Feminismus, APuZ, 68. Jahrgang 17/2018.

📖 **Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hg.):** Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen: Psychosozial-Verlag 2022.

📖 **de:hate und Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention:** Jung und reaktionär - Die Nachwuchs-Rechts-Fluencer, in: Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft, Amadeu Antonio Stiftung, 4. Juli 2023.

📖 **JFF-Institut für Medienpädagogik (o. D.):** Antipluralismus konkret: Normierung von Geschlechterrollen in rechtsextremen Narrativen, RISE Projekt.

📖 **Lang, Juliane and Peters, Ulrich:** Antifeminismus in Bewegung, Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg: Marta Press Hamburg 2018.

📖 **Netzwerk feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte (femPI)/ Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismusforschung:** Antifeminismus – Plädoyer für eine analytische Schärfe, Impulspapier, 2022.

📖 **Rösch, Viktoria:** Heimatromantik und rechter Lifestyle: Die rechte Influencerin zwischen Self-Branding und ideologischem Traditionalismus, in: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, 15(2), 2023, S. 25-40.

📖 **Sommerlich, Karla:** Kinderkriegen als weißer Überlebenskampf, in: Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft, Amadeu Antonio Stiftung, 4. März 2021.

📖 **Sykes, Sophia; Hopner, Veronika:** Tradwives: The Housewives Commodifying Right-Wing Ideology, in: Global Network on Extremism & Technology, 7. Juli 2023.

Materialien

Literatur



Rechte Gewalt von 1918 bis heute

Um einer Bagatellisierung rechter Gewalt und der Dominanz rechter Hetze im Netz zu begegnen, haben Kolleg*innen der Marburger Initiative »misch mit!« eine Online-Ausstellung erarbeitet, auch mit dem Ziel, Pädagog*innen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Ausstellung widmet sich über den Zeitraum eines Jahrhunderts der rechten Gewalt in ihren Erscheinungsformen und verheerenden Folgen, ihren Agitationsmustern, Unterstützern und Nutznießern. Sie zeigt den Weg in die Gewalt auf und gibt so auch Hinweise, wie der Ausbreitung rechter Gewalt rechtzeitig und wirkungsvoll begegnet werden kann.

Der Impuls zur Erstellung einer Ausstellung *Rechte Gewalt von 1918 bis heute* geht auf die rassistischen Morde von Hanau im Februar 2020 zurück. Wir wollten vor allem der Einzeltäterthese widersprechen, indem wir die Kontinuität und Wurzeln rechter Gewalt über den Zeitraum seit 1918 aufzeigen und so die Gefahr als Ganzes begreifbar machen. Dies wiederum sollte helfen, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und ihnen wirkungsvoll zu begegnen. Die Veröffentlichung der Ausstellung, an der wir mehrere Jahre gearbeitet haben und die nun zu einer umfassenden Darstellung rechter

Gewalt geworden ist, findet in einer besonderen Situation statt, die sich weiter zugespitzt hat. Einerseits ist die Demokratie bedroht wie seit 1945 nicht mehr. Andererseits haben viele Menschen diese Gefahr erkannt und demonstrieren zu Hunderttausenden für Demokratie, Menschenrechte, Offenheit und Vielfalt.

Welchen Beitrag kann die Ausstellung in dieser Situation leisten?

Die Ausstellung stellt die Blutspur dar, die rechte Gewalt über mehr als ein Jahrhundert hinterlassen

hat. Sie reicht von den Morden und Gewaltexzessen der Freicorps nach 1918, den Straßenterror der SS, der Errichtung von Konzentrations- und Vernichtungslagern, der millionenfachen Ermordung von Jüdinnen und Juden, von Sinti*innen und Rom*innen, von Menschen mit Behinderung oder politischen Gegner*innen der Nationalsozialisten, dem Münchner Oktoberfest-Attentat, den Baseballschlägerjahren nach der deutschen Vereinigung, den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, den Brandanschlägen von Mölln oder Solingen, den NSU-Morden bis zu den Morden von Hanau und den Mord an Walter Lübcke. Diese Blutspur ist kein Ergebnis von Gewaltakten psychisch kranker Einzeltäter, sondern das Ergebnis einer mörderischen Ideologie, die Menschen oder ganze Menschengruppen zu Feinden, »Zecken« oder »Parasiten« erklärt und ihnen das Recht auf Existenz abspricht. Damit wirkt die Ausstellung jeder Verharmlosung der Gefahren entgegen, die auch heute von rechtem Extremismus und Terrorismus ausgeht.

Die Ausstellung zeigt nicht nur die Gewalt – dies unvermeidlich in oft drastischen, schockierenden und kaum erträglichen Bildern und Berichten – sondern auch den Weg in die Gewalt, der seit einem Jahrhundert weitgehend gleich geblieben ist. Dieser Weg beginnt immer damit, bestimmte Menschengruppen zuerst auszugrenzen und dann zu dämonisieren, ihnen zuerst gleiche Rechte und dann generell die Menschenrechte, ja das Menschsein abzusprechen. Immer werden dabei Vorurteile und Feindbilder aufgegriffen und zugespitzt, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen: dies sind vor allem rassistische, antisemitische, frauenfeindliche, homophobe und antiegalitäre Denkweisen und Einstellungen.

In der sozialdarwinistischen Welt der Täter*innen gibt es nur Freund und Feind, einen ständigen Kampf ums Überleben, in dem Schwäche – genauer: Menschlichkeit – zum Untergang des eigenen Volkes oder der eigenen »Rasse« führt. Stets beschwor die Rechte ein unerträgliches Unrecht, das dem eigenen Volk angeblich angetan wurde, eine existentielle Bedrohung durch Verräter und dunkle Mächte, die eine Notwehrsituation schaffe, in der die Anwendung von Gewalt legitim, ja alternativlos sei. Genau diese nach 1933 in die geplante und teilweise erfolgte Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden mündende Konstruktion ist auch heute der Kern der Verschwörungslüge vom »Großen Austausch« oder der »Umvolkung«, der mit einer »Remigration« zu begegnen sei.

Was können wir daraus lernen?

Wir müssen die Bedrohung ernst nehmen. Die Ge-

schichte lehrt uns, dass Hass und Gewalt keine weit zurückliegende Verirrung einer inzwischen vermeintlich gezähmten und geläuterten Rechten sind, sondern wesentlicher Bestandteil ihrer politischen Praxis. Wir sollten deshalb zum Beispiel nicht von »Vertreibungsfantasien« sprechen. Es handelt sich nicht um Fantasien, sondern um Pläne – Pläne, aus denen blutige Realität wird, wenn die autoritäre oder faschistische Rechte die Macht dazu hat und die Verhetzung und Enthemmung der Bevölkerung weit genug gediehen sind, um einen unerwünschten Bevölkerungsteil mit Pogromen zu überziehen, um ihn internieren und deportieren zu können.

Wir müssen widersprechen. Und zwar nicht erst, wenn von Deportationen die Rede ist. Die autoritäre Rechte setzt darauf, eine verunsicherte und orientierungslose gesellschaftliche und politische Mitte für sich zu gewinnen, indem sie Vorurteile gegen Minderheiten ausschaltet, Feindbilder schafft und angeblich Schuldige präsentiert. Dazu nutzt sie verbreitete rassistische, antisemitische, antifeministische oder sozialdarwinistische Vorurteilsstrukturen. Diese Vorurteile abzubauen heißt, die Rechte von ihrer Nabelschnur in die gesellschaftliche und politische Mitte abzutrennen. So und nicht anders entsteht eine Brandmauer, die nicht beim ersten Ansturm zusammenbricht.

Einer der tragischsten Irrtümer in der deutschen Geschichte war die Annahme, man könne die NSDAP bändigen und »entzaubern«, wenn man sie an der Regierung beteiligt. Die Folgen kennen wir – und sie sollten eine Warnung sein. Eine Warnung davor, statt der Auseinandersetzung mit der Rechten deren Parolen und Forderungen in der Hoffnung aufzugreifen, Wähler*innen zurückzugewinnen. Eine Warnung davor, sich auf einen Wettlauf um die höchsten Abschiebequoten und die unwürdigste Behandlung von Asylbewerber*innen einzulassen. Stattdessen geht es darum, eine Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Weltoffenheit und Vielfalt, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit orientierte Praxis hochzuhalten und zu verwirklichen, und damit die Auseinandersetzung mit der populistischen, autoritären oder faschistischen Rechten zu bestreiten.

GERHARD BITTERWOLF ist pensionierter Lehrer. Er war viele Jahre Personalrat an einer Schule in einem sozialen Brennpunkt.

Die durch das Demokratieförderprogramm *Demokratie leben!* unterstützte Ausstellung ist abrufbar unter <https://rechte-gewalt.org/>.

Ausstellung

Hamburgs »Baseball-schläger-jahre«

Eine Aufarbeitung rechter Gewalt in Hamburg der 1980er Jahre

Wir von der h/z-Redaktion freuen uns, darauf aufmerksam zu machen, dass soeben das von Felix Krebs und Florian Schubert verfasste Buch *Hamburgs »Baseballschlägerjahre«* erschienen ist. Das Buch widmet sich einer systematischen Darstellung des drastischen Anstiegs rechter und rassistischer Gewalt in Hamburg in den 1980er Jahren und schließt damit eine Lücke in der Geschichte rechter Gewalt, die zugleich eine Lücke in der Geschichtsschreibung dieser Stadt ist. Denn wenn von Baseballschlägerjahren die Rede ist, liegt der Fokus zumeist auf den 1990er Jahren des wiedervereinigten Deutschlands, mit einer Tendenz zur Externalisierung rechter Gewalt als Phänomen der »neuen Bundesländer«. *Hamburgs »Baseballschlägerjahre«* ist ein Einspruch gegen diese vereinfachende Sichtweise.

Dieser Einspruch stützt sich nicht nur auf die Rekonstruktion einer blutigen Chronologie: So gab es in den 1980er-Jahren in Hamburg und Umgebung mindestens acht Tötungsdelikte, bei denen die Täter*innen aus der rechten Szene kamen und/oder aus rassistischen Motiven handelten. Es wurden mindestens 13 Bomben- und Brandanschläge sowie über 60 vollendete Körperverletzungsdelikte verübt – erschreckende Zahlen, die weder noch danach wieder erreicht wurden. Es begann mit einem Bombenanschlag der wenig später auch mordenden *Deutschen Aktionsgruppen* auf eine Gedenkstätte im April 1980 und endete im Juni 1989 mit der Bestätigung der Rechtsentwicklung durch knapp 8 % für Parteien rechts der CDU bei den Europawahlen.

Zu einem Einspruch gegen das politische und mediale Begehren, rechte Gewalt in das »Anders-



Felix Krebs/Florian Schubert: Hamburgs »Baseballschlägerjahre«. Rechte und rassistische Gewalt in den 1980er-Jahren: gesellschaftliche Bedingungen und staatliche Reaktionen, Hamburg: VSA 2025, 168 Seiten, 14,80 Euro.

wor« der ostdeutschen Bundesländer zu verschleiben oder als Delikte jugendlicher Einzeltäter zu verharmlosen, wird die Untersuchung vor allem durch ihren Fokus auf die besondere Rolle der Hamburger Verhältnisse: So nehmen die Autoren die gesellschaftlichen Bedingungen eines sich bundesweit erstmalig formierenden Neonazismus neuen Typs in den Blick. Sie vollziehen zudem eine Aufarbeitung der Bagatellisierung rechter Gewalt: Gezeigt wird, wie selbst die SPD versuchte, jeglichen Rassismus auszublenden. Außerdem wird der duldsame Umgang von Polizei und Justiz mit rechter Gewalt als Folge dessen analysiert, ihr Auftauchen primär als ein Gewalt- und Jugendphänomen zu erklären – was dazu führte, dass rechte Schläger*innen in ihrem Treiben nicht aufgehalten, sondern bestärkt wurden.

Zu den Autoren

Florian Schubert arbeitet als Lehrer, promovierte über Antisemitismus im Fußball und publiziert zur extremen Rechten.

Felix Krebs publiziert seit 30 Jahren zur extremen Rechten mit Schwerpunkt Hamburg. Er ist seit langer Zeit im *Hamburger Bündnis gegen Rechts* aktiv.

Veranstaltung

Gemeinsam mit der GEW-AG *Aktiv gegen Rechts* planen wir von der h/z-Redaktion eine Veranstaltung/Lesung mit den Autoren. Näheres werden wir im Newsletter der GEW-Hamburg bekanntgeben!

Feuer löschen statt Brände mauern

Überlegungen zur Brandmauer-Metapher

Die bürgerlichen Parteien der gesellschaftlichen Mitte benutzen im letzten Jahr eine mehrdeutige Chiffre, um sich erst von »der Rechten« abzusetzen – und sie dann doch wieder aufzugeben: *die Brandmauer*. Die Frage, ob sie hält, bleibt akut. Aber diese Idee einer »Brandmauer« bietet wenig selbstbefähigende Strategien an, um jene Verhältnisse zu verbessern, die der Rechten erlauben, sich als Heilsbringer zu inszenieren und ihre faschistische Praxis zu normalisieren.

Ablenkung: Hü oder hott?

Der Begriff der Brandmauer bleibt in aller Munde. Er behauptet, dass durch Verweigerung der Zusammenarbeit die »Rechte Gefahr« gebannt werden könne. Dabei kann der Begriff selbst auf mindestens zwei Arten selbst zum Brandbeschleuniger werden.

Zum einen suggeriert er, dass es eine klare Trennungslinie zwischen brennendem und nicht brennendem Raum gebe. In Ost- wie in Westdeutschland, in den Diskursen und Praktiken der Parteien und Wähler*innenvereinigungen, finden sich aber viele inhaltliche wie strategische Parallelen zur AFD. Beispiele sind die Unionsparteien sowie die *Freien Wähler* in Bayern oder Sachsen, die mal mehr und mal weniger Zusammenarbeit akzeptieren und gemeinsame Ideen normalisieren¹. Darüber hinaus haben auch die Parteiführer*innen der Union auf Bundesebene mit gemeinsamen Abstimmungen und ähnlich intendierten kleinen Anfragen, die gegen antifaschistische und demokratie-

fördernde NROs zielen, bereits gemeinsame Ideen und Strategien angekündigt. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann sagte im Wahlkampf, dass man eine Zusammenarbeit mit der AFD ablehne, aber auch Folgendes: »Das Nazi-Bashing gegen die und das Brandmauergerede müssen aufhören«, weil man sie dadurch bedeutender machen würde.²

Die AFD mag im verbalen Schlagabtausch also als rechtsextrem und gefährlich eingestuft werden. Aber ein Blick in die Parteiprogramme und in die Führungsriege enthüllt, dass trotz Diversität innerhalb und zwischen den Parteien Verbindungslinien existieren: z. B. in einer traditionalistischen Familien- und Geschlechterpolitik, in einer national orientierten Wirtschaftspolitik und in völkisch-nationalistischer Migrations-, Grenz- und Heimatpolitik. Und auch im parlamentarischen Umgang mit der AFD, z. B. in ostdeutschen Kommunen und im Bundestag, zeigt sich: Parlamentarier*innen verschaffen der AFD längst Legitimität durch Zusammenarbeit³. Wo also kann man von einer Trennlinie sprechen?

Zum anderen regt sich beim Gebrauch des Ausdrucks »Brandmauer« nicht nur im Osten der Republik wahrscheinlich die Erinnerung an eine andere Mauer. Die Teilung der Gesellschaft durch die Mauer und ihre Überwindung wurden im gesellschaftlichen Diskurs sowohl negativ als auch positiv gedeutet. Dies hatte konkrete Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Ost und West. Einerseits gibt es Überlegungen darüber, wie es nach der Vereinigung der Staaten 1989/1990 zur Abwertung der Kultur der DDR und des Ostens kam, die »den Osten« insbesondere mit Rassismus und Rückständigkeit identifizierte⁴. Das ist ein Narrativ, das mindestens zu Kränkungen beigetragen hat. Gleichzeitig kam es natürlich zur Entwertung der ökonomischen und kulturellen Produktion im Osten, die auch zu Armut, interner Migration und dem Verfall der politischen Beziehungen beigetragen hat. Andererseits haben die AFD und andere rechte Akteur*innen selbst in vergangenen Wahlkämpfen mit den Slogans *Vollende die Wende*, *Wende 2.0* und *Friedensbewegung 2.0* einen positiven Bezug zum demokratischen und friedlichen Protest der DDR-Bürger*innenbewegung geschaffen⁵. Beide, die negative wie die positive Folie, schaffen Bezugspunkte für Bürger*innen im deutschen Osten, die eine Vorstellung von Schmähung und Abgehängt-Werden wie auch die von einem demokratischen Geist miteinander verknüpfen⁶. Demokratieforscher*innen wie Simon Franzmann warnen, dass AFD-Wähler*innen sich durch den Begriff der Brandmauer, der sie als politische Subjekte ausschließen kann, also darin bestätigt sehen könnten, dass ihnen (weiterhin) Unrecht wider-

fährt. Dies könne sie noch stärker an die AFD binden⁷ und die geistige Teilung der Gesellschaft »auf beiden Seiten« weitertragen.

Gerade im Bezug zu diesen Ausschluss- und Abstiegsnarrativen hat Theodor W. Adorno schon in den 1960ern Thesen darüber aufgestellt, dass Rechtsradikalismus und Faschismus mit diskursiv angefeuerten Abstiegsängsten zusammenhängen. Unterschiedliche Studien bezeugen heute, dass Austeritätspolitik zu Wahlgewinnen rechter Parteien beiträgt⁸. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung ergab denn auch, dass die AFD Wähler*innen im Vergleich zum Durchschnitt der Wähler*innen besonders ausgeprägte Abstiegsängste haben – sei es nun in der Unter- bzw. Arbeiter*innenschicht oder der Mittelschicht, sei es im Osten oder im Westen⁹.

Dieses Muster ökonomischer Abstiegsängste ist gepaart mit einem ausgewiesenen Rassismus bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, wie die *Leipziger Autoritarismus-Studie*¹⁰ immer wieder belegt. Der Rassismus spiegelt sich u. a. in der Zuschreibung von Gewalt und Kriminalität gegenüber BPOC (Black and People of Color) wider. Und auch Gender spielt eine Rolle, wenn die Verantwortung für die Verteidigung vor dem Klassenabstieg und der »migrantischen Gefahr« insbesondere weißen, mainstream-deutschen jungen Männern zugeschrieben wird¹¹. Viele haben sich so in der Vorstellung eingerichtet, dass nur ein nationalistisches Aufbäumen ihre Position verbessern oder zumindest absichern könne: ein Treten gegen ein vermeintlich bedrohliches Außen, das ins Innere eingedrungen sei, statt gegen ein »Oben«.

Der Begriff »Brandmauer« ist also hochgradig bedeutungsschwanger. Und er lenkt von zentralen strategischen Zielen ab: von einer Zukunftsvision für eine, wie Massimo Perinelli schreibt, »Gesellschaft der Vielen« und von kooperativen Strategien dafür, wie wir dort ankommen.

In Anbetracht der aktuellen Situation brauchen wir strategisch also keine Mauern, sondern – für den Übergang – Feuerlöcher. Und diese können auch nicht in einem letztlich doch nicht erfolgreichen, aber gut performten Linkspopulismus mit betont nationalistischen und verschwörungstheoretischen Overtones à la BSW gefunden werden¹².

Brände-Löschen geht nur von Hand, und nicht nur durch demokratisch gewählte Parlamentarier*innen, sondern maßgeblich in Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die interessiert sind an nachhaltiger globaler Solidarität, Repräsentation, Kooperation, Redistribution, Anerkennung und Gerechtigkeit. Es wäre naiv zu glauben, dass

eine Mauer einen Brand auf Dauer aufhalten kann, denn – ob virtuell oder materiell – Mauern können umgangen oder zerstört werden. Zumal, wenn die Erbauer der Mauer sie selbst in diskursive Brandbeschleuniger tauchen.

Feuer löschen, von Hand, von unten, von uns

Es gibt reichlich Bestrebungen, die aktuellen Feuer zu löschen und eine nachhaltige demokratische bis revolutionäre Praxis zu etablieren. Beispiele für wehrhafte und Verantwortung übernehmende parlamentarische und außerparlamentarische Bottom-up-Politik und Community-Building gibt es an vielen Orten – aber auch Beispiele für ihre Bedrohung. Neben Gesetzgebung und institutioneller Regulierung braucht es eine gut organisierte Zivilgesellschaft, um überzeugend die Sorgen lokaler und globaler Bevölkerungen aufzufangen. Der folgende Abschnitt kann nur holzschnittartig einige Momente dessen in den Blick nehmen, wofür wir eigentlich und wie wir auch jetzt erfolgreich kämpfen (sollten).

1. Politische Basisarbeit

Kommunistische und linke Parteien feiern heute wieder Erfolg. Ein gutes Beispiel dafür ist die Wahl einer kommunistischen Bürgermeisterin im österreichischen Graz in 2021 und der Einzug der KPÖ in den Salzburger und Innsbrucker Gemeinderat. Diese Politiker*innen machen primär Sozialpolitik: Sie kümmern sich um Wohnbau, Mietverhältnisse, Heizungsausfall, sind den ganzen Tag erreichbar und spenden sogar einen Teil ihres Gehalts. Politische Mandate werden als »Dienstleistung« praktiziert.

Politik »von Unten« liegt ganz klar auch in Deutschland im Trend. Die Linke verknüpft mit einigermaßen klaren Ansagen zu Reichensteuer, Wohnungspolitik, Migration, Antirassismus und kritischen Thematisierungen von Gewalt durch Männer Basisarbeit und globale Politik. Mit 7,9 % Erststimmen und 8,8 % Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2025¹³ und der Verdopplung der Mitgliederzahlen seit 2023 auf über 100.000 im Februar 2025¹⁴ beweist Die Linke, dass ihre priorisierten Themen und Strategien wie Haustürgespräche den Bürger*innen Hoffnung auf Veränderung geben. Die neuen linken Parlamentarier*innen löschen also aktiv Feuer im Alltag der Bürger*innen und sprechen diejenigen, die sich z. B. aufgrund immens gestiegener Mieten vom Abstieg bedroht sehen, ganz direkt an. Überzeugte Rassist*innen kann man mit dem Modell wohl nicht bekehren, aber vielleicht diejenigen, die eine vereinfachte antidemokratische Eliten- und Kapitalismuskritik vertreten. Ein Mix aus glaubwürdiger Basisarbeit und langfristiger antirassistischer Bildung kann

Bürger*innen davon überzeugen, dass es wieder aufwärts gehen kann.

2. Organisierte Selbstbefähigung

Diese lokale politische Perspektive setzt sich fort in der Zusammenarbeit kommunalpolitischer Akteur*innen und diverser Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs), die soziale Arbeit, (migrantisches, queere, queere, queere und antiableistische) Selbsthilfe, Umweltpolitik, Gewerkschaftsarbeit, Antigewaltarbeit, Mietpolitik, Demokratieförderung etc. miteinander verknüpfen – und dabei sehr häufig die Grenzen des Begriffs »lokal« sprengen. Sie setzen sich gezielt für mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit für Individuen und Gruppen ein, ehrenamtlich wie professionell im Arbeitsverhältnis, und stellen sich selbstbefähigend »global-lokalen« Problemen.

Diese migrantischen, queeren, antifaschistischen, demokratiefördernden Organisationen arbeiten systematisch und auch situationsabhängig an den Feuern, die die AFD ausnutzen möchte. Sie sind im Alltag ganz klar von Rechts bedroht, aber ihre Finanzierung wird auch durch die Sparpolitik und den politischen Diskurs der deutschen Regierung bedroht¹⁵.

3. Globale Emanzipation durch Erinnerung

Um nachhaltig Feuer zu löschen, braucht es eine Langzeitstrategie, die historische Zusammenhänge in den Blick nimmt: die an den Nationalsozialismus, an Kolonialismus, an die globalen Verwicklungen des Kapitalismus und des cis-heteronormativen Patriarchats erinnert, Bildungs- und Reflexionsangebote macht, sich global und postmigrantisch solidarisiert – aber nicht im Namen von Staaten oder des Kapitals, sondern um von individueller und struktureller Gewalt betroffene Menschen zu emanzipieren und das Fortbestehen von Machtverhältnissen zu stören.

Das ist ein Auftrag an alle im Bildungs- und Kulturbereich Tätigen. Aber hier sind auch vor allem queere, feministische NROs, Migrant*innenselbstorganisationen (MSOs), Aktivist*innen, Künstler*innen, Pädagog*innen und Wissenschaftler*innen zu erwähnen, die selbst häufig Exklusion und Gewalt wegen verschiedener Marginalisierungsformen ausgesetzt sind. Sie stellen sich auch jetzt schon häufig vor und in die heißen Zonen – meist haben sie ja kaum eine Wahl, da sie um ihre eigenen Rechte kämpfen¹⁶. Diese Akteur*innen mögen uns nicht immer eins sein, letztlich verfolgen sie aber ein Ziel: eine freiere und sicherere Welt für alle.

4. Individuelle und kollektive Fürsorge und Freude

Last but not least: (Selbst-)Fürsorge in der Community ist eine der lebensbejahendsten Praxen, die uns am Laufen halten. Statt live-laugh-love-Kapitalismus sieht diese aus wie gemeinsame Trauer und Protest, wie der Krankenbesuch beim Onkel oder der erkrankten Freund*in, aber auch wie Kiezfest, Kindergeburtstag oder wie eine schillernde Party. In den dunkelsten Tagen der Aids-Krise lebten Aktivist*innen und Betroffene nach dem Motto: »We bury our friends in the morning, we protest in the afternoon, and we dance at night.« Das Teilen unserer zeitlichen und wirtschaftlichen Ressourcen und individuellen Talente sowie unserer Lebensfreude sind das, was eine Gemeinschaft ausmacht.

Prioritäten

Diese politische Praxis macht uns zu Feuer-Löschenden und nicht Brand-Mauernden – wenn man den Konventionen der Metapher gerecht werden möchte. Letzten Endes geht es nicht – aber dann doch – um Begriffe. Denn als Ideologeme lenken Begriffe unsere Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Fokus oder sie lenken schlicht ab. Eine Brandmauer suggeriert, dass ein einfach einzudämmender Raum brennt und nicht die Republik. Aber die Ergebnisse der AFD bei den Bundestagswahlen (20,6 % der Erst- und 20,8 % der Zweitstimmen)¹⁷ sprechen eine andere Sprache. In Hamburg hat die AFD mit 11 Prozent ihr niedrigstes Ergebnis eingefahren, aber in vielen westlichen Bundesländern ist die AFD locker über 15 % gekommen. Auch Studien über das Verhältnis der Jugend zur AFD sind beunruhigend, wenn sie bezeugen, dass



Menschen, die Herzen, Hirnschmalz und Hände hingeben in Solidarität. Das ist nicht nur altruistische Zwischenmenschlichkeit, sie haben die Kontinuitäten, den Kontext und die ermöglichenden Bedingungen herausgearbeitet und den Faden, den andere zu knüpfen begonnen haben, nicht losgelassen. Das ist ein politischer Kampf, nicht ›bloße Unterstützungsarbeit‹.

Neue Fälle von Terror und Gewalt, von Verletzung und Erniedrigung werden darauf aufbauen können, was andere schon gesagt und getan, erschaffen und hinterlassen haben. Natürlich geht es um Mouhamed und darum, dass diese Morde nicht hingenommen werden können, aber es ging immer auch um so viel mehr. Das ist wichtig, um die politischen Begriffe von ›Erinnern‹ und ›Gedenken‹, wie sie im Kontext von antisemitischer und rassistischer Gewalt auftauchen, nicht ihres kämpferischen Inhalts zu entleeren. Es wird gekämpft, um die Würde der Menschen hochzuhalten. Es ist wichtig, nicht damit aufzuhören, Unrecht zu betrauern. Aber gekämpft wird auch um eine materielle Veränderung der Verhältnisse, um ein Verstehen des Geschehenen und seiner Kontinuitäten und Konjunkturen, um ein Verbünden über Generationen des Terrors und der Gegenwehr hinweg – um gegen die Verhältnisse zu kämpfen, die eng mit den Taten verwoben sind.

Kollektives Lernen

Diese Form der antirassistischen Solidarität kommt nicht aus dem Nichts: An den Morden des NSU zeigte sich deutlich, dass Angriffe auf migrantisches Leben, von Antifaschist*innen quasi unbemerkt, möglich waren. Die Forderung *Kein 10. Opfer!* wurde von migrantischen Communities im Mai 2006 in Kassel organisiert und artikuliert – fünf Jahre vor der Selbstenttarnung des NSU. Fünf Jahre, in denen es kaum antifaschistische Solidarität mit *Kein 10. Opfer!* gab. Doch es gab das kollektive Lernen, dass jeder Angriff unsere Augen, Ohren und Hände braucht, als auch das Wissen darum, dass die Gegenöffentlichkeit selbst gemacht werden muss, dass der Druck selbst organisiert werden muss, dass es keinen Verlass gibt auf den Staat und dass wir diese Geschichten erhalten müssen, damit wir das Rad nicht jedes Mal neu erfinden, sondern die Kämpfe aufeinander aufbauen können. Es ist das Wissen darum, dass die gerichtlichen Prozesse einem Kampf zwischen David und Goliath gleichen, dass nur dann von Zuständigen ganz genau hingeguckt wird, wenn wir sie nicht einfach schalten und walten lassen.

Für die zweite Strategie, dem kreativen Unterlaufen von Gesetzgebung, ist die Bezahlkarte ein gutes Beispiel. Durch ihre Einführung wurden

Asylsuchende schikaniert, eingeschränkt und benachteiligt. Es handelt sich dabei um eine Art Guthabekarte ohne zugehöriges Konto, mit der nur ein sehr geringer Betrag Bargeld abgehoben werden kann. Das Bezahlen mit dieser Karte wird jedoch nicht überall akzeptiert, günstiges Einkaufen ist erschwert, Geldtransfers, Vertragsabschlüsse und Onlinekäufe sind nicht möglich, auch für die Teilhabe an Sport und Kultur bietet sie keine Lösung. Schnell wurde überlegt, wie die Gesetzgebung umgangen werden kann: Asylsuchende kaufen mit ihrer Bezahlkarte Gutscheine im Supermarkt und können diese an Tauschorten gegen Bargeld einwechseln. Eine konkrete Praxis, die entstigmatisiert und auf bedürfnisorientierte Teilhabe abzielt – ganz im Sinne einer solidarischen Stadt, einer Stadt in der alle gleiche Rechte und Zugänge haben, unabhängig von ihren Papieren. ›Solidarische Städte‹ organisieren auf diese und viele andere Arten Widerstand, um illegalisierten Menschen Zuflucht zu bieten und ihnen zu sozialen Rechten zu verhelfen, die ihnen von der nationalen Politik verwehrt werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, manchmal aber auch kommunale Politiker*innen und Behörden erschaffen dadurch eine antirassistische Realität vorbei am nationalstaatlichen Soll: Im Bürger*innenasyl werden Menschen versteckt, damit sie nicht abgeschoben werden; mit anonymen Krankenscheinen können Menschen ohne Krankenversicherung medizinisch versorgt werden; mit städtischen und kommunalen Identitätskarten werden Menschen Grundrechte zuteil, die ihnen sonst verwehrt bleiben und mit dem Nichtbearbeiten von Akten werden Abschiebungen verhindert. Wenn wir nicht verhindern können, dass eine rassistische Gesetzgebung verabschiedet wird, können wir so zumindest darauf hinarbeiten, ihre Wirksamkeit zu reduzieren oder auszuhebeln.

Behalten wir dabei die Bruchstellen der organisierten Traurigkeit der Herrschenden im Blick und treten zur richtigen Zeit mit geballter Kraft rein. Bis dahin lasst uns die nötigen Bedingungen dafür schaffen und möglichst gut füreinander sorgen.

BERENA YOGARAJAH ist Aktivistin
in antirassistischen Kämpfen

Quelle

Dieser Artikel erschien zuerst in: *an.schläge. Das feministische Magazin* 1/2025, S. 28-29, wir danken der Redaktion und Autorin für die freundliche Genehmigung der Übernahme.





Foto: Tim Hansen

TARIFRUNDE TVÖD 2025

Streikfrühling in Verhandlungskälte

Kolleg*innen kämpften in der Tarifrunde TVöD 2025 für bessere Bezahlung und Entlastung

Die Forderungen

Vom 24. Januar bis zum 6. April 2025 verhandelten die Gewerkschaften mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände über eine Gehaltserhöhung im Geltungsbereich des TVöD: 8 %, mindestens 350 Euro mehr Gehalt

sowie höhere Zuschläge für Überstunden und besondere Arbeitszeiten. Zugleich wurden Maßnahmen zur wirksamen Entlastung der Beschäftigten gefordert: drei zusätzliche freie Tage im Jahr, ein »Meine-Zeit-Konto«, in dem Beschäftigte Entgelt-erhöhungen und Zuschläge ansparen können, um

sie zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, für zusätzliche freie Tage oder auch für längere Freistellungsphasen zu nutzen, außerdem einen weiteren freien Tag für Mitglieder sowie eine Wiederaktivierung der Regelungen zur Altersteilzeit.

Varsenik Vardanyan, unsere Referentin für Kinder- und Jugendhilfe und TV-AVH in der GEW Hamburg, brachte auf den Punkt, dass es in den aktuellen Tarifikämpfen um mehr geht als nur um ein paar Kröten: »Die Aufgaben wachsen! Das Personal ist knapp! Die Mittel sind begrenzt! Die Bürokratie nimmt zu! Das ist der Alltag von vielen Erzieher*innen. Der Druck, die Arbeit in der gewohnten Qualität zu leisten und gleichzeitig die eigene Gesundheit und das Wohlbefinden zu erhalten, wird immer größer. Das ist eine große Herausforderung. Mit unseren Forderungen nach mehr Urlaub, mit einer besseren Entlastung, einem gerechten Ausgleich für Überstunden und dem Abbau von unnötiger Bürokratie wollen wir einen grundlegenden Wandel im Arbeitsfeld von Erzieher*innen herbeiführen. Es ist an der Zeit, dass unsere Arbeit anerkannt wird und wir die notwendigen Rahmenbedingungen erhalten, um den Anforderungen gerecht zu werden. Nur so können wir auch in Zukunft die bestmögliche Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen gewährleisten.«

Die Verhandlungen

»Lassen wir in dieser Tarifrunde doch einmal die Rituale beiseite, um zu einem schnelleren Verhandlungsergebnis zu kommen«, erbat sich die Vertreter*innen der Arbeitgeberseite zu Beginn der Tarifverhandlungen. Schnell wurde klar, wie das gemeint war: Es war nicht als Angebot, sondern als einseitige Forderung an die Gewerkschaften zu verstehen: Bitte nicht so viele und hohe Forderungen, bitte nicht so beharrlich an diesen festhalten und bitte nicht so viele lästige Streiks!

Die Warnstreiks

Die Hamburger GEW-Kolleg*innen aus dem Sozial- und Erziehungsbereich ließen sich davon nicht beeindrucken, sie nahmen ihr Streikrecht wahr, zeigten sich laut und kämpferisch und trotzten nicht nur der Verhandlungskälte, sondern auch dem oft eisigen Wetter – nicht selten zusammen mit den Kolleg*innen aus dem TV-L, wenn diese zeitgleich für einen Tarifvertrag Altersteilzeit streikten. An dieser Stelle also nicht nur ein großer Dank an alle Streikenden, sondern auch an die engagierten Kolleg*innen der Arbeitskampfleitung und der GEW-Geschäftsstelle!

Die Ergebnisse

Das musste gesagt werden, bevor wir uns den Ver-



Foto: Jamil Jallila

handlungsergebnissen widmen. À propos Rituale: Es hat einen zähen Durchlauf durch alle angesetzten 3 Verhandlungsrunden, einer Schlichtung und einer weiteren Verhandlungsrunde bedurft für einen Ausgang, den die GEW als »hart erkämpften Kompromiss« bezeichnet – eine Formulierung, der das Zähneknirschen anzuhören ist. Und so sieht dieser aus: Ab dem 1. April 2025 soll eine Entgelterhöhung in Höhe von 3 %, mindestens aber 110 Euro erfolgen. Ab dem 1. Mai 2026 folgt dann eine Entgelterhöhung in Höhe von 2,8 %, mindestens um 110 Euro. Die Laufzeit des Tarifabschlusses beträgt 27 Monate. Für Auszubildende und Praktikant*innen werden die Entgelte in zwei Schritten um jeweils 75 Euro erhöht. Ab dem Kalenderjahr 2027 erhalten alle Beschäftigten einen zusätzlichen Urlaubstag. Ab Januar 2026 soll es eine Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 85 % geben, die auch in drei freie Tage umgewandelt werden kann.

Wie geht's weiter? – Kommt zur Veranstaltung am 15. Mai!

Was passiert nun? In Hamburg laufen die Verhandlungen erst einmal weiter, denn: Für tarifgebundene Kita- und GBS-Träger in Hamburg gilt mit dem TV-AVH eine besondere Variante des TVöD, die nun in separaten Verhandlungen mit der Arbeitsrechtlichen Vereinigung verhandelt muss. Varsenik Vardanyan betont: »Fest steht: Wir lassen nicht locker!«

Nicht nur die Tarifergebnisse, auch diese Hamburger Besonderheit dürften bei vielen Kolleg*innen zu Frage- und Austauschbedarf führen. Die GEW Hamburg lädt daher am 15. Mai um 16.30 Uhr zu einer Informationsveranstaltung zum Tarifabschluss ins Curio-Haus, für alle Kolleg*innen, auch interessierte, die noch nicht in der GEW organisiert sind (um Anmeldung unter info@gew-hamburg.de wird gebeten).

ANTJE GÉRA



Moin liebe Kolleg*innen,

ich heiße Manfred und arbeite als Erzieher bei den Elbkindern in der GBS an einer Schule mit dem KESS-Faktor 5 und bin Mitglied der GEW.

Wir arbeiten im Free-Flow-System, das soll den Kindern mehr Partizipation ermöglichen. In unserem Haus betreuen wir z. B. eine dritte und zwei zweite Klassen. Zudem werden in jedem Haus auch EGH-Kinder betreut.

Der Betreuungsschlüssel ist wie folgt festgelegt: *KESS-Faktor 1-2*: 1 Erzieher*in zu 16,2 Kinder – *Realität bei den Elbkindern*: 1 zu 19 Kinder.

KESS-Faktor 3-6: 1 Erzieher*in zu 19,6 Kinder – *Realität bei den Elbkindern*: 1 bis zu 23 Kinder.

- Was macht es mit mir, wenn am Montag der erste Blick auf die Abwesenheitslisten fällt: Wie viele sind heute da und steigen die Abwesenheiten bis Freitag noch?
- Was macht es mit mir, wenn Kolleg*innen und Auszubildende mir erzählen, dass sie gehen, weil der Stundenumfang nicht reicht? Ich aber trotzdem ständig unbezahlte Mehrarbeit leisten muss?
- Was macht es mit mir, wenn ich mich ständig auf ein neues Team einstellen muss und soll?
- Was macht es mit mir und den Kolleginnen, wenn wir Angst vor Altersarmut haben müssen? Wer kann sich das noch leisten?

Wie sehe ich meine pädagogische Arbeit, betreue ich nur noch und verwalte den Mangel? Die Schulsenatorin weiß es, die Sozialsenatorin weiß es und die Geschäftsführerinnen der Elbkinder auch und sie wissen es schon lange. Seit Jahren ist nichts passiert.

Es gibt keine Ausrede mehr dafür, nicht sofort zu handeln!

GEW Hamburg-Ansprechpartner*innen

Sabine Lafrentz (GEW)	0151 / 22523919		lafrentz@gew-hamburg.de
Varsenik Vardanyan	0151 / 67354273	040 / 41463327	vardanyan@gew-hamburg.de
Tim Hansen			hansen@gew-hamburg.de
Manfred Gedai (GBS)			gedai@gew-hamburg.de

Die Abstimmung mit den Füßen hat längst begonnen. Die GBS ist so für Fachkräfte nicht attraktiv. Wir brauchen die Aufstockung auf 32 Stunden sofort für jeden und jede die das will!

Prekär ist nicht mehr! Denn stell dir vor, es ist GBS und keiner ist mehr da!

In einem Volkslied aus dem letzten Jahrhundert heißt es: »Alles verändert sich, wenn du es veränderst, doch du kannst nicht gewinnen, solange du allein bist.«

Kommt zu den Aktionen und Streiks in der neuen Tarifrunde des TVÖD 2025! Werdet sichtbar, bildet Blöcke, bringt Plakate und Transparente mit. Wir sollten uns kennenlernen! Wir sollten uns auch mit den Beschäftigten anderer Träger vernetzen.

Ich hoffe, euch bei den Aktionen und Streiks bald wiederzusehen!



Soeben erschienen! Das »KITA-Krisenbuch« von Dr. Elke Alsago, Dr. Franziska Bruder, Josefin Falkenhayn, Fanni Stolz sowie Kita-Beschäftigten aus dem ganzen Bundesgebiet – frei verfügbar hier: https://www.rosalux.de/fileadmin/ris_uploads/pdfs/sonst_publicationen/KITA-Krisenbuch.pdf.

Zwischen den Extremen

Betreuungsmodelle von delinquenten Kindern und Jugendlichen in der stationären Jugendhilfe – ein Erfahrungsbericht

Anfang 2015 begann ich (34) als Heilerziehungspfleger und seit diesem Jahr auch als Sozialpädagoge in verschiedenen vollstationären Hilfeformen der Jugendhilfe tätig zu sein. Die längste Zeit davon verbrachte ich als Teammitglied in einer therapeutischen Jugendwohngruppe und betreute dort Jugendliche, deren Entwicklung aufgrund psychischer Krankheit bedroht war. Zudem arbeitete ich jeweils ein Jahr in einer Wohngruppe mit intensivpädagogischem Kern und – bis kurz vor meinem Umzug von Bayern nach Hamburg – ein Jahr in einer sogenannten geschlossenen Clearinggruppe.

Die Zielgruppe der Clearinggruppe sind junge Menschen, deren gesunde Entwicklung aufgrund multifaktorieller Problemlagen sichtlich gefährdet ist. Dies äußert sich bei den Betroffenen beispielsweise durch eine Neigung zu selbst- und fremd-aggressiven Verhaltensweisen, Substanzkonsum, Schulabsentismus, einem auffälligen Bindungs- und Beziehungsverhalten sowie – in der Regel – in einem Scheitern vorgeschalteter Jugendhilfemaßnahmen. Diese geschlossene Gruppe operiert auf Grundlage eines sogenannten familiengerichtlichen Beschlusses, der ermöglicht, dass die betreuten jungen Menschen zeitweise mit freiheitsentziehenden Maßnahmen untergebracht werden dürfen. Durch diesen besonderen Rahmen soll es den dort tätigen Fachkräften ermöglicht werden, eine umfassende Bedarfsanalyse zu erstellen. Hierzu steht auch ein Netzwerk von Kooperationspartnern zur Verfügung, die zusätzliche Angebote vom Außen ins Innere der geschlossenen Wohngruppe transportieren. Dazu zählen mitunter reittherapeutische Hilfen und erlebnispädagogische Aktionen, an denen die jungen Menschen teilnehmen können. Innerhalb der Wohngruppe findet zudem eine flexible Schulung durch ein Team von Sonderpädagog*innen statt, die von Montag bis Freitag für die Bewohner*innen vor Ort sind. Im Gruppenalltag fernab des Unterrichts können die jungen Menschen Spielangebote nutzen, Kochen, miteinander vor der Konsole abhängen oder auch einfach den Rückzug im eigenen Zimmer genießen.

Die Clearinggruppe barg für mich in meinem bisherigen beruflichen Weg die größten Herausforderungen.

Auch noch während meiner Tätigkeit dort spukten mir immer wieder verschiedene Fragen im Kopf herum...

Geschlossene Unterbringung von Jugendlichen? Freiheitsentzug für junge Menschen, und ich als Teil dieses Systems? Ausgangsstufenregel für die Kinder und Jugendlichen? Alarmgesicherte Türen? Besteck nach dem Abendessen abzählen und einsperren? Eine Kamera im Innenhof, in dem die Bewohner*innen Basketball spielen?

Bis zum Ende meiner Tätigkeit dort konnte ich mich, ehrlich gesagt, nicht vollkommen mit dem geschlossenen System anfreunden. Was mir allerdings gefiel, war die liberale und wertschätzende pädagogische Haltung, mit der im Inneren der Wohngruppe agiert wurde. Zudem legte die dortige Leitung stets großes Augenmerk auf das Wohl der betreuten jungen Menschen wie auch auf das der Teammitglieder. Meiner Ansicht nach unerlässlich in einem derartig hochanspruchsvollen Tätigkeitsfeld, indem es mitunter täglich zu besonders herausforderndem und grenzüberschreitendem Verhalten durch die betreuten Kinder und Jugendlichen kommt. Eben jene betreuten jungen Menschen, die durch die geschlossene Unterbringung natürlich auch täglich mit dem Gefühl der Ohnmacht konfrontiert werden.

Dennoch – die Clearinggruppe verfolgte einen klaren Plan, wie das Konzept der Gruppe umgesetzt werden soll. Und auch wenn diese Wohnform nicht für alle dort betreuten jungen Menschen das »Richtige« war, so gab es dennoch in der Zeit meiner Tätigkeit einige Erfolgsgeschichten zu verbuchen. Als ich mich entschloss, Mitte 2024 vom Süden in den Norden zu ziehen, stellte sich mir natürlich auch die Frage nach einem neuen Job. Durch »Nachholen« des Bachelor-Abschlusses ergaben sich für mich neue Möglichkeiten, allerdings wollte ich der stationären Jugendhilfe treu bleiben.

So erkundigte ich mich nach spannenden Wohngruppenprojekten in meiner neuen Wahlheimat und stieß nach kurzer Zeit auf ein vielversprechendes Angebot. Eine offen geführte Wohngruppe für delinquente Jugendliche in einem Wohnhaus mit eigenem Garten. Das Projekt sei noch im Aufbau,

die Türen aber bereits seit einigen Monaten geöffnet. Quasi der Gegenentwurf zu der mir bekannten, geschlossenen Clearinggruppe. Gleiche Klientel. Kein Freiheitszug. Hochinteressant.

Die Arbeitsgrundlage: Ein intensivpädagogisches Konzept zum Zungeschnalzen. Der Inhalt: Bedingungslos wertschätzende Grundhaltung gegenüber den Jugendlichen, niedrigschwellige Beziehungsangebote, kein Zwang, kein Druck und zudem große finanzielle Ressourcen. Und – eine der großen Besonderheiten dieser Gruppe – das Versprechen gegenüber den Bewohner*innen, dass sie ihren Platz in der Wohngruppe unter keinen Umständen verlieren würden. Schließlich sollen weitere Beziehungs- und Maßnahmenabbrüche vermieden werden.

Abgeleistet werden sollte dies durch ein bunt gemischtes, großes Team, was mit geplanter Doppelbesetzung zu den Kernzeiten flexibel agieren und so möglichst individuell arbeiten kann. Tag und Nacht. Zum Support des Teams soll zusätzlich zu Gruppen- und Bereichsleitung auch ein üppiges Supervisions- und Fortbildungsangebot bestehen.

Die Vorstellung: Delinquente junge Menschen, die in der Jugendhilfe durch das Raster zu fallen drohen, sollen hier mit bedingungsloser Annahme und ohne Zwang (und vor allem ohne das Mittel des Freiheitsentzugs) aufgefangen werden. Sie sollen Beziehungsangebote in ihrem Tempo annehmen und mitgestalten dürfen. Anders gesagt: Sie sollen endlich ankommen und sie selbst sein dürfen, unter den Fittichen von besonders geduldigen Pädagog*innen.

Die Realität: Chaos.

Was im pädagogischen Konzept der Wohngruppe so blumig-liberal skizziert wird, fühlt sich im Gruppenalltag eher willkürlich-planlos an. So fehlt es in der Realität klar an festen Strukturpunkten für die Jugendlichen. Es wird kaum ein Rahmen mit entsprechenden Grenzen gesetzt, in dem die Jugendlichen sich bewegen und anecken dürfen. Ein Rahmen, der meiner Ansicht nach in jeder Art von Jugendwohngruppe gebraucht wird, um den betreuten Menschen (und den Mitarbeitenden) Orientierung und Feedback zu geben. Bei besonders herausfordernder Klientel umso zwingender.

Keine Aufstehzeiten, kein fester Kochdienst, keine Mitmachkultur, keine Gesprächsregeln. Stattdessen macht jeder und jede was er oder sie möchte. Das bedeutet in aller Regel, dass in den bekannten dysfunktionalen Verhaltensmustern festgehalten wird und die Betreuenden machtlos dabei

zुकucken. Nüchtelanges Zocken, Drogenkonsum, Abgüngigkeit, Verwüftung der Gruppenräume. So kommt es innerhalb der Wohngruppe zu den für das Klientel typischen, grenzüberschreitenden und mitunter sogar fremdaggressiven Verhaltensweisen. So werden die Mitarbeitenden regelmäßig bestohlen, bedroht, körperlich angegangen und verbal abgewertet. Durch diese Strategien sind alle diese Jugendlichen bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Dies wird in dieser Wohngruppe weiter verfestigt, da es mitgetragen wird. Ein klares Schutzkonzept zum Aufarbeiten solcher Auseinandersetzungen würde noch nicht bestehen, aber man könnte es erarbeiten – so die Leitung.

Doch wieso wurde dies nicht vor Eröffnung der Wohngruppe erarbeitet? Waren solche Herausforderungen nicht absehbar, gerade bei Jugendlichen, die aus anderen »Regelwohngruppen« aus diesen Gründen entlassen wurden?

Hinzu kommt die Zerstörung und Zweckentfremdung von Einrichtungsgegenständen. All dies bleibt weitestgehend ohne Konsequenzen oder sonstige pädagogische Aufarbeitung. Als wäre das alles nicht schon problematisch genug, gibt es für die Mitarbeitenden in den Räumlichkeiten kaum Rückzugsmöglichkeiten, um sich im Eskalationsfall selbst in Sicherheit zu bringen bzw. überkochende Situationen verlassen zu können. Und – auch das ist eine traurige Realität dieser Gruppe – trotz angepriesener Doppelabdeckung steht man im Dienst häufig allein da. Demnach kann man im Büro im besten Falle ein paar Minuten allein durchatmen und hoffen, dass die nächste Schicht bald (oder überhaupt) kommt und bis dahin die Bürotür den Tritten und Schlägen der tobenden Jugendlichen standhält. Sonst bleibt nur noch die 110.

Dabei sind delinquente Verhaltensweisen bei delinquenten Jugendlichen nicht verwunderlich, schließlich gehören diese zu der Klientel und erfüllen alle einen bestimmten Zweck bzw. sind erlernt. Das Klientel ist deshalb auch nicht »böse« oder »verkehrt«. Es sind junge Menschen, die Unterstützung und Orientierung brauchen. Verwunderlich ist allerdings die Haltung seitens der Leitung in diesem Projekt. Diese fordert in den wöchentlichen Teamsitzungen nämlich in der Regel nur eins: Aushalten! Abwarten! Keine Polizei!

Aushalten? Sollen die jungen Menschen nicht im Betreuungsalltag dazu angehalten werden, alternative Verhaltensweisen zu erlernen, um delinquente Muster abzulegen? Würde ihnen das nicht zugutekommen, sollten sie sich später in der Gesellschaft integrieren wollen? Ist das nicht ein Teil des Jobs

der pädagogischen Mitarbeitenden, dies zu erarbeiten?

Zudem: Soll diese Wohngruppe ein rechtsfreier Raum sein, in dem beispielsweise Diebstahl toleriert und unter dem Deckmantel einer pädagogischen Pseudobetreuung für »okay« befunden wird? Gleiches gilt für Suchtmittelkonsum innerhalb der Wohngruppe. Dies wird als »zur Lebensrealität zugehörig« hingenommen und ebenfalls pädagogisch-positiv umgedeutet. Was lernen die Bewohner*innen dabei?

Getragen wird das Ganze von einem tief gespaltenen Team, das nicht nur aufgrund unterschiedlicher Professionen, sondern auch aufgrund eines mitunter stark voneinander abweichenden Ausbildungs-Backgrounds (dual-studierend, umgeschult, quereingestiegen, BA mit Berufserfahrung, BA ohne Berufserfahrung) kaum einen gemeinsamen Nenner findet. Viele wirken resigniert und scheinen ernüchert, da sie auch nach Monaten der Mitarbeit nicht verstehen würden, welchen Zweck die Wohngruppe genau haben solle. Von Teamwork nur wenige Ansätze. Man kämpft sich eher so für sich durch und hofft, gut durch die Dienste zu kommen. Besonders tragisch aus meiner Sicht: Es werden mitunter auch Studierende beschäftigt, die dort ihre ersten Praxiserfahrungen sammeln. Aus meiner Sicht verantwortungslos. Aus Sicht der Einrichtungsleitung aber sicher kostengünstig.

Die Teamleitung verwaltet hauptsächlich und kann keinen klaren pädagogischen Auftrag an das Team formulieren. Und auch die Bereichsleitung scheint zufrieden damit, dass die jungen Menschen »überhaupt da sind« und »von außen betrachtet das Projekt gut funktioniere«. ASD und Vormunde seien schließlich auch positiv überrascht, wie stabil das Projekt laufe. Von außen betrachtet zumindest.

Noch in der Probezeit entschied ich mich dazu, das Projekt wieder zu verlassen. Letztlich aus Selbstschutz, da die Leitung leider trotz steigenden Unmuts und Fluktuation innerhalb des Teams kaum Maßnahmen ergriff, um entschieden gegenzulernen. Meiner Ansicht nach kann eine solche Wohngruppe mit derartig anspruchsvoller Klientel nur funktionieren, wenn bestimmte Gegebenheiten von Anfang an glasklar sind.

Es braucht Regeln und Grenzen für die Jugendlichen, denn dadurch wird Verbindlichkeit und Berechenbarkeit geschaffen. Es braucht ein handlungsfähiges Team, welches einem klaren Fahrplan folgt und auf den Schutz der Leitung bauen kann, denn dadurch ist die herausfordernde Arbeit im Alltag überhaupt erst leistbar. Es braucht eine Leitung, die

felsenfest hinter dem Team steht und allen Mitarbeitenden den Rücken stärkt, um im Alltag pädagogisch wertvolle und mit dem Konzept vereinbare Entscheidungen zu treffen, denn dadurch wird der Fürsorgepflicht entsprochen und eine Identifikation mit dem Projekt ermöglicht.

Trotz aller Frustration, die ich in dem Projekt erlebt habe, bin ich sehr froh um die Erfahrung. Gerade der Abgleich zwischen geschlossener und offener Unterbringung für delinquente Jugendliche war für mich sehr spannend. Ich finde es sehr wichtig, dass die Soziale Arbeit weiterhin anstrebt, Betreuungsformen für alle Bedarfe von hilfsbedürftigen Menschen zu schaffen. Zu diesem Zweck ist es auch notwendig, Neues zu wagen und Projekte auf die Beine zu stellen, die es bis dato noch nicht gab. Wie man an diesem Beispiel aber deutlich erkennen kann, geht dies nicht ohne einen klaren Plan und mit Augenmaß.

FABIAN K., Heilerziehungspfleger und Sozialpädagoge

BNE FACH-TAG

GEW

SOF

Rund um Ernährung

29.04.2025 im Curiohaus

NACHHALTIGE ERNÄHRUNG IN DER KITA:
WIE GELINGT DIE UMSETZUNG IN PÄDAGOGIK,
BEWIRTSCHAFTUNG UND BESCHAFFUNG?

Digitale Belastungen im Fokus

Zu den ersten Ergebnissen der Arbeitszeit- und Belastungsstudie der GEW Hamburg

Die von Fank Mußmann geleitete Studie an Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien, durchgeführt von der Kooperationsstelle der Universität Göttingen, hat in den letzten Monaten wertvolle erste Erkenntnisse geliefert. Besonders alarmierend sind die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsalltag der Lehrkräfte. Es zeigt sich, dass digitale Technologien zwar Erleichterungen bringen, aber auch zu einer steigenden Belastung führen. Lehrkräfte sind hochmotiviert, die Digitalisierung umzusetzen, um effizienter zu arbeiten, investieren dabei jedoch belastenderweise zu viel Zeit.

Digitale Belastungen im Überblick

Zentrale Ergebnisse der Studie sind der zunehmende digitale Stress, dem Lehrkräfte ausgesetzt sind, sowie die Belastungen, die durch die unterschiedliche Ausstattung an Hamburger Schulen gegeben ist (digitale Kluft). Auf der neuen Informationsseite <https://lehrerarbeitszeit.gew-hamburg.de> finden sich zukünftig alle nennenswerten Informationen rund um die Themen *Lehrkräftearbeitszeit* und *Hamburger Studie*:

1. Digitale Medien: Nutzung und Erwartungen

Das erste Papier beschreibt, dass der Einsatz digitaler Medien in Hamburger Schulen alltäglich geworden ist, was Hamburg im Bundesvergleich hervorhebt. Trotz der hohen Nutzung sind die Erwartungen an den pädagogischen Mehrwert digitaler Medien weiterhin groß, wobei viele Lehrkräfte diese als potenzielle Verbesserung für effizienteres Arbeiten und gezielte Schülerförderung sehen. Allerdings scheint das Interesse an noch mehr digitalen Elementen im Unterricht gesättigt zu sein; 69 % der Lehrkräfte in Hamburg stehen digitaler Mediennutzung offen gegenüber, jedoch mit abnehmendem Enthusiasmus.

2. Digitale Endgeräte: Erfahrungen in Hamburg

Im zweiten Arbeitspapier werden die Erfahrungen mit den vom Hamburger Senat bereitgestellten Dienst-Tablets analysiert. 85 % der Lehrkräfte nutzen diese Endgeräte regelmäßig, was auf eine hohe Akzeptanz hinweist. Dennoch bestehen Herausforderungen: Die Qualität der IT-Infrastruktur, wie etwa die Internetverbindung und der Anschluss

an digitale Tafeln, ist nicht überall ausreichend. Zudem wünschen sich viele Lehrkräfte mehr technische Unterstützung und eine intensivere Einbettung der Geräte in das schulische System. Diese Bedingungen führen dazu, dass die Tablets nicht als Ersatz, sondern nur als ergänzende Arbeitsmittel angesehen werden. Positiv wird die Bedienungsfreundlichkeit bewertet, doch hinsichtlich des praktischen Nutzens bleibt noch Raum für Verbesserungen.

3. Digitalisierung: Erhöhte Belastung und Stress

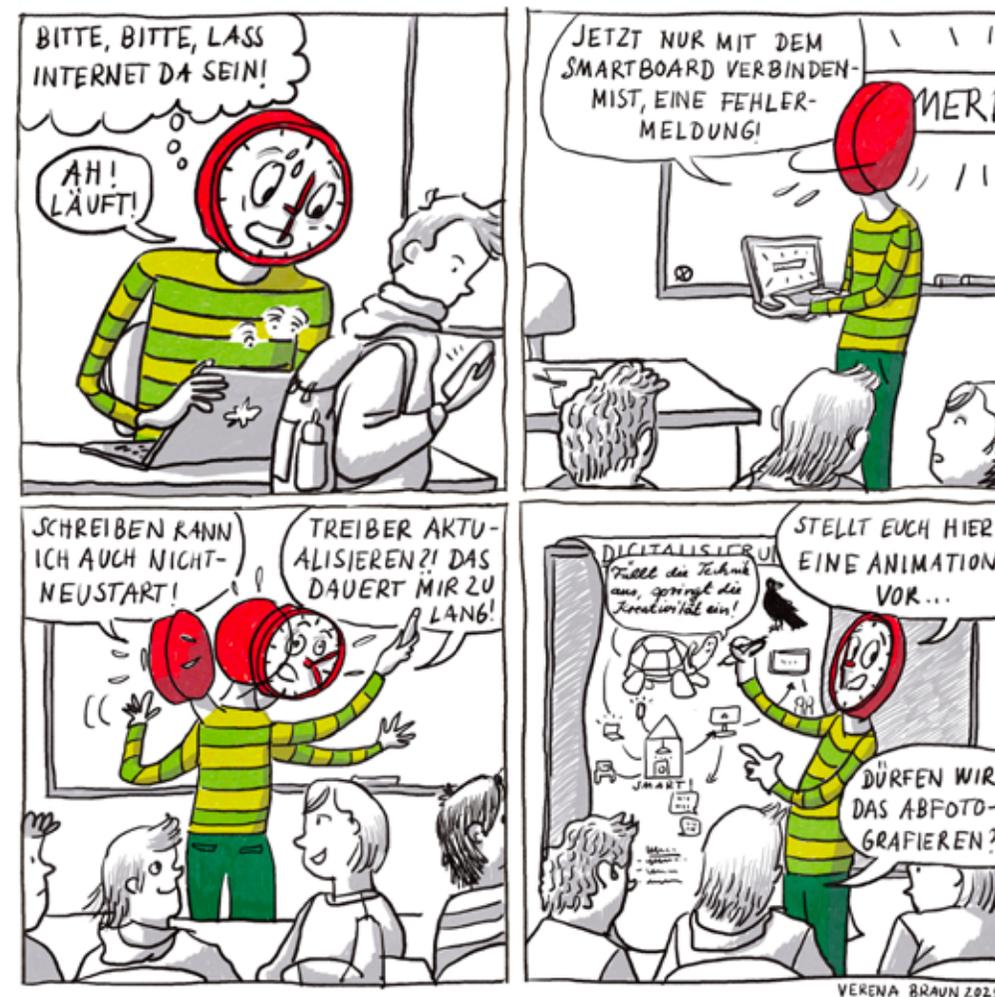
Das dritte Arbeitspapier beleuchtet den digitalen Stress und seine gesundheitlichen Folgen. Der Stress resultiert aus der Dauerverfügbarkeit digitaler Medien, der technischen Komplexität und den Unsicherheiten im Umgang mit digitalen Werkzeugen. Die Folgen sind gravierend, da die Belastung zu gesundheitlichen Risiken wie psychischer Erschöpfung führen kann. Vergleiche mit Studien aus Berlin und Sachsen zeigen, dass Hamburger Lehrkräfte besonders durch Rollenunklarheiten und Überlastung belastet sind, während in anderen Regionen die IT-Zuverlässigkeit stärker hinterfragt wird. Lehrkräfte mit hoher Medienkompetenz und positiver Einstellung zum digitalen Lehren sind jedoch weniger anfällig für Stress, was auf die Bedeutung von Weiterbildung und struktureller Unterstützung hinweist.

Insgesamt zeichnen die drei Papiere ein Bild von hohem Engagement und Bereitschaft der Hamburger Lehrkräfte, die Digitalisierung im Unterricht zu fördern. Zugleich verdeutlichen sie den bestehenden Bedarf an technischer und struktureller Unterstützung, um die Arbeitsbelastung zu senken und die Gesundheit der Lehrkräfte langfristig zu schützen.

4. Digitale Reife, digitale Kluft

Das vierte Arbeitspapier untersucht die digitale Kluft zwischen weiterführenden Schulen in Hamburg. Basierend auf einer Befragung von 1.090 Lehrkräften im Jahr 2024 zeigt sich eine deutliche Spaltung: 25 % der Schulen werden als »digitale Nachzügler« eingestuft, während nur 12 % als »digitale Vorreiter« gelten. Die Unterschiede zeigen sich besonders in drei Bereichen: Erstens bei der digitalen Strategie und

MO'S MOMENTE # 15



Infrastruktur (z. B. haben nur 10 % der Nachzügler-Schulen eine digitale Strategie), zweitens bei den Auswirkungen auf Schüler*innen (geringere Vermittlung digitaler Kompetenzen in Nachzügler-Schulen) und drittens bei den beruflichen Chancen der Lehrkräfte (höherer digitaler Stress und geringere Weiterbildungsmöglichkeiten in Nachzügler-Schulen). Obwohl Hamburg im bundesweiten Vergleich relativ gut abschneidet, besonders bei der technischen Infrastruktur, bestehen noch große Defizite bei der strategischen Umsetzung der Digitalisierung. Die Studie empfiehlt gezielte Maßnahmen zur Verringerung dieser digitalen Kluft, um Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten.

5. Wohlbefinden und Gesundheit

Das fünfte Arbeitspapier untersucht Gesundheit und Wohlbefinden. Nur 48 % der Lehrkräfte schätzen ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Bei zwei Dritteln der Befragten wurde ein erhöhtes Gesundheitsrisiko festgestellt, während 22 % sogar im Bereich mit erhöhtem Depressionsrisiko liegen. Als Hauptbelastungsfaktoren wurden identifiziert: ein ungesundes Arbeitstempo (26 % der Lehrkräfte), fehlende Zeit für Privatleben (24 %), zu viele außerunterrichtliche Aufgaben (37 %) und starker digitaler Stress (38 %). Die Studie empfiehlt dringend tiefgreifende Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, insbesondere eine verbesserte Personalausstattung und re-

duzierte Leistungsanforderungen, um die Situation der Lehrkräfte nachhaltig zu verbessern.

6. Gratifikationskrise

Das Arbeitspapier untersucht die Arbeitsbelastung von 1.090 Hamburger Lehrkräften in 2024. Zentrale Erkenntnis: 29 % der Lehrkräfte befinden sich in einer ›Gratifikationskrise‹ – ihre beruflichen Anstrengungen werden nicht durch entsprechende Belohnungen ausgeglichen. Diese Gruppe zeigt deutlich schlechtere Gesundheitswerte, niedrigere Arbeitszufriedenheit und höhere Burnout-Werte. Hauptbelastungen sind die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, viele außerunterrichtliche Aufgaben und Probleme bei der Digitalisierung. Im Vergleich zu früheren Studien hat sich die Situation verschlechtert. Die Burnout-Werte liegen über dem Durchschnitt anderer Berufe.

Presseecho und persönliche Erfahrungen aus dem Schulalltag

Die Studienergebnisse stoßen auch in den Medien auf breite Resonanz. Die Berichterstattung ist durchweg positiv. Auf unserer neuen Kampagnenseite kann über Links auf die Berichte zugegriffen werden. So schildert z. B. Britta Gröne, Gymnasialkollegin und ehrenamtliches Mitglied im Projektteam, in einem Interview mit dem *Hamburger Abendblatt* eindrücklich ihre Erfahrungen mit digitalem Stress. »Ich liebe meinen Beruf, aber die digitale Erreichbarkeit hat meine Arbeitszeit massiv verlängert«, berichtet sie. »Nach einem vollen Schultag sitze ich oft bis spätabends am Computer, beantworte E-Mails von Eltern, Kolleginnen und Schülern und kämpfe mich durch verschiedene digitale Plattformen, die nicht immer reibungslos funktionieren.«

Besonders belastend sei die ständige Erwartung, sofort auf Nachrichten zu reagieren. »Wenn ich eine E-Mail nicht direkt beantworte, bekomme ich oft innerhalb weniger Stunden eine Nachfrage. Das erzeugt einen enormen Druck.« Gleichzeitig fehle es an technischer Unterstützung: »Wir haben an unserer Schule kaum IT-Support. Wenn etwas nicht funktioniert, sind wir auf uns allein gestellt. Das kostet Zeit und Nerven.«

Eine weitere Lehrkraft berichtet von den Schwierigkeiten im Unterricht selbst: »Der Vorführeffekt ist unser täglicher Begleiter. Technische Probleme treten oft genau dann auf, wenn eine digitale Präsentation oder ein Video besonders wichtig für die Unterrichtsstunde wäre.« Besonders frustrierend sei es, dass es an einer durchdachten Medienbildungskonzeption an ihrer Schule fehle. »Wir sollen digitale Medien einsetzen, aber die Infrastruktur und die klare pädagogische Strategie dazu fehlen. Oft bleibt es uns überlassen, wie wir die Technik

integrieren, was zu viel Unsicherheit und unnötigem Stress führt.«

Forderungen der GEW Hamburg

Auf Grundlage dieser Studienergebnisse und verschiedener Veranstaltungen und Diskussionsrunden mit GEW-Mitgliedern fordert die GEW Hamburg konkrete Maßnahmen zur digitalen Entlastung der Lehrkräfte:

- verbindliche Arbeitszeiterfassung einzuführen, um Überlastungssituationen frühzeitig zu identifizieren
- vergleichbare Standards für eine digitale Infrastruktur an Schulen und für die Ausstattung von Schüler*innen und Lehrkräften sowie eine an den realen Bedarf ausgerichtete Nachsteuerung,
- eine ausgewiesene Digitalisierungszeit, d. h. Entlastung zugunsten informeller Lerngelegenheiten und Erfahrungsaustausch unter den Lehrkräften,
- Beratung und Unterstützung von Schulleitungen und Kollegien bei der Entwicklung sinnvoller und schulspezifischer Medienbildungskonzepte,
- die Gewährleistung eines verlässlichen professionellen technischen Supports in den Schulen, um Unzuverlässigkeiten zu überwinden und den Zwang, sich gegen technische Ausfälle absichern zu müssen, zu reduzieren.

Diese Forderungen wurden und werden immer wieder gegenüber der Presse und in Gesprächen mit der Politik klar geäußert. In den Gremien und Arbeitsgruppen sowie in Veranstaltungen wird kontinuierlich weiter der Austausch gesucht und für eine gerechte Arbeitszeiterfassung gekämpft. Wir erwarten von der Politik konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation.

Neue Kampagnen- und Arbeitszeiterfassungsseite

Als Reaktion auf die alarmierenden Ergebnisse hat das Projektteam die inhaltlich bereits vorgestellten neuen Homepageseiten zur Kampagne und Information ins Leben gerufen. Diese Plattformen dienen als zentrale Anlaufstelle für alle Lehrkräfte und Interessierte, die sich über ihre Rechte informieren, aktuelle Entwicklungen verfolgen und sich an Aktionen beteiligen möchten. Hier ist auch eine Anmeldung zum Newsletter möglich, über den das Projektteam fortlaufend über die Studienergebnisse, Veranstaltungen und vieles weitere rund um die Studie informiert.

Gemeinsam für digitale Entlastung

Die Ergebnisse der Studie machen deutlich: Es muss sich etwas ändern! Und die konkreten Forderungen zur Entlastung im Bereich Digitalisierung

bestärken das zentrale Ziel, das der Gewerkschaftstag 2024 nochmals erweitert hat: die Überprüfung und faire Anpassung der Hamburger Lehrerarbeitszeit-Verordnung (LAZVO) sowie eine objektive, realistische und entlastende Arbeitszeiterfassung. Denn ein bloßes »Weg mit der LAZVO!« wird uns nach über 20 Jahren praktizierter Anwendung nicht weiterbringen. Der Gewerkschaftstag war sicher, dass jede Lehrkraft von einer Arbeitszeiterfassung profitiert. Die Lehrkräfte müssen jetzt gemeinsam ihre Ideen für eine Reform des Lehrkräftearbeitszeitmodells und eine Arbeitszeiterfassung formulieren und eine Umsetzung fordern. Alle Schulformen müssen gleichermaßen entlastet und die gesetzlichen Vorgaben endlich umgesetzt werden. Nur so können gerechte Arbeitsbedingungen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und ein nachhaltiges Lehrkräfte-Arbeitszeitmodell durchgesetzt werden.

Möglichkeiten der Beteiligung

Wir vom Projektteam rufen alle Mitglieder auf, sich aktiv zu beteiligen: Habt ihr das Gefühl, re-

gelmäßig Überstunden zu machen? Dann teilt eure Erfahrungen mit der GEW. Je mehr Lehrkräfte sich am Aktionsjahr beteiligen, desto größer ist der Druck auf die Politik. Die GEW organisiert Arbeitsgruppen und Veranstaltungen zu den Themen. Mitglieder des Projektteams kommen auch zu euch an die Schule und informieren vor Ort – gebt uns Bescheid!

Seid dabei und setzt ein Zeichen für eure Rechte! Je mehr Lehrkräfte sich für das Thema interessieren und aktiv werden, desto stärker wird der Druck auf die Politik. Diskutiert mit euren Kolleg*innen über das Thema und zeigt, dass es wichtig ist, etwas zu verändern!

Weitere Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten findet ihr auf unserer neuen Kampagnenseite. Lasst uns gemeinsam für eine gesunde digitale Arbeitswelt eintreten!

Für das Projektteam: YVONNE HEIMBÜCHEL, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg

FACHGRUPPE PTF

PTF entlasten!

Die GEW Hamburg beschließt eine Befragung des pädagogischen und therapeutischen Fachpersonals (PTF) zu psychosozialen Belastungen

Dass die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren für das pädagogische und therapeutische Fachpersonal (PTF) zugenommen hat, konnte jeder feststellen, der sich damit beschäftigt. Die PTF-Kolleg*innen sowie in der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) wird das inzwischen wahrgenommen, sind doch die Krankheitstage im PTF-Bereich massiv gestiegen.

Natürlich können einzelne neue Belastungen auch klar definiert werden, z. B. hat die Eintourigkeit an den Sonderschulen zu einer deutlichen Verdichtung der Arbeit geführt, weil sie bedeutet, dass alle Schüler*innen gleichzeitig kommen und gehen und dadurch insgesamt länger in der Schule sind – ohne dass es dafür eine zusätzliche Ressource gibt. Gleichzeitig wird aber keine Ursachenforschung betrieben.

Auch wenn auf Druck der GEW und des Gesamtpersonalrates inzwischen mehr Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt werden, sind diese leider für das PTF häufig nicht zielführend. So berichten

die Kolleg*innen in der Fachgruppe immer wieder, dass ihre Belastungen in diesen Beurteilungen nicht gut abgebildet werden. Das liegt zum einen daran, dass in Systemen mit einem kleinen PTF-Team die Antworten dieser Kolleg*innen häufig nicht individuell ausgewertet werden können, weil sonst die Anonymisierung nicht gewährleistet ist. Zum anderen, und das gilt auch für große Systeme, bilden die Fragen häufig nicht die Arbeitsbedingungen des PTF ab.

Die GEW-Fachgruppe PTF hat sich in den letzten Monaten stark mit den Themen der Belastungen und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes beschäftigt und hat dann beschlossen, auf der Sitzung des Landesvorstandes vom 25. März 2025 einen Antrag zu stellen, dass die GEW Hamburg die *Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH* beauftragt, eine *Mitarbeiter*innenbefragung zu psychosozialen Faktoren des pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals an Hamburger Schulen* durchzuführen.

Vorher hatte sie sich intensiv mit dem COPSOQ-Fragebogen (*Copenhagen Psychosocial Questionnaire*) der Forschungsstelle beschäftigt, Fragen und Professionen erweitert und geklärt, ob diese Befragung so stattfinden kann. Der Antrag wurde gestellt und mit großer Mehrheit angenommen. Vielen Dank dafür!

Wann und wie soll die Befragung stattfinden?

Die Befragung ist ein digitaler Fragebogen, dessen Beantwortung 20-30 Minuten bedarf. Von Mitte Juni bis Anfang Juli wird es einen dreiwöchigen Zeitraum geben, in dem über einen Link an dieser Befragung teilgenommen werden kann. Nach den Sommerferien liegen die Ergebnisse vor, mit denen die GEW dann in einer Kampagne in die Öffentlichkeit gehen wird!

Was erwarten wir von dieser Befragung?

Natürlich gehen wir davon aus, dass wir spezifische Belastungen für das PTF durch die Befragung genauer benennen können und daraus Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen formulieren können!

Gleichzeitig kann diese Befragung deutlich machen, dass die bisherigen Gefährdungsbeurteilungen ans Schulen nicht ausreichen, um gerade die Belastungen der kleineren Berufsgruppen (dazu gehört häufig ja nicht nur das PTF, sondern auch die Verwaltung) darzustellen. Hierfür müssen dann im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung andere Tools zur Verfügung gestellt werden.

Wenn sich die Fragen bewähren, könnten wir auch auf die Bundes-GEW zugehen, damit sie darauf einwirken kann, dass die allgemeinen Fragebögen grundsätzlich erweitert gehören.

Wer kann an dieser Befragung teilnehmen?

Das gesamte PTF-Personal, das in den Schulen beschäftigt ist – in den Grundschulen, Sonderschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien, Bildungsabteilungen der ReBBZ, Berufliche Schulen. Also alle Erzieher*innen, Heilerzieher*innen, Sozialpädagogische Assistent*innen, Sozialpädagog*innen und Ergo- und Physiotherapeut*innen, die von der BSB eingestellt wurden und nach der Dienstzeitregelung/Dienstanweisung für das PTF arbeiten.

Ist es wichtiger, dass Kolleg*innen aus Schulen mit einem großen PTF-Kollegium an der Studie teilnehmen oder sollten sich eher die Kolleg*innen beteiligen, die vereinzelt an einzelnen Schulen arbeiten?

Beides ist wichtig, in den großen Systemen können wir vielleicht wirklich kleinteilig Belastungen anschauen. Bei Schulen, wie manche Stadtteilschulen oder kleine Grundschulen, die nur einzelne PTFs haben, werden diese zusammengefasst, können

aber so einen Gesamtüberblick über die Situation des PTFs an diesen Schulen bieten. Bei den Standard-Gefährdungsbeurteilungen gehen sonst die Abfragen in der Masse der Lehrkräfte unter und können nicht herausgelöst werden. Jede einzelne Teilnahme ist wichtig!

Müssen die Kolleg*innen dafür in der GEW sein?

Ausdrücklich *nein*! Die Ergebnisse der Befragung werden viel objektiver zu bewerten sein, wenn möglichst viele der ca. 2500 PTF-Kolleg*innen sich an dieser Befragung beteiligen. *Jede* Teilnahme zählt!

Was ist jetzt zu tun?

Jetzt gilt es diese Befragung zu bewerben, damit möglichst viele Kolleg*innen daran teilnehmen.

Wir planen verschiedene Veranstaltungsformate zur Bewerbung der Befragung. Anfang Juni wird es Werbematerial geben, dass wir in die Schulen schicken. Natürlich werden wir die Befragung auch auf den größeren GEW-Veranstaltungen (Gewerkschaftstag, PTF-Fachtag, Personalrätekonferenz, Lange Nacht der GEW) bewerben.

Also spricht das Thema in den Dienstbesprechungen für das PTF und den Kollegiumskonferenzen an. Macht Werbung in den Betriebsgruppen. Gerade in den Schulen, in denen es nur wenige PTFler*innen gibt, die vielleicht nicht organisiert sind, ist es natürlich auch gut, wenn diese von anderen GEW-Kolleg*innen auf die Umfrage angesprochen werden.

Wenn sie eingeladen wird, kann die Vorbereitungsgruppe die Befragung auch gerne in Personalversammlungen, Betriebsgruppen oder Mitarbeiterkonferenzen vorstellen.

Der Erfolg der Befragung und der Kampagne wird im Wesentlichen davon abhängen, dass sich möglichst viele Kolleg*innen beteiligen. Lasst uns diese Möglichkeit nutzen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz für das pädagogische und therapeutische Fachpersonal weiterzuentwickeln und unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern!

BODO HASS für die Fachgruppensprecher*innen der Fachgruppe PTF

Paulo Freire Bildungszertifikat

Am 24. und 25. Mai 2025 findet das erste Modul der vom GEW-Vorstand unterstützten wissenschaftlichen, berufsbegleitenden und interdisziplinären Weiterbildung zur dialogischen Pädagogik Paulo Freires statt, durchgeführt von der Paulo Freire Kooperation e. V.

Wer war Paulo Freire?

Von Paulo Freires Leben und Werk gehen wichtige Impulse für die Gestaltung von Lernprozessen und dialogischen Lehr-Lernformaten in zahlreichen gesellschaftlichen Feldern aus. Freire gilt als einer der relevantesten kritischen Pädagogen des 20. Jahrhunderts. Seine gesellschaftskritische Sichtweise kann auch heute noch Anregungen liefern, das Zusammenleben anders zu gestalten und eine menschenwürdige Zukunft zu realisieren.

Ziel der Weiterbildung

Die Weiterbildung verfolgt das Ziel, die Ansätze von Paulo Freire für die Arbeit mit Menschen fruchtbar zu machen. Sie richtet sich an Personen, die lernen wollen, Gruppen in dialogischen Lernprozessen zu begleiten und zu unterstützen, kritische pädagogische Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene methodisch und didaktisch fundiert zu konzipieren und durchzuführen und auf Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen eine mündige Perspektive auf gesellschaftliche Prozesse zu suchen.

Die Teilnehmer*innen erhalten im Rahmen der Weiterbildung eine grundlegende und umfassende Einführung in die dialogische und emanzipatorische Bildungsarbeit und werden dazu befähigt, eigene Angebote zu konzipieren, durchzuführen, kritisch zu reflektieren und zur gesellschaftlichen Veränderung beizutragen.

Aufbau und Dauer der Weiterbildung

Alle Module bestehen aus jeweils 2 Veranstaltungstagen mit insgesamt 12 Stunden, entweder in Präsenz oder online. Die Module können nacheinander mit dem Abschluss eines Zertifikats belegt werden oder als einzelne Module (Weiterbildungsbescheinigung).

Vorankündigung Modul 1: Paulo Freires Theorie und Praxis. Von den ersten Alphabetisierungskursen in Brasilien zum ›Weltpädagogen‹

Wir widmen uns den Grundkonzepten seiner Pädagogik und den weltweiten Anwendungen.

Modulverantwortliche: Dr. Heinz-Peter Gerhardt (heinzpetergerhardt.com), Izabela Czarnojan (repackthebag.com), Hartwig Zillmer (ha.zillmer@web.de)

Termin: 23. bis 24. Mai 2025, jeweils 6 Stunden

Orte: 23. Mai: UNESCO-Institut for Lifelong Learning, Feldbrunnenstraße 58, 20148 Hamburg
24. Mai: Curio-Haus der GEW, Rothenbaumchaussee 11, 20148 Hamburg

Kosten: 160 € (Studenten, Mitglieder der Paulo Freire Kooperation, UNESCO-Beschäftigte und GEW-Mitglieder zahlen jeweils gegen Nachweis die Hälfte (80 €). Zudem gibt es einen Frühbucherrabatt von 20 € bis zum 23. April.

Anmeldung: Interessensbekundung/Anmeldung unter: www.freire.de/kontakt. Nach Eingang Ihrer Interessensbekundung/Anmeldung erhalten Sie das Curriculum von Modul 1 und erste Hinweise auf die weiteren sechs Module im Rahmen des *Paulo Freire Bildungszertifikats*.

Bitte teilen Sie uns mit, wie wir Sie kontaktieren dürfen (Telefon oder E-Mail-Adresse). Wir würden nämlich gerne bald mit Freires »thematischer Untersuchung« für die Fortbildung im Mai 2025 beginnen.

Vorschau: Das Modul 2 »Dialogische Bildung in der Schule« soll ebenfalls baldmöglichst mit Dr. Joachim Dabisch (<http://www.dabisch.de/>), Dr. Jutta Lütjen (<https://dr-luetjen.de/>) und Hartwig Zillmer stattfinden.

HARTWIG ZILLMER,
Paulo Freire Kooperation e. V.
Kontakt: ha.zillmer@web.de

Wie geht es dir? – Eigentlich muss ich hier weg!

Am 4. Februar 2025 stellte die GEW Hamburg die Ergebnisse einer Befragung der arbeitnehmerähnlichen Lehrenden an der VHS Hamburg vor. Anlass der wissenschaftlichen Befragung sind die unzureichenden Honorare und die mangelnde soziale Absicherung an der VHS Hamburg, die aber auch den Bedingungen bei privaten Trägern vergleichbar sind.

Die GEW Hamburg hat im Rahmen einer Veranstaltung am 4. Februar 2025 die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Befragung von Lehrenden an der Hamburger Volkshochschule zu ihrer Situation als arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte vorgestellt. Die Befragung wurde organisatorisch von der Universität Gießen und wissenschaftlich von der Fernuniversität Hagen durch Prof. Dr. Julia Schütz begleitet, die am Veranstaltungsabend die Ergebnisse der Studie aus wissenschaftlicher Perspektive erläuterte. Detlef Zunker, Sprecher der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Hamburg, brachte die Perspektive der in der Erwachsenenbildung Arbeitenden ein und führte moderierend durch den Abend. Als Podiumsteilnehmer*innen diskutierten: Tanja Chawla (Vorsitzende DGB Hamburg), Thiemo Fojkar (Vorstandsvorsitzender Internationaler Bund Deutschland, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands der Träger beruflicher Bildung) sowie die bildungspolitischen Sprecher*innen aus der Hamburgischen Bürgerschaft Nils Hansen für die SPD, Maryam Blumenthal für die Grünen, Sabine Ritter für die Linke und für die CDU Birgit Stöver.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie in Kürze:

- Die Beteiligung an der Befragung war ungewöhnlich hoch, sie liegt bei 81 % (was auf einen hohen Leidensdruck schließen lässt). 83 % der Befragten sind weiblich, das Durchschnittsalter liegt 54 Jahren, 85 % der Befragten verfügen über eine akademische Ausbildung.
- Die Befragung zeigte: Weil es keine Bezahlung der Vor- und Nachbereitungszeit des Unterrichts gibt, wird 40,6 % der geleisteten Arbeit nicht bezahlt.
- Das durchschnittliche Honorar ist enorm niedrig: Das durchschnittliche monatliche Bruttohonorar liegt bei 2818 €, das durchschnittliche monatliche Nettohonorar bei 1796 €.
- Eine Rücklagenbildung für Krankheit, Auftragsausfälle und besondere Belastungen ist bei 74 % der Befragten nicht möglich.

- Obwohl 75 % mit ihrer grundlegenden Berufsentscheidung zufrieden sind, lässt sich anhand dieser Befragungsergebnisse eine hohe Arbeitsunzufriedenheit der arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte an der VHS Hamburg feststellen.
- Vor allem die mangelnde soziale Absicherung – 96 % sind mit der prognostizierten Rente unzufrieden, 79 % sogar sehr –, zu niedrige Honorarsätze, Stress und der hohe Anteil unbezahlter Arbeit wurden massiv kritisiert. Mehr als 50 % der Befragten denken über einen Wechsel in einen anderen Berufszweig nach.

Hintergrund: Unsichere Finanzierung

Problematischer Hintergrund ist die derzeit völlig unsichere Finanzierung der Sprach- und Integrationskurse durch das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, in denen viele VHS-Kursleitende tätig sind. Dies führt zu einer enormen Verunsicherung bei Lernenden und Lehrenden auf allen Ebenen. Lehrkräfte, Hamburger Politiker*innen, der DGB Hamburg und der Arbeitgeberverband BBB forderten hier einhellig vom Bund Klarheit und eine auskömmliche Finanzierung.

Aufgabe für den kommenden Senat

Die bildungspolitischen Sprecher*innen von SPD, Grünen, CDU und Linken stellten auf dem Podium am 4. Februar übereinstimmend fest, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Hamburger Erwachsenenbildungsbranche eine Aufgabe des kommenden Senats für die nächste Legislaturperiode sei. Die Vertreter*innen der derzeitigen rot-grünen Regierungskoalition sagten dabei zu, in der nächsten Legislaturperiode ein Weiterbildungsgesetz und ein Hamburger Tarifreuegesetz auf den Weg zu bringen. Dies wurde auch von den Oppositionsfractionen unterstützt. Dazu der Landesvorsitzende der GEW Hamburg, Sven Quiring: »So kann es nicht weitergehen. Diese Umfrageergebnisse sind besorgniserregend. Jetzt muss schnell gehandelt werden. Denn Kolleg*innen, die jetzt die Branche verlassen, kommen nicht wieder und fehlen bei der Integra-

tion. Zentral ist für uns bei den arbeitnehmerähnlichen Lehrenden die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall. Es kann nicht sein, dass Lehrende krank zur Arbeit gehen müssen, weil sie es sich nicht leisten können, sich zu Hause auszukurieren. Außerdem brauchen wir ein Hamburger Tarifreuegesetz, das auch die Erwachsenenbildung einbezieht. Die Hamburger Politik muss sich dringend für eine verlässliche Finanzierung der Sprach- und Integrationskurse auch auf Bundesebene einsetzen!«

Die Kommentare der Podiumsteilnehmer*innen zur Studie:

Tanja Chawla, die Vorsitzende DGB Hamburg, sagte: »Das ist auch ein Frauenthema, warum sitzen hier keine Frauenbeauftragten? Diese Branche muss endlich ausfinanziert werden.« Sie äußerte sich auch zu einem Hamburger Prüfsiegel: »Die Arbeitsbedingungen müssen einbezogen und evaluiert werden. Die fehlende tarifliche Absicherung muss beendet werden. Die Weiterbildungsbranche muss auf eine Stufe mit den schulischen Lehrkräften gestellt werden. Die Wichtigkeit der Branche muss sich auch wirtschaftlich für die Kolleg*innen widerspiegeln.«

Thiemo Fojkar, Vorstandsvorsitzender Internationaler Bund Deutschland betonte: »Die Lage der Lehrenden in Hamburg ist vergleichbar zu anderen Bundesländern. Die Weiterbildung muss zur vierten Säule des Bildungssystems werden. Tarife müssten auch für alle Bereiche der Erwachsenenbildung, auch für den Sprach- und Integrationsbereich, abgeschlossen werden. Wir gefährden unseren Wohlstand, wenn wir dem Sprachbereich nicht die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Das Unternehmerrisiko darf nicht auf die Lehrenden abgewälzt werden. Fristverträge sind Frustverträge. Die Rahmenbedingungen für die Betriebe müssen sich verbessern, damit verlässliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden können. Wir müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften stark sein gegenüber der Politik, um diese Verbesserungen zu erzielen.«

Prof. Dr. Julia Schütz von der Fernuni Hagen sagte: »Ich kenne die schlechten Arbeitsbedingungen auch aus anderen Bereichen der Bildungsarbeit. Daher muss die Frage meiner Meinung nach lauten: Warum entsprechen die Rahmenbedingungen nicht der Wichtigkeit dieser Aufgabe? Ich denke auch, dass sich unsere Gesellschaft das nicht leisten kann oder sollte, Bildungspersonal zu verlieren.«

Nils Hansen (SPD) hielt später gegenüber dem NDR fest: »Wir sind dankbar für die Untersuchung und die gelieferten Fakten. Die Erwachsenenbildung muss stärker in den (öffentlichen) Fokus. Ein Tarifreue- und ein Weiterbildungsgesetz soll es in der nächsten Legislatur geben. Die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall müssen wir prüfen, wenn es haushalterisch möglich ist, ist das etwas, was ich inhaltlich als sehr lohnend empfinden würde.«

Michael Gwosdz von den Grünen sagte: »Ich hoffe auf bessere Arbeitsbedingungen für die Erwachsenenbildung. Ich finde die GEW-Kampagne gut. In diese Richtung kann es weitergehen. Ich unterstütze ein Weiterbildungsgesetz, mit dem tarifgebundene Beschäftigung geschaffen wird. Die Honorarfortzahlung ist meines Erachtens sachlich richtig.«

Sabine Ritter von der Linken bekräftigte: »Wir unterstützen die Forderungen vollumfänglich, auch aus der Opposition heraus.«

Birgit Stöver von der CDU meinte: »Die Honorare dort sind nicht ausreichend. Die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall unterstützen wir. Das würde die CDU angehen. Die heutige Veranstaltung ist dazu geeignet, diese Themen voranzubringen. Die CDU wäre für reguläre Angestelltenverträge für die Lehrenden mit einer Vergütung der Vor- und Nachbereitungszeit.«

DETLEF ZUNKER,
Sprecher der Fachgruppe Erwachsenenbildung
der GEW Hamburg

Kommt zum Hamburger Gewerkschaftstag am 7. Mai 2025, von 9 bis 16 Uhr im Curio-Haus!

Stimmberechtigt sind die gewählten Vertrauensleute und Delegierten der Betriebsgruppen. Der Gewerkschaftstag ist mitgliederöffentlich. Bitte unbedingt anmelden unter info@gew-hamburg.de!

Zur Wahl stehen folgende GEW-Vorstandsämter:

- 1. Stellv. Vorsitzende*r (Kandidatin: Yvonne Heimbüchel)
- 2. Stellv. Vorsitzende*r (Kandidat: Bodo Haß)
- Schriftführung Landesvorstand (Kandidat*in & Stellvertreter*in: Marlies Tatje und Björn Eisen-schmidt)
- 2. Schriftführung Gewerkschaftstag (NN)

Kampagne für Philosophie & Ethik

Die GEW Hamburg startet eine Petition

Die GEW Hamburg wird voraussichtlich im Mai über das Internet-Portal *openPetition* mit einer Kampagne an die Öffentlichkeit gehen. Mit ihr soll eine Petition bekannt gemacht und beworben werden, die zum Ziel hat, als Alternative zum bisherigen von Glaubensgemeinschaften monopolisierten Fach Religion »für alle« in den Klassen 1 bis 6 der

allgemeinbildenden Schulen ein Fach Philosophie/Ethik durchzusetzen.

Nach langer Vorbereitung im AK PuR hatte der GEW-Landesvorstand am 10. Dezember 2024 und dann erneut am 21. Januar 2025 mit großer Mehrheit (1 Gegenstimme und 1 Enthaltung) die Einreichung folgender Petition beschlossen:

Petition für eine Alternative zum Religionsunterricht in den Klassen 1 bis 6 an Hamburger Schulen

In den Grundschulen und in den Klassen 5 und 6 der weiterführenden Schulen soll für Schülerinnen und Schüler als Alternative zum Religionsunterricht das Fach Philosophie/Ethik angeboten werden!

Begründung:

Unser Grundgesetz verbürgt die Freiheit der Weltanschauung. In Artikel 4 Absatz 1 GG heißt es dazu ausdrücklich: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.«

Gleichwohl wird in den Hamburger Grundschulen und in den Klassenstufen 5 und 6 der weiterführenden Schulen diesem Grundrecht nicht Rechnung getragen. Zum Religionsunterricht gibt es faktisch keine Alternative, und das obwohl über 50 % der Bevölkerung in Hamburg keiner Religionsgemeinschaft angehören.

In Artikel 7 Absatz 2 GG heißt es: »Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.« Und so steht es auch im Hamburger Schulgesetz § 7 Abs. 3.

Die Praxis zeigt, dass Eltern von diesem Recht oft nicht wissen, nicht darüber informiert werden, schlimmer noch, es werden ihnen bei Inanspruchnahme Steine in den Weg gelegt:

- Die Anträge der Eltern gehen über die Tische der Schulleitungen. Diese setzen sich dann mit den Eltern in Verbindung, damit der Antrag wieder zurückgezogen wird. Leider ist diese Vorgehensweise nicht die Ausnahme, sondern kommt in vielen Fällen vor.
- Melden Eltern ihr Kind trotzdem vom Religionsunterricht ab, bleiben die Kinder in dieser Zeit oft ganz ohne Unterrichtsangebot, werden vor die Tür geschickt oder bestenfalls mit wenig anspruchsvollen Ersatzaufgaben beschäftigt.
- Eltern ohne Religionszugehörigkeit sehen sich so genötigt, ihr Kind in den Klassen 1 bis 6 lieber im Religionsunterricht zu lassen.
- Weder die Schulbehörde noch die Schulen informieren die Eltern über ihr grundgesetzlich geschütztes Recht auf Abmeldung vom Religionsunterricht.
- Seit 2023 wird der Religionsunterricht verpflichtend von Religionslehrkräften mit exklusiver Beauftragung durch die Religionsgemeinschaften erteilt. Damit liegt die Betonung des Faches auf dem Bekenntnisunterricht – nicht dem Religionskundeunterricht.

Wir fordern, dass Schulen verpflichtet werden, den Schüler*innen der Klassenstufen 1-6 ein alternatives Unterrichtsfach Philosophie/Ethik anzubieten, in dem es um Sinn- und Existenzfragen und grundsätzliche Werte des Zusammenlebens geht. Über ein solches Angebot, das es in vielen anderen Bundesländern bereits gibt, müssen Eltern proaktiv und transparent informiert werden.

Wir wünschen uns von allen unseren Mitgliedern eine aktive Unterstützung der Kampagne. Schon mit dem Beschluss zum Religionsunterricht auf dem Gewerkschaftstag am 20. September 2021 wurden die Weichen gestellt für erste Gespräche mit politisch Verantwortlichen. Sie haben nicht gefruchtet, so dass dieser Schritt hier nun notwendig wurde.

Die Vertrauensleute in den Betriebsgruppen werden in den nächsten Tagen Plakate und Flyer erhalten, die selbstverständlich auch im Internet auf der GEW-Homepage stehen werden. Auf dem GEW-Gewerkschaftstag in Hamburg am 7. Mai werden die Kolleg*innen des AK PuR an einem Info-Tisch Rede und Antwort stehen. Selbstverständlich müssen wir Eltern (und Großeltern) erreichen, aber auch Schüler*innen, z. B. der Schülervertretungen, in Kreisschülerräten und der Schüler*innenkammer. Dabei kann in Zeiten elektronischer Kommunikation die Petition sowohl über den QR-Code aufgerufen und unterschrieben, sowie über die verschiedensten sozialen Netzwerke weitergeleitet werden.

Unsere Kampagne ist keine Kurzzeit-Aktion. Mit einer hohen Zahl an Unterschriften will die GEW sich dann im Herbst an die politischen Entscheidungsträger*innen der Stadt (Petitionsausschuss der Bürgerschaft, Schulausschuss, Bürgerschaft, Senat) wenden.

KARIN HUFERT und GERHARD LEIN,
Arbeitskreis Philosophie und Religion (AK PuR)
der GEW Hamburg

MACH DICH STARK MIT UNS DGB

1. Mai 2025

Hamburg

Auftakt

10:30 Uhr, U-Bahn Habichtstraße

Demo

11:00 Uhr, U-Bahn Habichtstraße

Kundgebung

12:00 Uhr, Bert-Kaempfert-Platz
(Museum der Arbeit)

DGB

Zwischen Leseförderung und literarischem Lernen

Bericht zur von der Max-Traeger-Stiftung, der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW und der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg unterstützten Fachtagung zur Erstleseliteratur, die von den Universitäten Hamburg und Siegen durchgeführt wurde.

Im September 2024 stand das Bürgerhaus Wilhelmsburg für einige Tage ganz im Zeichen des Erstlesebuchs: Nach einer Lehrer*innenfortbildung fand am 27. und 28. September eine Tagung statt, die sich unter dem Titel *Zwischen Leseförderung und literarischem Lernen* auf die »Suche nach einer Didaktik der (erzählenden) Erstleseliteratur« begab. Der Untertitel weist bereits auf die offenen Fragen rund um den Gegenstand »Erstleseliteratur« hin: Ihre Definitionen und der Umgang mit ihr werden sehr unterschiedlich gefasst und durchgeführt.

In ihrem einführenden Vortrag zeigten drei der Organisator*innen der Tagung, Jana Mikota, Nadine Schmidt (beide Universität Siegen) und Christoph Jantzen (Universität Hamburg) auf, welche unterschiedlichen Ansätze und Möglichkeiten es über die Jahrzehnte gab und gibt, den Gegenstand »Erstleseliteratur« zu fassen, zu beschreiben, zu definieren und ihn sowohl in den Gesamtkorpus der intendierten und faktischen Kinderliteratur und in didaktische Kontexte einzuordnen.

Sven Nickel (Universität Bozen) konstatierte im zweiten einführenden Vortrag mit dem Titel *Erstleseliteratur und Schriftspracherwerb – ein ungeklärtes Verhältnis*, dass die Erstleseliteratur in den letzten 20 Jahren zunehmend literarisch komplexer in ihren Erzählstrategien wird und auch eine multidimensionale Qualität entwickelt, aus schriftsprachdidaktischer Perspektive aber kaum eine Weiterentwicklung zu beobachten ist. Auf der Grundlage der Phasen des Schriftspracherwerbs nach Brügelmann formulierte er, dass Erstleseliteratur, die tatsächlich für die Vorbereitungs- und die Anfangszeit des Schriftspracherwerbs geeignet sein soll, der ersten (= der präliteral-symbolischen), der zweiten (= der logographemischen) und der dritten (= der phonographemischen) Phase zuzuordnen sein müsste. Ein großer Teil aber der Erstleseliteratur, so sein Fazit einer umfassenden Analyse verschiedener Titel, muss der vierten, der orthographischen Phase zugeordnet werden

und ist somit für den tatsächlichen Anfang des Schriftspracherwerbs nicht geeignet. Ein weiteres Problem bei der Auswahl geeigneter Lektüren für Leseanfänger*innen ist seiner Wahrnehmung nach die unterschiedliche Stufenzuordnung, die die Verlage bei ihren Erstlesereihen vornehmen und die häufig nicht auf den Erkenntnissen zu den Phasen des Schriftspracherwerbs basiert. Nickel plädiert deshalb für die Einrichtung eines verlagsübergreifenden Index, für die Weiterentwicklung systematischer Analysemodelle und dafür, die Perspektive der Kinder auf die Literatur zu berücksichtigen.

Diese Perspektive der Kinder stand im Mittelpunkt des Vortrags *Literaturpräferenzen von Erstleseliteratur* von Fiona Kern und Benjamin Uhl (beide Universität Koblenz). Sie haben die Literaturpräferenzen von leseschwachen Schüler*innen und die Vorlieben und Auswahlkriterien von Lehrpersonen verglichen und dabei festgestellt, dass die Kinder reflektiert nach Aufmachung, erkennbarem thematisch-inhaltlichem Schwerpunkt und Lebensweltbezug ausgewählt haben, was sie lesen möchten. Die Lehrpersonen hingegen haben sich vorwiegend an der antizipierten Lesekompetenz und kaum am Lebensweltbezug orientiert. Ein Fazit von Kern und Uhl ist die Forderung, in der Didaktik der Erstleseliteratur Aspekte einer literarischen Bildung zu berücksichtigen, die das Erfahren von literarischer Geselligkeit und das genussvolle Erschließen fiktional-ästhetischer Welten anregen. Aber auch die Berücksichtigung der kindlichen Perspektive auf der Basis ihres Freizeitverhaltens und eine Kenntnis von Gestaltungsmerkmalen der Erstleseliteratur über oberflächliche Kriterien wie Umfang hinaus sind wichtig.

Jana Mikota (Universität Siegen) und Christoph Jantzen (Universität Hamburg) knüpften unter dem Titel *Perspektiven von Lehrer*innen auf Erstleseliteratur* an die die Frage nach den Auswahlkriterien von Lehrer*innen bei Erstleseliteratur an. Ihre Ergebnisse zeigen, dass für viele Lehrkräfte durchaus

Lesemotivation und das Potenzial eines Textes zur Anbahnung des literarischen Lernens bei der Auswahl von Erstleseliteratur im Mittelpunkt stehen.

Auf der Grundlage der Modelle des erweiterten Lesens nach Günthner und Koch und des Kriterienkatalogs von Nefzer zur Erstleseliteratur, erweitert um eigene sprachdidaktische Kriterien, hat Ann-Charlott Bauer (Pädagogische Hochschule Ludwigsburg) *Erstleseliteratur im sonderpädagogischen Kontext* mit Blick auf Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischen Förderbedarfen überprüft. Problematisch ist, das zeigt ihr Ergebnis, dass sich kaum Bücher für jugendliche Leseanfänger*innen finden lassen.

Einen weiteren Aspekt brachten Dilara Demirdögen und Anne Krichel (Universität zu Köln) ein mit Frage nach dem *Bilderbuch als Erstleseliteratur*. Ansatz war, dass in vielen ausdrücklichen Erstlesebüchern die Illustrationen nicht zum Dekodieren auffordern, in Bilderbüchern mit wenig Text aber genau dieser Umgang mit dem Buch angeregt wird.

Bernd Maubachs (Universität Paderborn) Auseinandersetzung mit dem Sacherstlesebuch unter dem Titel *Weltwissen erlesen von Anfang an* kann vielleicht, auch mit Blick auf das oben konstatierte Fehlen von angemessenen Erstlesebüchern für jugendliche Leseanfänger*innen, einen Weg weisen, denn die Themen der Sachbücher bleiben unabhängig vom Alter der Leser*innen interessant. Deutlich wurde, dass wir wenig über die genuss- und erlebnisorientierten Zugänge zum Sachbuch wissen und dass hier Forschungsbedarf und die Notwendigkeit der Entwicklung von literaturdidaktischen Ansätzen bestehen.

Mit dem literarisch-ästhetischen Potenzial von Erstlesebüchern beschäftigte sich Sandra Siewerts (Universität Bielefeld) Vortrag *Die Vereinfachung als Chance – Potentiale der narrativen Strukturen von Erstlesebüchern für das Lesenlernen und die literarische Bildung*. Besonders eindrucksvoll war ihre Feststellung, dass gerade in den Komplexitätsreduzierungen vieler Erstlesebücher Potenzial für



Problematisch ist, dass sich kaum Bücher für jugendliche Leseanfänger*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen finden lassen.

literarisches Lernen liegt – auch dies eine Aufforderung, die Texte sorgfältig zu analysieren und aus ihnen, aus ihren jeweiligen Merkmalen heraus, didaktische Ansätze zu entwickeln, um dieses Potenzial auszuschöpfen und für das literarische Lernen fruchtbar zu machen.

Den Abschluss der Vorträge bildete die Frage nach den *Zugangsbedingungen zu Erstleseliteratur* an nordamerikanischen Schulen, die bilingual auf Englisch und Deutsch unterrichten. Roswita Dressler (Werklund School of Education, Calgary) und Bernd Nuss (South Academy of International Languages, Charlotte) berichteten aus ihren Schulen.

Begleitet wurden diese anregenden Vorträge durch intensive Diskussionen, in denen jeweils zu zwei Vorträgen Fragen gestellt und weiterführende Überlegungen ausgetauscht wurden. Ein Podiumsgespräch zwischen Nicole Tietze (Landesinstitut für Lehrkräftebildung Hamburg) und Michael Ritter (Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg) beschäftigte sich mit Fragen der Vermittlung und der tatsächlichen oder vermeintlichen Einfachheit der Texte.

In der Abschlussdiskussion stellten Teilnehmer*innen fest, dass die anregenden und aus sehr unterschiedlichen Perspektiven konzipierten Vorträge und die anschließenden Diskussionen zwar mehr neue Fragen aufgeworfen als alte beantwortet hätten, aber man doch mit vielen neuen Erkenntnissen zum Weiterverfolgen und Arbeiten nach Hause ginge.

DR. GUDRUN STENZEL,
Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur
und Medien (AJuM) der GEW Hamburg

Kein Enkeltrick

Wie es möglich ist, wirtschaftliche Prozesse auch ohne Geld in Gang zu setzen

Man kann wohl von einstürzenden Brandmauern sprechen, wenn man auf die finanzpolitischen Entscheidungen der gewählten, aber noch nicht im Amt befindlichen Bundesregierung blickt. Was vor Tagen vor der Wahl noch von jenen, die nun in erster Linie die Regierungsverantwortung übernehmen werden, als »Todstunde« geschmäht wurde, nämlich die Lockerung der Schuldenbremse, ist nicht nur Makulatur, sondern Programm.

Nun gilt es wahrlich nicht, die Finanzierung zur Kriegstüchtigkeit zu bejubeln, aber man staunt, dass alle Bedenken, die gerade von konservativer Seite gebetsmühlenartig gegen das Aufweichen der Schuldenbremse in der Vergangenheit immer wieder ins Feld geführt wurden, wie weggewischt erscheinen. Das geflügelte Wort dieser Tage: »Whatever it takes«, was für eine unbegrenzte Ausweitung der Rüstungsausgaben stehen soll, ist ein Dammbuch in Sachen finanzpolitischer Entscheidungen. Jene Auguren, die noch vor der Wahl von Abgründen in Hinblick auf die Folgen sprachen, wandelten sich in wenigen Tagen zu Befürworter*innen einer Aufgabe der Schuldenbremse, weil sie u. a. darin eine große Chance sehen, verlorengegangene Industriearbeitsplätze (wo wohl?) zurückzugewinnen.

So prekär diese Aufrüstung in Hinblick auf geopolitischen Auswirkungen auch sein mag, immanent betrachtet, bestätigen sie damit das, was die Vertreter*innen der *Modern Monetary Theory* (MMT) seit Jahren predigen: Man kann staatlicherseits einen wirtschaftlichen Vorgang in Gang setzen, indem man Geld aus dem Nichts schöpft.

Das, was noch vor der Wahl von allen marktradikalen Politiker*innen vorgetragen wurde, dass man nicht mehr ausgeben könne als man eingenommen habe, scheint wie weggeblasen. Nun greift scheinbar doch die Einsicht Raum, dass es zwischen dem Staat und dem Schwäbischen Hausmann einen fundamentalen Unterschied gibt. Was für Letzteren ja tatsächlich gilt, wenn er nicht zwischenzeitlich im Lotto gewonnen hat, gilt für die Regierung nicht: Jede Ausgabe, die die Regierung tätigt, setzt einen wirtschaftlichen Vorgang in Gang, der Einkommen schafft, über das dann auch Steuern generiert werden. Und das gilt unabhängig davon, ob das Geld

für die Ausgaben aus Steuern stammte oder über Schulden finanziert wurde.

Schulden, die der Finanzminister machen kann, indem er Schuldverschreibungen (Schatzbriefe) ausstellt, die jede Frau oder jeder Mann (aber auch institutionelle Anleger wie Renten- und Lebensversicherer) kaufen können. Wenn aber die Nachfrage nach diesen nicht ausreicht, so kauft sie die Zentralbank. Und die schöpft das Geld, ja, woher eigentlich? Die Antwort lautet: Aus dem Nichts!

Diese Magical-Mystery-Tour irritiert. Es taucht sofort die Frage auf, was denn passiert, wenn die Steuern, die durch die wirtschaftliche Tätigkeit zustande gekommen sind, nicht ausreichen, um die Schulden zu begleichen, die einst der Staat für die Investition dank der Überlegungen der Vertreter*innen der *Modern Monetary Theory* (MMT) gemacht hatte. Logisch, dass dann zunächst gesagt wird, dass in einer solchen Situation die finanziellen Lasten auf die Enkelgeneration übertragen werden.

Einmal Luftholen genügt allerdings, um sich daran zu erinnern, welche Antwort die Vertreter*innen der MMT bereithalten: So, wie das Geld per Mausclick in die Welt kam, indem die Zentralbank der Regierung den gewünschten Betrag aufs Konto des Finanzministeriums buchte, so könnte sie – institutionelle Hindernisse einmal außen vor gelassen – nun mit einem Klick die Schulden löschen, weil Regierung und Zentralbank letzten Endes eins sind, weil beide von denselben demokratisch legitimierten Entscheidungsträgern abhängen. Das Ganze ist somit also kein Enkeltrick, sondern entspricht eher einer Sendung mit der Maus.

Aber ist das nicht das Einfallstor für Inflation, ist die naheliegende Frage. Denn richtig ist auch, dass es zu einer solchen kommen müsste, wenn die Geldmenge schneller wächst als die produzierten Güter und in Anspruch genommenen Dienstleistungen. Bäume wachsen auch nach Vorstellungen der Vertreter*innen der MMT nicht in den Himmel. D. h. eine Geldmengenausweitung ist nur ratsam bis Vollbeschäftigung erreicht ist und die Kapazitäten optimal ausgelastet sind. Davon sind wir in Deutschland zurzeit aber weit entfernt. D. h. die In-

vestitionsschwäche hierzulande muss überwunden werden, in dem der Staat Investitionen fördert. Damit erhöht sich dann eben genau die angesprochene Gütermenge.

Wenn dies noch unstrittig sein mag, so gibt es regelmäßig einen Aufschrei, wenn von höheren Sozialausgaben und/oder höheren Löhnen die Rede ist. Bloß verkennen die Kritiker*innen, dass gerade auch durch die hierdurch geschaffene private Nachfrage die Gewinnerwartungen der Unternehmen steigen. Und allein darauf kommt es an! Ohne Aussicht auf Gewinn investiert kein Unternehmen. Will man also die zurzeit eklatante Investitions- und (!) Konsumschwäche überwinden, muss der Staat seine Rolle als »ideeller Gesamtkapitalist« (Friedrich Engels) wahrnehmen, indem er sowohl Investitionen – u. a. in Bildung (!), nicht umsonst Humankapital genannt – fördert als auch dafür sorgt, dass der Konsum nicht wegbricht. Wenn es ihm dann noch gelingt, über diesen Weg sowohl ressourcenschonende und energiesparende Produktionsverfahren auf den Weg zu bringen als auch die Konsument*innen davon zu überzeugen, nachhaltige Produkte zu kaufen, wären die Weichen für einen gelingenden »Green Deal« richtig gestellt.

Dass dies der wohl einzige Weg aus der Krise ist, belegt – wie eingangs erwähnt – die im November letzten Jahres im Auftrag der EU veröffentlichte Expertise des ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi. Jener Draghi, der schon einmal, als die EU auseinanderzubrechen drohte, mit dem Ankauf von insbesondere griechischen Staatsanleihen als Erster, also weit vor »unserem« designierten Kanzler, die Parole ausgab: »Whatever it takes«. Angesichts der EU-weiten Investitionsschwäche fordert Draghi nun ein jährliches Investitionsvolumen von 800 Milliarden! Woher soll das Geld kommen? Das ist nur, wie oben beschrieben, per Mausclick möglich!

Wie aber kann das sein, dass die herrschende Lehre in den Wirtschaftswissenschaften diese Gedanken nicht zulassen will? Das Credo in den Haushaltsdebatten der Parlamente heißt, s. o.: Man kann nicht mehr ausgeben als man hat. Und wenn man Schulden aufnimmt, wird einem zu einem späteren Zeitpunkt die Rechnung präsentiert. Wenn das die Schulden Machenden nicht mehr selbst erreicht, trifft es die Enkel. Dieses scheinbar eherner Gesetz wird plötzlich infrage gestellt?

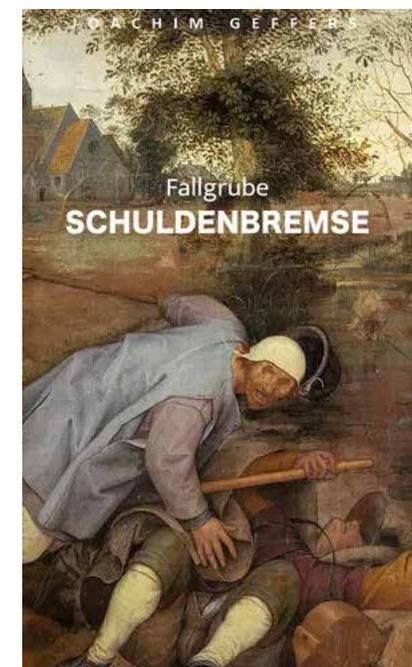
Joachim Geffers:
Fallgrube Schuldenbremse,
edition mägde + knechte 2025,
216 Seiten, Hardcover, Euro 22,80

Carl Barks, der Schöpfer von Daniel Düsentrub, legte diesem einst in den Mund: »Zwischen Wahnsinn und Verstand ist nur eine dünne Wand«. Die Kritiker*innen der MMT sollten sich ihrer Sache also nicht so sicher sein: »Geld aus dem Nichts« zu schaffen, ist weder ein Enkeltrick noch lässt sich dies mit dem Vorwurf der Scharlatanerie desavouieren.

Stattdessen steht die Frage im Raum: Wer ist hier verrückt? Wir haben das Wissen und wir haben alle übrigen Ressourcen, um den Klimawandel aufzuhalten. Und wir haben die Menschen, die das bewerkstelligen könnten. Zum Wissen gehört dann eben auch: Dass man das notwendige Geld hierzu zur Verfügung stellt, wenn man insgesamt darauf vertraut, dass vernunftbegabte Wesen in der Lage sind, sich ihre Welt als eine lebenswerte zu erhalten.

Erhalten ist wohl das Gegenteil von zerstören. Hoffen wir mal, dass sich nicht Letzteres gegenüber der Wahrung und dem Erhalt der Natur – uns selbst immer mit einbezogen – durchsetzt. Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

JOACHIM GEFFERS, ehemaliger hlz-Redaktionsleiter und Autor von *Fallgrube Schuldenbremse*



Zurück in die Kaiserzeit

(Zur Verschärfung des Disziplinarrechts in Hamburg, u.a.: hlz 11-12/2024, S. 62)

Ohne Not(-Wendigkeit) wurde die Änderung des Disziplinarrechts in Hamburg schnell noch vor den Bürgerschaftswahlen verabschiedet. Der jetzt aufgehobene, »Richterspruch« sollte uns Beamt*innen vor willkürlichem Dienstherrengehabe (und unabhängig von den gerade vorherrschenden Parteien) schützen. Mit dem neuen Disziplinargesetz sollen »Extremisten« schneller aus dem Schuldienst entfernt bzw. disziplinarrechtlich belangt werden. Das Gesetz sieht vor, dass künftig auch schwerste Disziplinarmaßnahmen (nämlich die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis, die Zurückstufung und die Aberkennung des Ruhegehalts) allein durch den Dienstherren möglich sind. Diese Disziplinarmaßnahmen sind bislang dem gerichtlichen Disziplinarverfahren vorbehalten (Richterspruch). Dies öffnet staatlicher Willkür Tür und Tor und erinnert an finstere Bismarck-Zeiten oder an die Zeiten der Berufsverbote in den 1970ern. Was sollen Beamt*innen noch dürfen und wer bestimmt, was zu denken und zu sagen erlaubt ist? Die Gewerkschaften müssen sich mit aller Macht diesem Demokratieabbau entgegenstellen und dürfen sich nicht mit kleinen Zugeständnissen, die die Substanz der Gesetzesänderung nicht verändert, zufriedengeben. Ich wünschte mir, bei der Einführung der Regelanfrage an den Verfassungsschutz, die für die Grünen und die SPD schon beschlossene Sache ist, unbedingt mehr Widerstand der Gewerkschaften. Wir sollten uns nicht blenden lassen: Was (angeblich) als Maßnahme gegen »Rechts« und Islamisten

eingeführt wird, hat sich in der historischen Praxis fast immer gegen »Links« gerichtet.

KATRIN WIEBICKE-HUMME

Friedensunfähig

(hlz 1-2/2025, Ausschuss für Friedensbildung: Friedensfähigkeit stärken!)

Wie Friedensfähigkeit stärken? Deutschland erlebt eine Militarisierung, wie es sie seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr gegeben hat. Im nächsten Jahr sollen auch noch neue US-Hyperschallwaffen stationiert werden. Stimmen der FDP, SPD und CDU fordern bis zu 300 Milliarden Euro zusätzlich für das Militär. Während die Grünen in den 80ern die Gesellschaft als Umwelt- und Friedenspartei aufmischten, gehören grüne Politiker*innen heute zu den großen Befürwortern der Aufrüstung. Dass die Nato-Staaten schon heute über das zehnfache Militärbudget Russlands verfügen, spielt in dieser Debatte keine Rolle. In der APuZ – Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung – vom 16. November 2024 haben sechs Wissenschaftler ausführlich für die Aufrüstung der Bundeswehr plädiert. Wortführer dieser Gruppe ist Sönke Neitzel, Professor für Militär- und Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam. Der Leitsatz von Boris Pistorius »Wir müssen kriegstüchtig werden und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen« ist das Herzstück seiner Argumentation.

Nur eine Sorge treibt ihn zum Abschluss seiner Ausführungen in der APuZ um: »Was ist von einer Armee zu halten, in deren Traditionsbild die Bewährung im Kampf kaum vorkommt. Die sich seit drei Jahren nicht

traut, ein fertiges Liederbuch einzuführen, weil sie kritische Diskussionen fürchtet?« Vielleicht sollten die im Schuldienst tätigen Kolleg*innen ihre Schüler*innen im Unterricht ermuntern nach geeigneten Beiträgen für ein Liederbuch der Bundeswehr zu suchen. Mein Vorschlag wäre z. B. ein Lied von Hannes Stütz, das ich nicht nur in meiner Jugend gern gesungen habe:

Unser Marsch ist eine gute Sache / weil er für eine gute Sache geht. / Wir marschieren nicht aus Haß und Rache / wir erobern kein fremdes Gebiet. / Unsre Hände sind leer, / die Vernunft ist das Gewehr; / und die Leute versteh'n uns're Sprache: Refrain: Marschieren wir gegen den Osten? Nein! / Marschieren wir gegen den Westen? Nein! / Wir marschieren für die Welt / die von Waffen nichts mehr hält. / Denn das ist für uns am besten. / Du deutsches Volk, du bist fast immer / für falsche Ziele marschiert, / am Ende waren nur Trümmer. / Weißt du heute, wohin man dich führt? / Nimm dein Schicksal in die Hand, / steck den Kopf nicht in den Sand / und laßt euch nicht mehr verführen!

JOACHIM DILLINGER,
Ruheständler 60+

Wer einäugig sieht (und denkt) greift daneben! Die Verfasser dieses Aufrufes beziehen sich auf die in der »Zeitenwende«-Rede von Scholz eingeleitete Aufstockung der Rüstungsausgaben und eine geplante Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland. Der Aufruf lässt außen vor, dass der Angriffskrieg Russlands die Ursache dieser Entwicklung darstellt. Die größte militärische Aggression in Europa seit 1939 mit vermutlich hunderttausenden Opfern an der Front und in der

ukrainischen Zivilbevölkerung und der damit verbundene legitime Abwehrkrieg der Ukraine werden in diesem Text verschwiegen. Unerwähnt bleibt damit, dass die Neubelebung der Debatte über den machbaren, den notwendigen Krieg und die reale, materielle Kriegsvorbereitung zeitlich und kausal in Nachgang zum Angriff auf die Ukraine stattgefunden haben. Wer sich um den Frieden in Europa sorgt und die Aufrüstung in der Nato und der EU als mögliche Eskalationsquelle bezeichnet, der muss bitte auch seine Interpretation des Ukraine-Kriegs offenlegen. Wenn das nicht geschieht, wie in diesem

Aufruf, liegt der Verdacht nahe, dass mit Absicht der Mantel des Schweigens über dieses Geschehen gelegt werden soll.

Der »einäugige« Blick, allein in Richtung Westen, auf mögliche Raketenstationierungen dort, ergibt ein verzerrtes, parteiliches Bild der Lage. Die bisher nur geplanten Mittelstreckenraketen könnten einen Erstschlag gegen Russland auslösen oder provozieren, so das Argument, aber welches Eskalationspotential geht von der Tatsache aus, dass Russland seinen Krieg seit drei Jahren unerbittlich fortführt, mit dem Ziel, die Ukraine als unabhängigen Staat zu vernichten.

Diese Kampagne Friedensfähig statt erstschlagfähig spricht den Wunsch nach Frieden an – wer teilt diesen Wunsch nicht – aber es ergibt sich der Eindruck, dass im Namen des Friedens ausgerechnet die Kriegsherren des Ostens verschont und gedeckt werden sollen.

Ich bin entsetzt, dass sich der Vorstand der Hamburger GEW diesem Aufruf anschließt und dem weiteren Wirken der Verfasser auch noch Räume der GEW zur Verfügung stellt.

UWE MIGENDA, Ruheständler

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u. a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Ruhestandsberatung am Dienstag den 29. April und 27. Mai 2025 (letzte Beratung vor den Sommerferien), jeweils von 15 bis 17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer*innen als auch an Beamt*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77,
Homepage www.gew-hamburg.de

Redaktion:
Antje Géra (Redaktionsleitung), Liese Kühnel,
Sebastian Schreull
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Illustrationen Schwerpunkt: Andrea von Redecker

Grafische Assistenz:
Jason Tsiakas

Anschrift der Redaktion:
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg,
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sechs Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor*innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Redaktionsschluss 5-6/2025: 18.04., **7-9/2025:** 20.06., **10-11/2025:** 26.09.

Neutralität an der Schule?

Weitere Infos und Seminarangebote unter gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Konferenzen gestalten – was ist möglich, um Einfluss zu nehmen?

Konferenzen sind ein wichtiges Gremium zur Gestaltung des Schullebens. In diesem Seminar sollen die Handlungsmöglichkeiten der Kolleg*innen an Beispielen praktischer Erfahrungen geklärt und gestärkt werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Austausch mit Kolleg*innen von anderen Schulen.

Do 8.5., 17-19 Uhr

Online Seminar mit Zoom

Leitung: Nina Horn,

Mitglieder des GPR Hamburg

Kostenl. für GEW-Mitgl.,

Nicht-Mitgl. 10 €

Neutralität an der Schule?

Viele Lehrkräfte an Schulen sind angesichts eines von der AfD behaupteten und von einigen Medien unkritisch übernommenen »Neutralitätsgebots« verunsichert: Gibt es tatsächlich eine Neutralitätspflicht an Schule? Wann darf oder wann muss ich mich als Lehrkraft politisch positionieren? Bei welchen Äußerungen muss, wann sollte eine Lehrkraft eingreifen? Wir klären die der Rechtslage mit vielen Fallbeispielen, diskutieren so Professionsfragen und stärken das Selbstverständnis und auch das Selbstbewusstsein der Lehrkräfte.

Di 3.6., 17-19 Uhr

Online-Seminar mit Zoom

Leitung: Frank Hasenbein

Kostenl. für GEW-Mitgl.

(Nicht-Mitgl. 10 €)

Umgang mit Tod und Trauer in der Kita und Grundschule

Gerade junge Kinder haben einen natürlichen und interessierten Umgang mit schmerzhaften Themen wie Tod und Trauer. Noch immer ist es das Tabu Thema Nummer Eins, obwohl wir alles wissen, dass der Tod ein Teil unseres Lebens ist. In diesem Seminar nutzen wir die Neugierde der Kinder und nähern uns methodisch und auch wissenschaftlich dem Thema Tod und Trauer. Wir lernen, wie wir einen unaufgeregten und stärkenden Umgang mit den Kindern diesbezüglich finden und in der Kita und Grundschule leben können.

Sa 10.5., 10-17 Uhr

Curio-Haus Hamburg

Leitung: Annette Nordhoff

Kostenanteil: 10 € inkl.

Verpfleg. (erm. 5 €,

Nicht-Mitgl. 50 €)

Auftanken und gesund bleiben – Spannungsausgleich und Wohlbefinden

Ob jung oder alt, in diesem Seminar sind alle willkommen, die etwas für ihr körperlich-seelisches Wohlbefinden tun möchten. Ob Du unter Stress des täglichen Berufslebens stehst oder altersbedingt unter Schmerzen leidest, eutonische Übungen sind für alle wohltuend, belebend und ausgleichend. Du findest Unterstützung, um dich von unnötiger Haltearbeit der Muskulatur, von Spannungen und Schmerzen zu befreien. Du verfeinerst dein Gefühl für das körperlich-seelische Gleichgewicht und findest zu einem achtsameren Umgang mit dir selbst und anderen.

Sa 14.6., 10-16 Uhr

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle

Leitung: Karin Coch, Atem- und

Leibpädagogin des BVA

Kostenanteil: 10 € inkl.

Verpfleg. (ermäßigt 5 €,

Nicht-Mitgl. 50 €)

Anmeldung: über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher*innen, Referendar*innen, Studierende, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.



GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – APRIL/MAI/JUNI 2025

Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Wolfgang Szepansky, mailto: info@szepansky.de
Referat B Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
June GEW und GEW Studies	12.05.2025, 18.00-21.00 Uhr, Raum A 02.06.2025, 18.00-21.00 Uhr, Raum A
FG Grundschule	12.05.2025, 18.00-19.30, online
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	10.06.2025, 17.30-19.30 Uhr, GBW
FG Berufliche Schulen	14.05.2025, 17.00-19.00 Uhr, online 18.06.2025, 17.00-20.00 Uhr, GBW
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Hochschule u. Forschung	12.05.2025, 18.00-20.00 Uhr, Raum C 23.06.2025, 18.00-20.00 Uhr, GBW
AG Bildung statt Kinderarbeit	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ausschuss für Friedensbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruhestand	30.04.2025, 10.00-13.00 Uhr, Raum A 04.06.2025, 10.00-13.00 Uhr, Raum A
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	30.06.2025, 18.00-20.00 Uhr, GBW
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	02.06.2025, 18.30 Uhr von-Melle-Park 8, Raum 9, Grundschulwerkstatt christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer*innen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Erwachsenenbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schwerbehinderte u. chronisch Kranke	05.05.2025, 18.00-20.00 Uhr, Raum A
Lambda	20.05.2025, 18.00-20.00 Uhr, GBW 24.06.2025, 18.00-20.00 Uhr, GBW



Für aktuelle Termine bitte QR-Code aufrufen und/oder auf die GEW-Webseite <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gehen und gegebenenfalls die Kontaktpersonen anschreiben.



Care+
Entdecke deine Berufung

Pflege als Schulfach? Warum nicht!

Berufsorientierung, eine Pflege-AG, ein Wahlpflichtkurs oder Projekt – das Sozialkontor bietet praxisnahe Unterrichtseinheiten, die Schüler*innen einen Einblick in die Pflege geben.

- ✓ Individuell anpassbar an Ihren Lehrplan
- ✓ Mit Praxisanteilen und Besuchen in Pflegeeinrichtungen
- ✓ Spannende Angebote wie Rollstuhlparcours oder „Männer in der Pflege“

Gefördert von der Sozialbehörde Hamburg – für Schulen kostenfrei



SOZIALKONTOR

Mehr Infos und Anmeldung: Laura Rußer
l.russer@sozialkontor.de | 040 / 227 227-778
www.sozialkontor.de/deineberufung



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE
VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2024 bekamen unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 %; 2025 waren es 15 %.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern bis 1.000 € und aus Kraftfahrzeugen bis 700 €, Diebstahl von Kinderwagen bis 1.000 € und von Fahrrädern bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden. Balkonkraftwerke sind bis 1.000 € versichert.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.



Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / info@h-l-f.de



Klassenfahrt 2026 am Schweriner See

Verbringen Sie bei uns eine spannende und erlebnisreiche Klassenfahrt direkt am Schweriner See.

5 Tage/4 Nächte – Vollverpflegung (4 Mahlzeiten täglich)
Preis ab 152,- Euro (Ab 10 Kinder – ein Lehrerfreiplatz)

- ★ Schnupperreiten auf hauseigenen Pferden
- ★ Nachtwanderung durch den Eiertunnel
- ★ Gemütliches Lagerfeuer
- ★ Discoabende
- ★ Bogenschießen
- ★ Kisten klettern
- ★ Wanderung mit Picknick zum Schloss Wiligrad
- ★ Tagesfahrt n. Wismar inkl. Eintritt Wonnemar
- ★ Tagesfahrt nach Schwerin mit Schlossbesichtigung

Ulis Kinderland e.V., Tel. 038423 365, Fax 038423 51 359, info@ulis-kinderland.de

Wichtig!!!! Wir haben unser Kinderland komplett mit neuen Matratzen, Matratzenschonern und Bettzeug ausgestattet. Auch unser Speisesaal wurde verschönert. Buchen und Reservieren Sie jetzt Ihre Klassenfahrt für das neue Schuljahr 2025/2026. Sichern Sie sich die besten Preise! Ihr unvergessliches Erlebnis kann beginnen.

„Ich bin das letzte Puzzleteil zu Ihrem Erfolg“
Christian Albers

Alles für Ihre **Drucksache** aus einer Hand
– professionell, schnell, preiswert!



albersdesign

Media-Agentur
Mediengestaltung
+ Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung
Damm 2 . 25421 Pinneberg
ca@albers.design . www.albers.design

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt



Neues von der Beihilfe

Neuer Umgang mit Erstattungen und Zuzahlungen zu Medikamenten

Mit der Gehaltsabrechnung für Januar 2025 sind allen Beamt*innen Veränderungen im Beihilferecht mitgeteilt worden. Über eine wichtige Änderung wurde jedoch nicht informiert.

Es handelt sich um die Einführung von Festbeträgen bei der Verordnung von Arznei- und Verbandmitteln. Nach der *Verordnung über die Gewährung von Beihilfen* (Hamburgische Beihilfeverordnung) ist wie bisher ein Betrag in Höhe von 10 % des Abgabepreises für jedes verordnete Mittel abzuziehen (mindestens fünf Euro und höchstens zehn Euro).

Was ist neu?

1. Neu ist, dass Aufwendungen für Mittel, für die ein Festbetrag nach § 35 SGB V festgesetzt ist, nur bis zur Höhe der auf der Internetseite des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte unter www.bfarm.de veröffentlichten Festbeträge beihilfefähig sind (§ 8 Abs. 2 Satz 2 Beihilfeverordnung).

Beispiel:

Das Medikament kostet 120 €, Festbetrag ist festgelegt auf 90 €.

Neu: $90 \text{ €} - 9 \text{ €} (10 \%) = 81 \text{ €}$ x z. B. 70 % Beihilfesatz) = **56,70 € Erstattung**

Alt: $120 \text{ €} - 10 \text{ €} = 110 \text{ €}$ x 70 % = **77,00 € Erstattung**

Über die Pharmazentralnummer (PZN) kann die Beihilfestelle Arzneimittel, für die ein Festbetrag festgelegt wurde, identifizieren. Ein Textbaustein im Beihilfebescheid weist ggf. darauf hin.

2. Eine weitere Änderung ergibt sich nach § 8 Abs. 2 Nr. 5 Beihilfeverordnung:

Für Aufwendungen für besonders preisgünstige Arzneimittel, die für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung zuzahlungsfrei sind, entfallen jetzt auch in der Beihilfe die Zuzahlungen (5 € - 10 €). Voraussetzung ist, dass durch eine »geeignete Bestätigung [...] der Apotheke« nachgewiesen wird, »dass in der gesetzlichen Krankenversicherung für dieses Arzneimittel zum Zeitpunkt des Arzneimittelkaufs keine Zuzahlung zu leisten ist.«

Besonders preisgünstig sind häufig Reimporte oder Generika.

GERHARD BRAUER, Stand 11. März 2025

MACH
DICH
STARK
MIT UNS



1. Mai in Hamburg

Auftakt

10:30 Uhr, U-Bahn Habichtstraße

Demo

11:00 Uhr, U-Bahn Habichtstraße

Kundgebung

12:00 Uhr, Bert-Kaempfert-Platz in Barmbek
(Museum der Arbeit)

Es sprechen:

Tanja Chawla (Vorsitzende DGB Hamburg)

Altan Kamalak (Betriebsrat DB Fernverkehr)

Thies Hansen (Betriebsrat Hamburger Energienetze)

Hugo Ohle (DGB-Jugend Hamburg)

Peter Petersen (DGB Senior*innen Hamburg)

Mai-Fest

Mit SuperBrass – Gute Katze Böse Katze – Kinderfest der Falkenflitzer – Infomeile – Foodtrucks & Getränke

›Glück‹ in der Schule

Kerstin Michalik vom GEW-Arbeitskreis Philosophie und Religion (PuR) hat mit Stephanie Helmich über die beeindruckenden Wirkungen des Schulfachs ›Glück‹ gesprochen

Liebe Frau Helmich, Sie sind aktuell Abteilungsleiterin der Grundschule an der Grund- und Stadtteilschule Eppendorf und waren zuvor Didaktische Leitung an einer Grundschule in Eimsbüttel. Dort haben Sie im Schuljahr 2023/24 das neue Fach ›Glück‹ in Klasse 3 als Pilotprojekt eingeführt. Warum haben Sie dieses neue Fach eingeführt und was verbirgt sich dahinter?

Stephanie Helmich: Ich habe das Schulfach ›Glück‹ eingeführt, da ich mich schon sehr lange mit Persönlichkeitsentwicklung beschäftige und weil die Grundschule auch eine der Pilotschulen für BNE (*Bildung für nachhaltige Entwicklung*) in Hamburg ist. Ein wichtiges BNE-Ziel ist die Förderung von Gesundheit und Wohlergehen. Das Schulfach ›Glück‹ stärkt die psychische Gesundheit und Persönlichkeit der Schüler*innen. Es geht um die Hervorhebung der Stärken der Kinder, indem die Frage bearbeitet wird: Wie und wer bin ich eigentlich? Was kann ich? Wo liegen meine Stärken? Wo liegen meine Talente? Wo habe ich aber auch Schwächen? Wie kann ich mit Schwächen umgehen? Ein weiterer großer Bereich ist der Umgang mit Gefühlen. Es geht darum, eigene Gefühle zu benennen und erkennen, aber auch um die Gefühle anderer. Es geht viel um Empathie und Verständnis. Ein anderer Schwerpunkt liegt auf den eigenen Bedürfnissen: Was brauche ich eigentlich? Was sind meine Bedürfnisse im Leben? Wo möchte ich hin, was möchte ich erreichen? Insgesamt geht es um die Stärkung der Persönlichkeit, um die Frage, was Kinder brauchen, um sich in der Gesellschaft und im gesellschaftlichen Wandel zurechtzufinden, eigene Ressourcen zu kennen und zu nutzen und sich zu orientieren.

Können Sie die Inhalte des neuen Faches näher erläutern?

Für die Grundschule habe ich ein eigenes Curriculum erstellt, die sich an den Modulen des Schulfachs ›Glück‹ orientieren. Im ersten Modul geht es um Gefühle und Emotionen. Es geht um die Frage, wozu Gefühle eigentlich da sind, wie sie sich ab-

grenzen lassen und wie man angemessen mit Gefühlen wie zum Beispiel Wut umgeht. Das ist ein wichtiger Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung – die eigenen Gefühle wahrzunehmen, anzunehmen, zu akzeptieren, um damit weiterarbeiten zu können.

Es ist nämlich gar nicht so einfach, Gefühle im eigenen Körper wahrzunehmen. Dazu mache ich ganz viele Übungen zur Körperwahrnehmung wie Bodyscan, Meditationsübungen und regelmäßige kleine Achtsamkeitsübungen. Es geht darum, dass man seinen eigenen Rückzugsort hat, einen eigenen ruhigen inneren Ort, zu dem man immer wieder zurückkehren kann. In einem weiteren Modul stehen Stärken und Schwächen im Mittelpunkt. Die Kinder sollen selbst ihre eigenen Potenziale und auch ihre Talente erkennen, die nicht unbedingt etwas mit den Schulfächern zu tun haben. Manche können besonders gut lesen, aber es geht natürlich auch um die Talente, die man außerhalb von Schule und Unterricht hat. Solche Talente und Stärken herauszuarbeiten, ist sehr wichtig, um die Kinder von dem Leistungsdruck, der heutzutage in der Schule und auch der Gesellschaft herrscht, ein bisschen zu entlasten und zu stärken. Die Kinder können erkennen, dass sie vielleicht nicht so gut in Mathe sind, aber dafür andere Dinge sehr gut können. Das ist besonders wichtig, um sich später zu orientieren, um herauszufinden, was man vielleicht auch mal beruflich machen möchte. Das gilt nicht nur für die Grundschule, sondern allgemein für die Berufsorientierung auch von Jugendlichen. In einem anderen Modul geht es um Herzensziele, Visionen, und die Grundschulkindern können das schon wirklich sehr gut benennen. Ob es um den Wunsch nach einem eigenen Hund geht, darum, in die Hamburger Auswahl zu kommen oder später einen bestimmten Beruf zu ergreifen. Wir überlegen gemeinsam, was brauche ich eigentlich, um das Ziel zu erreichen, und wie komme ich dahin. Dabei ist es wichtig, große Ziele in kleine Zwischenschritte einzuteilen und diese möglichst ›smart‹ zu formulieren. Und das ist eben das Schöne am Schulfach ›Glück‹, dass man das auf alle Lebensbereiche übertragen kann. Es ist wie eine kleine Projektplanung, die ich für mein

eigenes Leben mache. Es geht auch darum, Entscheidungen zu treffen – was ist eigentlich der richtige Weg für mich? –, auch um den Umgang mit Hindernissen, weil es ja nicht immer klappt, was und wie wir uns Dinge vorstellen. Die Kinder lernen, dass man auch unangenehme Gefühle annehmen kann, sie lernen, auch mit Scheitern umzugehen, nach neuen Wegen zu suchen, um trotzdem die eigenen Potentiale weiterzuentwickeln.

Ich hatte mit meiner Klasse die Module durchlaufen und es war wirklich erstaunlich für mich, zu sehen, wie gut die Kinder reflektieren können. Als ich die Klasse übernahm, galt sie als eine herausfordernde Klasse. Das hat sich sehr verändert, und ich habe gesehen, wie sehr das Konzept zur Entwicklung von Sozialkompetenz beitragen kann, denn es geht nicht nur darum, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln, sondern auch die Teamfähigkeit und die Entwicklung in der Gemeinschaft.

Das heißt, Sie können auch Wirkungen bei den Kindern erkennen?

Ja, ich habe sehr große Wirkungen gesehen oder sehe sie noch.

Wir haben auch eine umfassende Evaluation gemacht bei den Eltern und bei den Kindern, zusammen mit dem *Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung* (IFBQ) in Hamburg. Wir haben sehr viel positives Feedback von den Eltern erhalten. Insbesondere einige Eltern von Jungen haben zurückgemeldet, dass ihre Kinder sehr viel besser mit Emotionen umgehen können, offener geworden sind. Und ganz besonders im Hinblick auf die Klassengemeinschaft sind deutliche Veränderungen zu beobachten, es geht so weit, dass wir kaum noch Konflikte in der Klasse haben – der Klassenrat ist manchmal schon langweilig, weil es eigentlich gar nichts zu klären gibt, da die Kinder einfach so gut aufeinander Rücksicht nehmen. Das Thema Werte ist ebenfalls ein wichtiges Modul im Schulfach ›Glück‹. Es wird immer von Klassenregeln gesprochen, ich bin eher eine Befürworterin von Klassenwerten. Im Modul ›Werte‹ denken die Kinder über eigene Werte nach, über das, was ihnen wichtig ist, und genauso haben wir auch vier Klassenwerte entworfen. Und dann schauen wir halt immer, wie müssen wir uns verhalten, um diese Werte zu erreichen oder nach ihnen zu leben. Spannend war es, diese Überlegungen auch mit nach Hause zu geben, zu fragen, wie sind eigentlich die Werte in der Familie, passen die eigentlich mit meinen eigenen Werten als Kind überein?

Denken Sie mit den Kindern auch

grundsätzlich über den Begriff Glück nach?

Ja, wir betätigen uns auch als Glücksforscher*innen, denn das forschende Lernen ist ebenfalls sehr wichtig, das geht dann in die Richtung des Philosophieunterrichts. Wir haben eigene Glücksforschungsfragen entwickelt und sind dann systematisch vorgegangen: Was braucht man zum Forschen über Glück, welche Hindernisse könnten vorhanden sein? Wie gehen wir vor? Und da gab es wirklich ganz großartige Präsentationen zu den Ergebnissen, welche die Kinder über Glück herausgefunden haben. Zum Beispiel, was ›Glück‹ für berühmte Leute bedeutet oder in verschiedenen Berufsklassen. Es gab Interviews mit FC St. Pauli-Spielern, viele Schüler*innen waren im Altenheim und im Kindergarten, so dass wir ein weites Spektrum hatten, um über Glück zu sprechen. Hier ging es auch um das, was eigentlich wichtig ist, im Leben, um zu Zufriedenheit zu gelangen. Das ist ja ein Ziel des Schulfachs ›Glück‹, zu schauen, wie schaffe ich mir eigentlich eigene Glücksmomente? Wie kann ich mehr Lebenszufriedenheit erreichen, wie gehe ich mit unangenehmen Gefühlen und Erlebnissen um?

Sie hatten schon angesprochen, dass es eine Evaluation gab. Können Sie noch etwas zu den Ergebnissen sagen? Wie kommt das Fach bei den Eltern?

Die Eltern wurden unter anderem dazu befragt, ob die Kinder auch im Alltag Entspannungs- oder Achtsamkeitsübungen machen. Das haben viele Eltern bestätigt, auch, dass wenn sie selbst lange am Computer saßen, die Kinder ihnen geraten haben, zwischendurch mal einen Bodyscan zu machen. Die Frage, ob die Kinder das, was sie im Unterrichtsfach Glück lernen, auch im Alltag umsetzen, war uns besonders wichtig. Als ich die Klasse übernahm, war es ein großes Thema für die Eltern, dass die Klassengemeinschaft so schlecht war und es viele Streitereien gab. Das hat sich klar verändert, das haben sehr viele Eltern positiv hervorgehoben. Ein schönes Ergebnis ist, dass 100 Prozent der Eltern das Schulfach ›Glück‹ gut finden und sich dieses Fach auch in anderen Jahrgangsstufen wünschen. Was hat den Eltern besonders gefallen? Viele haben zurückgemeldet, dass sie ein ausgeglicheneres Kind haben, dass der Zugang zu Gefühlen anders geworden ist, dass die Kinder auch im Alltag gestärkt sind und dass sich das Klassenklima verbessert hat. Und dass sie das Fach als großartige Bereicherung empfinden, weil es insgesamt die emotionale Intelligenz fördert. Zu möglichen Bedenken wurde geäußert, wie das Fach im Stundenplan zu verankern sei und ob es überhaupt ge-

nügend Lehrkräfte gäbe, die das Fach unterrichten können. Das sind in der Tat Herausforderungen, mit denen in Zukunft umgegangen werden muss.

Wie sehen die Kinder das Schulfach ›Glück‹?

Hierzu habe ich Umfragen gemacht, auch verschiedene Feedback Situationen genutzt, also sowohl Reflexionsrunden mit der gesamten Klasse als auch Einzelgespräche. Für mich war die Frage besonders wichtig, was die Kinder eigentlich gelernt haben. Hier wurden richtiges Atmen und Entspannen genannt, aber auch, nun zu wissen, wo sie stark sind. Dann auch, wie sie eigene Glücksmomente sammeln. Wir hatten so Glücksgläser erstellt, in denen persönliche Glücksmomente gesammelt wurden. Einige haben auch gesagt, sie wüssten jetzt besser, wie sie sich bei Wutausbrüchen beruhigen können und was Wut ihnen auch sagt. Manche können sich besser entscheiden und besser lernen, wenn sie sich entspannen. Und sie wissen auch, was ihre kleinen und großen Ziele sind, wie zum Beispiel eine Weltreise oder was sie auch gerne sportlich noch mal erreichen wollten. Ganz viele haben genannt, dass sie es wichtig finden, auch mal die eigene Angst zu überwinden, die Komfortzone zu verlassen, weil man ja gerade außerhalb der Komfortzone ganz viel selbst lernt und ja dann auch stolz ist, wenn es klappt.

Sie haben das Fach neu eingeführt. Wie haben Sie es in die Stundentafel integriert? Haben Sie dafür andere Stunden geopfert?

Die Einführung des Faches wurde in Absprache mit der Schulaufsicht als Pilotphase deklariert. Daher hatten wir die Möglichkeit, die Stundentafel ohne größeres Procedere ein wenig anzupassen. Wir hatten das Fach in der Pilotphase hauptsächlich aus einer Stunde Sachunterricht und einer Stunde Religion finanziert. Manchmal floss auch eine Deutsch-, Kunst- oder Theaterstunde mit ein. Zum Thema Gefühle gibt es zahlreiche Facetten in der theaterpädagogischen Arbeit.

›Glück‹ ist es ein wunderbares Schulfach, das man fächerübergreifend einführen könnte. Gerade mit den neuen Bildungsplänen haben wir besonders viele Chancen, das auch so umzusetzen.

Haben Sie vor, das Fach auch in anderen Jahrgängen zu etablieren?

An meiner letzten Schule hatten wir weitere Jahrgänge in die Pilotphase integriert. Man kann das Fach bereits ab der ersten Klasse unterrichten und sogar schon in Kindertagesstätten, je eher, desto

besser! Und in den weiterführenden Schulen auch in den höheren Klassen, wo der Bereich Visionen und Lebensplanung noch stärker genutzt werden kann. Gerade für Jugendliche, die orientierungslos sind und nicht wissen, was sie eigentlich machen möchten, ist es sehr hilfreich, über eigene Stärken zu reflektieren und über den Sinn des Lebens nachzudenken. Das kann Frust und Orientierungslosigkeit vorbeugen.

Glück ist ein festes Thema im Fach Philosophie, das ja aber erst ab Klasse 7 als Wahlpflichtfach zur Verfügung steht. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert die Einführung eines Alternativfachs zum Religionsunterricht in den Klassen 1 bis 6. In diesen Klassenstufen wird in Hamburg – anders als in anderen Bundesländern – ausschließlich Religionsunterricht angeboten. In Schleswig-Holstein gibt es in der Grundschule das Fach Philosophie neben dem Religionsunterricht. Was halten Sie davon?

Ich finde das persönlich sehr wichtig, und seit zwei Jahren habe ich das Fach ›Glück‹ gewissermaßen ergänzend zum Fach Religion eingesetzt. Natürlich ist Religion auch ein bedeutender Teil unseres Weltkulturerbes und spielt eine wesentliche Rolle im Bildungssystem.

Aber persönlich finde ich, dass Eltern die Wahl haben sollten. Ich konnte bei der Elternschaft deutlich sehen, dass die Nachfrage nach einem zusätzlichen Fach wie dem Schulfach ›Glück‹ sehr groß ist. Viele Eltern haben nachgefragt, ob das Fach auch in Klasse 1 eingeführt werden kann. Möglich wäre auch, eine Stunde Religion und eine Stunde das Schulfach ›Glück‹, Ethik oder Philosophie anzubieten oder es im Wahlbereich zu verankern. Unsere Gesellschaft ist multikulturell, es gibt verschiedene Religionen, in manchen Klassen sind alle Weltreligionen vertreten. Es sollte ein Weg gefunden werden, um dieses zu berücksichtigen und dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Wir leben in einer sehr unruhigen Zeit und auch angesichts des hohen Anteils von Kindern und Jugendlichen, die psychologisch betreut werden oder unter Schulstress leiden, muss die Schule handeln. Schule und überhaupt Bildungsinstitutionen haben die Aufgabe, den gesellschaftlichen Wandel aufzufangen, und da denke ich, dass man unbedingt Fächer wie Glück, Ethik, Philosophie zusätzlich im Stundenplan der Grundschule verankern sollte.

Interview: Kerstin Michalik, GEW-Arbeitskreis Philosophie und Religion (PuR)